

HUCH #89

ÜBER GELD
STREITEN

GELB SEHEN

FÜR ‚VERNUNFT‘
UND
GEGEN LINKE

ANTIRASSISMUS
IST KEINE FRAGE
DES GLAUBENS

ZEITNOT
UND
ORGANISATION

DIE LEHREN
DES VORMÄRZ

BILDER VON DER BASIS

LAND IN SICHT!

FIXEN UND SEIN
UND WARTEN

AM BEISPIEL
DES PAPPBECHERS

IRRE WERDEN

EDITORIAL

Referat für Publikation

Die *HUch – Zeitung der studentischen Selbstverwaltung* ist die kritische Studierendenzeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie richtet ein besonderes Augenmerk auf die Konflikthaftigkeit der kapitalistischen Moderne und fragt nach der Rolle der Universität im sozialen Gefüge. Dabei geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Leben zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt. Dem entsprechend will die *HUch* auch der Diskussion der Möglichkeiten emanzipatorischer Politik an der Uni und über sie hinaus ein Forum bieten. Zu diesem Zweck bringt sie studentische Beiträge mit solchen profilierten, externer Autor*innen sowie mit historischen Bezügen in Verbindung und versammelt dabei hochschulpolitische Artikel mit wissenschaftlich-kritischen Essays und ästhetischen Reflexionen.

Unsere erste Rubrik ›Anstalt‹ umfasst in diesem Heft drei Beiträge zur Analyse dreier politischer Akteurinnen:

Den Anfang macht Leonie Stibor, die in ihrem Artikel **Über Geld streiten** eine Innenansicht der Streikbewegung der studentischen Beschäftigten in Berlin im vergangenen Jahr sowie der Tarifverhandlungen liefert, die zur Erneuerung des TV Stud geführt haben. Indem sie die inneren und äußeren Konfliktlinien der Kampagne nachzeichnet, macht sie die Chancen und Schwierigkeiten kenntlich, die mit dieser klassischen Form des Arbeitskamps verbunden sind.

In **Gelb sehen** widmet sich auch Nora Hillermann der Auseinandersetzung von Problemen und Potentialen – allerdings einer ganz andersartigen Bewegung: nämlich den Gelbwesten in Frankreich. Nachdem sie die Proteste in Paris im letzten halben Jahr für uns beobachtet und an ihnen teilgenommen hat, stellt sie in ihrem Artikel eine Reihe von Aspekten heraus, die zu deren Langlebigkeit beitragen und skizziert dabei Fluchtlinien, entlang derer sich die Gilets Jaunes in eine emanzipatorische Richtung entwickeln könnten.

Joshua Schultheis berichtet in **Für ›Vernunft‹ und gegen Linke** von der Gründung der Campus Alternative Berlin – einer unzweideutig reaktionären Organisation. Darin weist er hinter ihrer dürftig angebrachten liberalen Fassade die ihr wesentliche antidemokratische Haltung und wissenschaftsfeindliche Gesinnung aus.

In der zweiten Rubrik ›Aufsatz‹ versammeln wir Beiträge zu laufenden Debatten und Reflexionen auf historische Diskussionen:

Bafta Sarbo bespricht in **Antirassismus ist keine Frage des Glaubens** den im Querverlag erschienenen Sammelband *Freiheit ist keine Metapher*. Dabei begrüßt sie dessen Ansätze zu einer kritischen Diskussion des Umgangs der Linken mit Rassismus und Religion, weist aber zugleich auf die Fallstricke der in dem Band eingeschlagenen Richtung hin und warnt vor dem Rückzug auf vermeintlich

aufklärerische Traditionen des ›Westens‹.

Unsere laufende Diskussion der Organisationsfrage an Hochschulen setzt sich mit einem Beitrag von Fabian Bennewitz unter dem Titel **Zeitnot und Organisation** fort. Darin diskutiert er, inwiefern die politische Praxis an den Berliner Hochschulen den in früheren Debattenbeiträgen formulierten Ansprüchen entspricht und welche Herausforderungen die durch die Bologna-Reformen veränderten Rahmenbedingungen des Studiums für emanzipatorische Hochschulpolitik bereithalten.

In einem Interview mit Patrick Eiden-Offe unter dem Titel **Die Lehren des Vormärz: Rebelle Bachelor und proletarische Lesekreise** ziehen wir in Betracht, dass es sich bei den neoliberalen Reformen der Gegenwart vielleicht nicht um die Entstehung von etwas ganz und gar Neuem handelt, sondern gewissermaßen um eine Wiederkehr von Verhältnissen, wie sie in der Anfangszeit des Kapitalismus vorherrschten. Dabei versuchen wir aus einer Betrachtung der emanzipatorischen Bewegungen des Vormärz Lehren für unsere eigene politische und publizistische Praxis zu ziehen.

Mit dem Artikel **Bilder von der Basis** von Lilli Helmbold setzen wir unsere historische Auseinandersetzung mit der proletarischen Kultur anhand der Aktivitäten der *Arbeiter-Illustrierten-Zeitung* in den 1920er Jahren fort. An ihrem Beispiel zeigt sich das Spannungsfeld zwischen Empowerment und Agitation, in dem sich eine jede linke Publizistik notwendig bewegt. Einen optischen Eindruck von den Motiven der Arbeiter*innenfotographie, derer sich die *AIZ* bediente, liefern außerdem die Verfremdungen und Montagen von Saronja Lamberchowitz in diesem Heft.

In **Land in Sicht!** befasst sich Thomas Zimmermann mit der jüngsten Erfolgsgeschichte linker Publizistik: dem US-amerikanischen sozialistischen Magazin *Jacobin*, das gegenwärtig seine Fühler nach Europa ausstreckt. Anhand der bei Suhrkamp erschienenen *Jacobin*-Anthologie analysiert er die für das Magazin grundlegende Diskussion bezüglich eines Sozialismus der Zukunft und fragt nach der Übertragbarkeit des Modells *Jacobin* auf die deutschen Verhältnisse.

Auch in unserer dritten Rubrik ›Abbild‹, die ästhetische Reflexionen auf die Welt im Allgemeinen und die Welten der Kunst im Besonderen versammelt, vollziehen wir in diesem Heft einen Übergang aus dem amerikanischen Erfahrungsraum in den deutschen.

Am Beispiel des Pappbechers beobachtet Olga Hohmann eine Reihe kurioser Phänomene rund um Starbucks, die dessen kaum zu überschätzende Bedeutung für die amerikanische Kultur illustrieren und in ihrer Merkwürdigkeit über das Verhältnis von Ware, Kunst und Protest nachgrübeln lassen.

In **Fixen und Sein und Warten** nimmt Vincent Sauer ebenfalls die Warenwelt in den Blick – allerdings am Beispiel von Heroin. Dazu liest er *Cain's Book* – einen Roman des Situationisten Alexander Trocchi – als Dokument des Verrücktwerdens an der Droge, der amerikanischen Großstadt und dem Kapitalismus.

Ums **Irre werden** geht es, wie der Titel schon sagt, auch in Matthias Ubls Rezension des bei Piper erschienenen Romans *Hysteria* von Eckhart Nickel. Dessen Protagonist begegnet der Grenze zwischen Wahn und Wirklichkeit jedoch ganz im Gegenteil inmitten einer deutschen Öko-Dorf-Landschaft, deren synthetischer Charakter über die technologische Simulation von Natur sinnieren lässt.

Wir hoffen, mit diesem Heft etwas zum Verständnis des allgegenwärtigen Irrsinns beizutragen und wünschen eine anregende Lektüre.

Euer Referat für Publikation

ÜBER GELD STREITEN

**Leonie
Stibor**

**Die Erfahrungen der TV Stud-Kampagne
zeugen von den Dos and Don'ts des Arbeitskamps, den Möglichkeiten
und den Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Organisation.**

1 Vor mehr als einem halben Jahr wurde die TV Stud-Kampagne für einen neuen Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten an den Berliner Hochschulen beendet, der TV Stud III gilt seit Juli 2018. Er sah unter anderem eine sofortige Erhöhung des Stundenlohns von 10,98 € auf 12,30 €, eine gestaffelte Erhöhung auf 12,96 € im Januar 2022 und ab 2023 eine regelmäßige Stundenlohnerhöhung nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) vor. Sowohl für eine sofortige Lohnerhöhung als auch eine Anbindung an den TV-L hatten die studentischen Beschäftigten (im Folgenden: wir) im Mai und Juni mit wochenlangen Streiks und Störaktionen aktiv gekämpft. Trotzdem war die Stimmung nach der Einigung gemischt. Denn so gut sich das Ergebnis unabhängig vom Kontext liest, blieb es doch hinter unseren Vorstellungen zurück und bei einigen der Eindruck hängen, dass ein besseres Ergebnis durchaus möglich gewesen wäre.

Ursprünglich hatten wir einen Stundenlohn von 14 € gefordert. Das klang für viele zunächst unangemessen und provokant, hätte das doch eine sofortige Lohnsteigerung von über 25% bedeutet. Aber auch wenn die Lohnforderungen in solchen Verhandlungen aus strategischen Gründen tendenziell höher angesetzt werden als realistischerweise zu erwarten ist, waren 14 € kein aus der Luft gegriffener Wert, sondern bemaßen sich an der Inflationsrate seit 2011. Streng genommen kämpften wir damit nicht für eine Lohnerhöhung, sondern für eine Wiederherstellung des Lohnniveaus, auf das sich 2011 mit den Hochschulen geeinigt worden und das seither – im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten und zum Arbeitsaufwand – stetig gesunken war.

Es fällt schwer, sich aufrichtig über 12,96 € im Jahr 2022 zu freuen, wenn man weiß, dass der Reallohn für SHK-Tätigkeiten, um dem Wert des Lohns von 2011 zu entsprechen, schon 2016 bei über 13 € hätte liegen müssen, und man davon ausgehen kann, dass der Wertverlust bis 2022 eher voranschreiten als zurückgehen wird. Zumal es für alle anderen Beschäftigten an den Berliner Hochschulen, die nach TV-L bezahlt wurden, in den Jahren 2011 bis 2018 selbstverständlich war, dass einem so drastischen Wertverlust durch regelmäßige Lohnerhöhungen entgegengewirkt werden musste. Und auch für die Sicherung des Lohnniveaus der studentischen Beschäftigten waren von Seiten der Politik Gelder zur Verfügung gestellt worden – die jedoch für anderweitige Zwecke eingesetzt wurden. Die Zweckentfremdung, die damit streng genommen stattgefunden hat, war vielleicht auch aus dem Grund zulässig, dass SHK-Tätigkeiten an den Universitäten lange als ›Sachmittel‹ abgerechnet wurden.



Hinzu kommt, dass den studentischen Beschäftigten an der TU bereits seit Anfang des Jahres 2018 vorläufig 12,50 € pro Stunde gezahlt wurden. Auch deshalb hatten 12,30 € ab Juni 2018 einen etwas bitteren Beigeschmack. Die allgemeine Lohnerhöhung auf 12,30 € zog zwar keine Lohnsenkung für die Mitarbeiter*innen der TU nach sich, hatte jedoch zur Folge, dass Studierende nun über ein Jahr lang je nach Hochschule unterschiedlich viel Geld für vergleichbare Arbeit erhalten haben und die studentischen Beschäftigten der TU drei Jahre lang keine Lohnerhöhung bekommen werden. Beides hatten wir eigentlich um jeden Preis verhindern wollen. Wie kam es dann aber überhaupt zu einer Einigung auf Basis dieser Eckpunkte?

Die Annahme des Eckpunktepapiers, das die oben genannten Daten enthielt, wurde von der gemeinsamen Tarifkommission der Gewerkschaften GEW und ver.di einstimmig am 6. Juni 2018 beschlossen. Zuvor hatte es, vom 3. bis zum 5. Juni, eine Befragung der gewerkschaftlich organisierten SHKs gegeben, in der eine Mehrheit für die Annahme des Papiers und damit für die Einigung mit den Hochschulvertreter_innen gestimmt hatte. Die Mitgliederbefragung wiederum war am 28. Juni von der Tarifkommission beschlossen worden – jedoch nicht einstimmig, sondern nur mit neun zu fünf Stimmen, was die vorangegangene lange Diskussion und Zwiegespaltenheit einiger Kommissionsmitglieder bezüglich der Einleitung der Befragung wieder spiegelte, die nach den Regeln der Gewerkschaftsbürokratie nämlich mit einer Empfehlung zur Annahme des aktuellen Eckpunktepapiers einhergehen musste.

Für die Befragung sprach dabei, dass man das weitere Vorgehen unbedingt – in dieser Hinsicht waren sich die Kommissionsmitglieder weitgehend einig – mit der ›Basis‹ rückkoppeln, d.h. die streikenden SHKs dazu befragen wollte, ob sie das letzte Verhandlungsergebnis bereits zufriedenstellte oder sie weiter

streiken wollten, um ein besseres Ergebnis zu erzielen. Unterschiedliche Auffassungen über die weitere Streikbereitschaft der Studierenden – und daher auch darüber, wie realistisch es war, mit weiteren Streiks in den Verhandlungen mehr zu erreichen – hatten in der Tariffkommission im Vorfeld der Abstimmung zu heftigen Auseinandersetzungen bezüglich der weiteren Kampagnenarbeit geführt. Manche hatten Sorge, dass sich der Druck auf die Studierenden – sei es von Seiten der Vorgesetzten oder im Hinblick auf Tätigkeiten, die Studierende auch aus gesellschaftlichen oder politischen Gründen für wichtig hielten (z.B. Lehre, Gleichstellungsarbeit, Beratungstätigkeiten für Studierende) – im Laufe der Streiks gesteigert hatte. Andere wiederum machten stark, dass im Sommersemester gerade während der Streiks das Verständnis für die Situation der Studierenden und ihren Arbeitskampf zugenommen hatte. An den Streikposten schrieben sich außerdem immer noch neue Leute auf die Streiklisten oder traten in eine Gewerkschaft ein. Ein Absinken der Streikkraft war aus den Statistiken – jedenfalls bis dato – nicht herauszulesen. Sowohl die Vermutung sich einstellender Streikmüdigkeit als auch die Annahme anhaltender Streikbereitschaft waren jedoch weitgehend auf persönliche Einzelerfahrungen gegründet. Eine größer angelegte Befragung der Studierenden erschien daher als Möglichkeit, sich einen besseren Eindruck davon zu machen, wie die Stimmung unter den SHKs war, und sich auf dieser Grundlage über das weitere Vorgehen verständigen zu können.

Da eine offizielle, mit Unterstützung der Gewerkschaften durchgeführte Befragung aller SHKs aber an eine Empfehlung zur Annahme des Eckpunktepapiers seitens der Kommission gekoppelt sein musste, war die Abstimmung nicht wirklich eine freie, offene Erhebung über die Streikbereitschaft der Studierenden, sondern eher eine Absicherung der Entscheidung der Tariffkommission, das Eckpunktepapier anzunehmen. Dazu kam, dass sie nur die gewerkschaftlich organisierten Studierenden befragen würde und so diejenigen SHKs ausschloss, die zwar ebenfalls aktiv waren und streikten, sich jedoch keiner Gewerkschaft angeschlossen hatten. Auch diese SHKs einzubeziehen hätte jedoch den Gewerkschaftsvertretern zufolge zu großen Aufwand bedeutet. Und noch aufwändiger wäre es gewesen, zwei Befragungen durchzuführen – eine gewerkschaftliche, die nach den bürokratischen Richtlinien der Gewerkschaften ohnehin durchgeführt werden musste, um die Entscheidung der Tariffkommission zu bestätigen, und eine unabhängige, die nicht mit der Empfehlung des Einigungspapiers einherging. Der Kompromiss bestand darin, die gewerkschaftliche Befragung zwar durchzuführen, sie aber möglichst offen zu halten, indem man über die anhaltende Diskussion in der Tariffkommission informierte und sämtliche Punkte auflistete, die für und gegen eine Einigung sprachen. Letzten Endes war in den Pressemitteilungen zur Mitgliederbefragung dann aber trotzdem bereits von einer Tarifeinigung die Rede, womit der Eindruck erweckt wurde, dass es sich bei der Befragung lediglich noch um eine Absicherung der Entscheidung zur Einigung handelte. Die Streiks wurden mit der Durchführung der Mitgliederbefragung vorerst beendet, die SHKs mussten also an den Tagen der Abstimmung an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, wo sie eventuell bereits Konsequenzen ihres Fernbleibens der letzten Tage und Wochen zu spüren bekamen und Druck auf sie ausgeübt wurde. Das unter diesen Bedingungen herbeigeführte Ergebnis war eine knappe Zweidrittelmehrheit für den Abschluss: 68,2 % der GEW-Mitglieder und 64,2 % der ver.di-Mitglieder wollten die Einigung.

Die Debatten darüber, wie viel Streikkraft mobilisiert werden konnte und ob der langfristige Streik bei all seinen Risiken in Bezug auf das Verhandlungsergebnis erfolgreich sein würde, waren allerdings nicht erst in den Tagen vor der Einigung aufgekommen – in dieser Hinsicht bestand in der Kampagne schon länger Uneinigkeit. Vorher waren die Angebote

der Hochschulen jedoch durchweg so schlecht gewesen, dass niemand – auch nicht diejenigen, die einen schnellstmöglichen Abschluss wollten – hätte einwilligen können. Das letzte Angebot hingegen war nach vielen extrem schlechten und sogar immer schlechter werdenden Angeboten endlich wieder ein Schritt in unsere Richtung und den Gewerkschaftsvertretern zufolge sogar zu gut, um dessen Ablehnung öffentlich rechtfertigen zu können. Es orientierte sich an den Werten, auf die sich wenige Tage zuvor mit Steffen Krach, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung (SPD), und einigen Hochschulvertreter_innen als Minimalwerte geeinigt worden war. Hätten wir das Angebot abgelehnt, so die Befürchtung, wäre uns der Rückhalt in der Politik verloren gegangen, der uns das bessere Angebot erst ermöglicht hatte.

Der hohe Druck, der zum Zeitpunkt der Übergabe des Eckpunktepapiers bestand, war jedoch nicht einfach den äußeren Umständen und den Sorgen der Gewerkschaftsvertreter geschuldet, sondern gezielt durch die Verhandlungsmethoden der Hochschulen herbeigeführt. Derjenige Vorschlag, der mit kleinen Änderungen versehen schließlich in die Mitgliederbefragung gegeben wurde, war der Tariffkommission in der letzten Verhandlungsrunde erst als drittes Angebot überreicht worden – und zwar mit der Ansage, dass die Verhandlungspartner ein paar Minuten später das Gebäude verlassen würden und dies ihr letztes Angebot für eine Einigung sei. Die beiden vorigen Angebote hatten jeweils Werte weit unter den im Beisein von Steffen Krach vereinbarten Minimalwerten enthalten und die Vorbereitung der Tariffkommission auf die Verhandlung überflüssig gemacht.

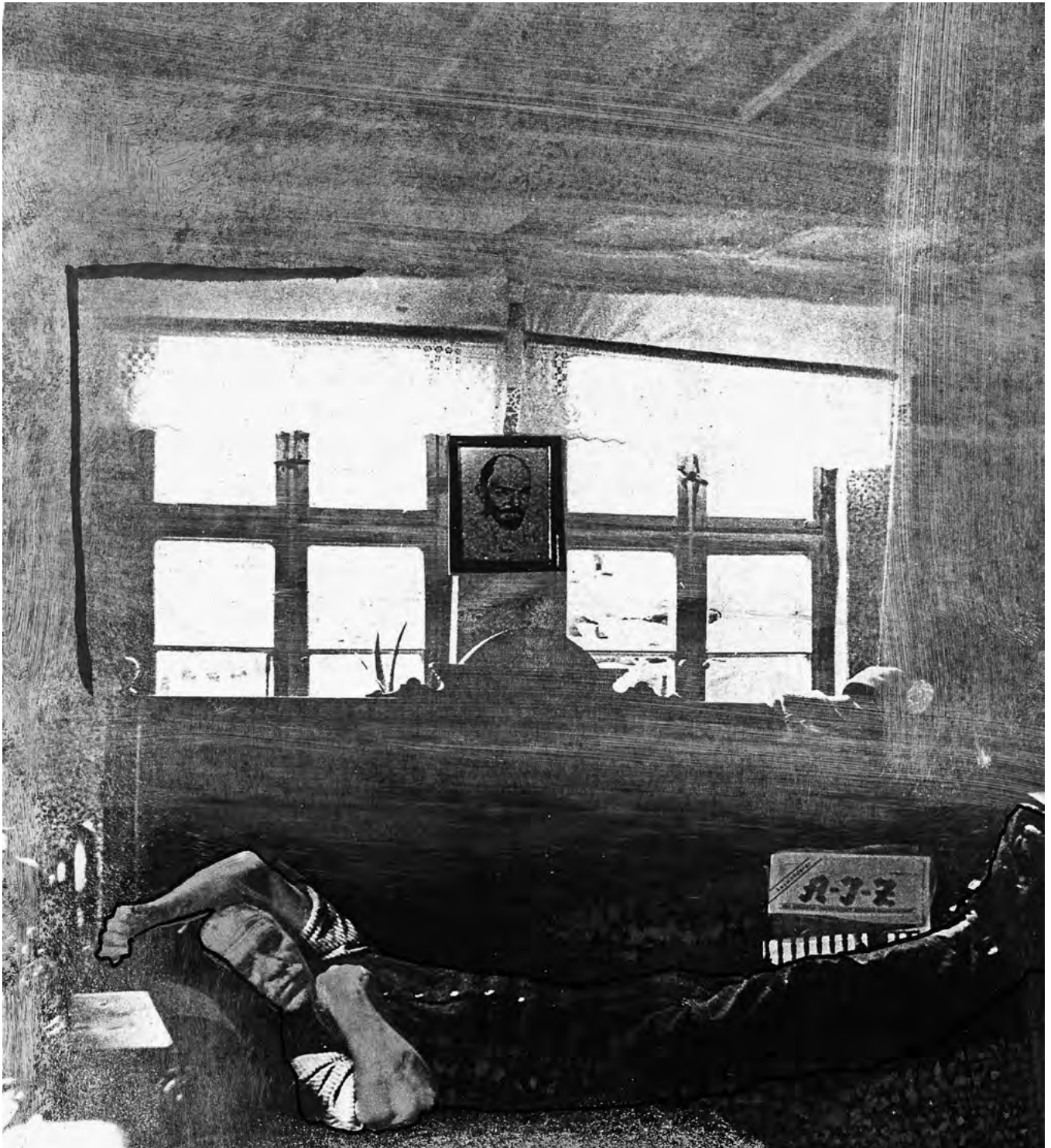
Die Ansage machte aber auch deutlich, dass unsere Streiks und Aktionen in den Wochen zuvor ihre gewünschte Wirkung erzielt hatten. Obwohl jedes einzelne Angebot mit dem Kommentar gekommen war, dass das jetzt aber wirklich das allerletzte Zugeständnis wäre und es nicht mehr besser werden würde, hatten sich die Angebote im Zuge der Streiks allmählich verbessert. Dass das letzte Angebot nur fünf Minuten vor Ende der Verhandlungsrunde gekommen war und die Gegenseite klarmachte, dass ein weiterer Verhandlungstermin ausgeschlossen sei, zeigte, wie dringend sie den Abschluss und damit ein Ende der Streiks und Aktionen wollte. Dennoch gab die Kommission dem Druck nach und den Hochschulvertreter_innen das Eckpunktepapier einige Minuten nach der Übergabe nur mit wenigen, kleinen Änderungswünschen zurück. Die Strategie der Hochschulen war aufgegangen – die Vertreter_innen der SHKs hatten dem enormen Druck nicht standhalten können. Auch deshalb, weil die Gewerkschaftsvertreter verdeutlichten, dass sie unter diesen Umständen keine andere Möglichkeit als die Einwilligung sahen und weitere Streiks daher nicht unterstützen könnten.

Obwohl die Kommissionsmitglieder mit der Erwartung in die Verhandlung gegangen waren, die Minimalwerte aus dem Krach-Gespräch verbessern und von ihnen erarbeitete Vorschläge zur Umverteilung des Gesamtbudgets diskutieren zu können, hatten sie den halben Tag damit verbracht, sich über Angebote zu ärgern, die wieder unter dem lagen, worauf sich bereits geeinigt worden war – reines Kalkül vonseiten der Hochschulen: Diese gingen so einer Diskussion auf Basis der Minimalwerte aus dem Weg, die sie wahrscheinlich nicht nur Zeit, sondern auch mehr Geld gekostet hätte. Da wir in den letzten Minuten der Verhandlung, auch aufgrund der Reden der Gewerkschaftsvertreter, keine Möglichkeit mehr sahen, das Angebot abzulehnen, erschien uns die Mitgliederbefragung schließlich auch als die letzte Gelegenheit, eine Ablehnung des Eckpunktepapiers legitimieren und uns so die Unterstützung der Gewerkschaften und der Politik, die wir zu benötigen glaubten, trotz Ablehnung erhalten zu können.

Letztendlich ist davon auszugehen, dass die Weichen für einen solchen Abschluss schon sehr früh gestellt wurden. Von Anfang an und bis zuletzt waren die Gewerkschaften bezüglich unserer Streikkraft skeptisch, obwohl sich diese vor allem am Ende des Sommersemesters als sehr wirksam erwiesen hatte, um den Druck zu erhöhen und die Angebote zu verbessern. Den langfristigen Streik hatten wir uns über Monate in Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften mühsam erkämpfen müssen, auch wenn sich schon zum Ende des vorangegangenen Wintersemesters gezeigt hatte, dass einzelne Streiktage aufgrund der spezifischen Beschäftigungssituation der SHKs nur wenige Leute mobilisieren konnten. Denn SHKs arbeiten nur neben dem Studium, außerdem nicht jeden Tag oder zu denselben Zeiten. Viele haben außerdem kein Büro und konnten daher erst nach und nach durch Bürorundgänge, andere SHKs oder den öffentlichen Streikposten erreicht und informiert werden. Bis zuletzt gab es durch die Unterbrechungen des Streiks Phasen, in denen die Studierenden unter einer Dreifachbelastung litten: Während sie an Kursen und Vorlesungen teilnahmen und diese vor- und nachbereiteten, mussten sie arbeiten und die Streiks vorbereiten bzw. anderenfalls streiken und sich auf ihre Lohnarbeit vorbereiten, und konnten sich daher nur eingeschränkt an der Kampagnenarbeit beteiligen.

3 Zu lange war außerdem ohne Streiks verhandelt worden. Das hatte unsere Verhandlungsposition geschwächt. Von den Hochschulen wurden wir – das zeigte sich auch in informellen Gesprächen mit einzelnen Hochschulvertreter_innen – gar nicht als vollwertige Verhandlungspartner anerkannt. Erst durch die Streiks hatten wir Druck aufbauen können und gezeigt, was für Folgen es nach sich ziehen kann, wenn die Hochschulen uns als Arbeitskräfte in unseren Anliegen nicht ernst nehmen. Dass die Friedenspflicht dazu geführt hatte, dass wir erst nach zwei Jahren Kampagnenarbeit in den Streik treten konnten, hatte schließlich zur Folge, dass viele Langzeitaktive im Sommersemester keine Energie mehr hatten, die Kampagne weiterzuführen. Da sie sich jedoch noch immer stark mit der Kampagne identifizierten, konnten sie die Arbeit auch nicht einfach den neuen Leuten überlassen, die im Verlaufe des Sommersemesters mobilisiert werden konnten und Interesse an aktiver Kampagnenarbeit äußerten.

Wir können auf jeden Fall stolz darauf sein, was wir zusammen erreicht haben. Gegen alle Widerstände – obwohl wir nicht ernst genommen und immer wieder von den Hochschulen in unserem Arbeitskampf behindert wurden, unsere Anliegen gegen die anderer wissenschaftlicher Mitarbeiter_innen ausgespielt und unsere Forderungen als übertrieben und naiv abgetan wurden – haben wir es geschafft, uns zu vernetzen, unseren Anliegen Gehör zu verschaffen und eine Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Hätte man die Kraft der Streiks früher erkannt und genutzt, wäre jedoch wahrscheinlich sogar ein noch besseres Ergebnis möglich gewesen.



GELB SEHEN

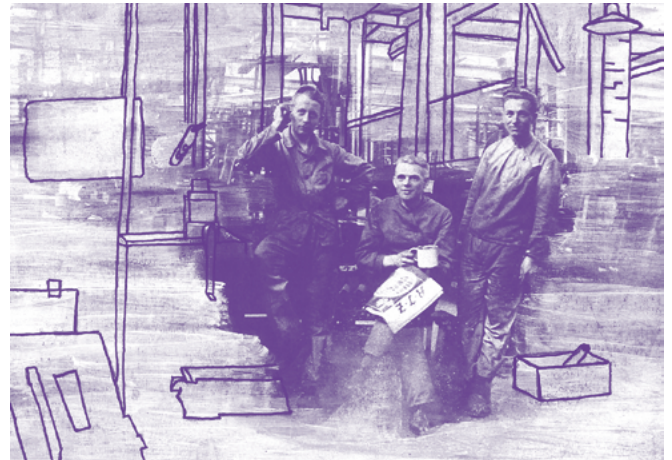
**Nora
Hillermann**

Hinter dem heterogenen und zunächst verdächtig uneindeutigen Aufstand der *Gilets Jaunes* in Frankreich verbergen sich emanzipative Potentiale, die es zu entdecken und an die es anzuknüpfen gilt.

Seit beinahe einem halben Jahr widersprechen die *Gilets Jaunes* der alten Formel sowie der anfänglichen Vermutung, dass sie ebenso schnell verschwinden würden, wie sie aufgetaucht sind. Denn der gelbleuchtende Widerstand verschwindet nicht, obwohl er wie aus dem Nichts aufgetaucht ist.¹ Seit dem 17. November 2018, dem ersten Tag der massiven Mobilisierungen fast überall in Frankreich, trägt die Bewegung jede Woche das Lied der Revolte auf die Straßen. Es ist zu einem Ohrwurm geworden, der ständig zurückkehrt und einem einflüstert, was man nicht hören will – oder vielleicht auch das, was man sich heimlich ersehnt. Weder die Annullierung der Reform der Kraftstoffsteuer, noch die scheinheiligen Versprechen einer Erhöhung des Mindestlohns, und erst recht nicht die verzweifelten Versuche, einen *Grand Débat* (große Debatte) mit der in Rage geratenen Bevölkerung zu inszenieren² – keine Maßnahme der Regierung hält die Zehntausenden von Menschen davon ab, weiter zu demonstrieren, zu blockieren und sich zu organisieren. Die andauernde Motivation versetzt einen ins Staunen und man fragt sich, *weshalb* die Bewegung derart beständig ist und inwiefern dieses Bestehen *wünschenswert* ist, wenn man einen emanzipativen Anspruch an sie stellt – einen Anspruch auf den Umsturz des Systems als Ziel revolutionären Handelns.

AUS DEM SCHEMA FALLEN

Ein erster Grund dafür, dass die Kraft dieser Bewegung im Laufe der Monate nicht im Sand verlaufen ist, besteht darin, dass sie sich jeder Einordnung in ein traditionelles Links-Rechts-Schema entzieht; ein Schema, an dem nicht nur die Parteipolitik der liberalen Demokratie, sondern auch die Sozialwissenschaften und die intellektuelle Linke festhalten. Diese Kategorien erleichtern Orientierung und Organisation auf dem politischen Feld, denn sie erlauben, Freund*innen von Feind*innen zu unterscheiden. Ihr Nutzen für die theoretische Orientierung hängt allerdings davon ab, inwiefern sie der praktischen Organisation auch tatsächlich zugrundeliegen. Viele der *Gilets Jaunes* gehen jedoch zum ersten Mal in ihrem Leben demonstrieren, haben sich keiner Partei oder politischen Linie verschrieben und bezeichnen sich mithin sogar als unpolitisch. Solche Selbstbezeichnungen lassen aus linker Perspektive erst einmal alle möglichen Alarmanlagen im Kopf angehen. Denn was sich unpolitisch gibt, entpuppt sich nicht selten als rechter Wolf im Schafspelz. Die Gefahr eines Abrutschens nach rechts, die Anfangs zweifellos bestand, scheint inzwischen jedoch weitgehend abgewendet. Denn die Verweigerung politischer Einordnung birgt auch aus linker Perspektive nicht nur Risiken, sondern ebenso das Potential, die soziale Frage auf den Plan zu rufen. Was die *Gilets Jaunes*



nämlich vereint, ist keine politische Ideologie, sondern zunächst einmal eine gemeinsame prekäre sozioökonomische Situation – die harte Erkenntnis, ›dass es nicht mehr geht‹. Durch Begegnungen bei Demonstrationen oder Blockaden von Verkehrskreuzungen, sowie durch den Austausch über soziale Netzwerke haben diese Menschen schlicht und ergreifend festgestellt, ›dass sie alle in der gleichen Scheiße stecken‹, dass nicht nur ihnen selbst, sondern so vielen anderen auch das Wasser bis zum Hals steht – obwohl sie sich abmühen, obwohl sie ackern den ganzen Tag, obwohl sie mehrere Jobs gleichzeitig haben, um ihre Familie zu ernähren, obwohl sie weiter arbeiten, weil die Rente nicht reicht.³

Zudem hat die formale Links-Rechts-Verweigerung dazu beigetragen, dass weder der Front National, noch rechtsextreme Gruppen auf irgendeine Weise Einfluss auf die Ziele und das Selbstverständnis, und vor allem nicht auf die mediale Einordnung der Bewegung nehmen konnten. Und sie hat dazu geführt, dass sich keine etablierte politische Kraft gegen sie gestellt hat – außer der Regierung haben die *Gilets Jaunes* keinen ausgesprochenen Feind, dessen *aktiver* Gegenwehr sie ausgesetzt wären. Im Gegenteil: die gewaltvolle, unerhörte und betäubende Repression, welche die Regierung mithilfe der Polizei auf die Bewegung ausübt, ist eher zu einem Grund geworden, sich mit ihr zu solidarisieren, als sich gegen sie zu richten. Die mediale Präsenz der körperlichen Verletzungen – von Gummigeschossen zerstörte Augen, von Granaten zerfetzte Hände – spielt aufseiten der *Gilets Jaunes*. Neben den Erfahrungen der Aktionen selbst ist es dieses Erleben erbarmungsloser Repression, das zu einer Politisierung vieler der sich anfangs als unpolitisch verstehenden Teilnehmer*innen geführt hat.

ENFILER UN GILET EINE WESTE ÜBERZIEHEN

Ein weiteres Moment, das der Beständigkeit der Bewegung in die Hände spielt, ist eine Offenheit, die den Mobilisierungshorizont enorm erweitert. Sie lässt sich ganz praktisch ausformulieren. Es ist unglaublich leicht, Teil der Bewegung zu werden: man besorgt sich eine gelbe Leuchtweste, zieht sie sich über, checkt einmal auf Facebook, wo was läuft, und los geht's. Jede*r, die oder der sich in gelb einer samstäglichen Demonstration, einer *assemblée générale* (Vollversammlung) oder einer Aktion

auf einem *rond-point* (Verkehrskreis) anschliesst, wird automatisch ein *Gilet Jaune*. Natürlich führt diese Offenheit ebenfalls dazu, dass wirklich »irgendwer« bei den Demonstrationen mitlaufen kann und etwa rechte Hooligans weiterhin präsent sind – allerdings wurden Rechtsradikale zuletzt effektiv von Antifas in die Flucht geschlagen. So bildet die große Zugänglichkeit in erster Linie einen Vorzug, nämlich eine unglaublich niedrige Hürde, um politisch aktiv zu werden. Für all diejenigen, für die politische Aktivität immer außerhalb ihres Handlungshorizonts lag, die nicht gewusst hätten, wo sie anfangen sollten, sich zu engagieren, und die in ihrem sozialen Umfeld keinen Anstoß erfuhren, dies überhaupt zu tun – für all diese Menschen bedeuten die Aktionen und entstehenden Netzwerke der *Gilets Jaunes* nicht nur einen unglaublich leicht zugänglichen Raum, in und mit dem sich etwas *tun* lässt (anstatt »nur« zu reden, wie es »die« Politik sonst tut), sondern auch einen Ort, an dem es den allermeisten anderen ebenso geht. Und das wiederum bedeutet, dass es keine politisch erfahrene Avantgarde oder gar Kader gibt, die einen Wissensvorsprung hätten, sondern dass ein Wissen aus der Erfahrung der Aktionen entsteht – dass sich eine praktische Intelligenz formiert, die sowohl bildet und politisiert, als auch zusammenschweißt und Solidarität schafft.

Die Anschlussfähigkeit gilt dabei nicht nur für einzelne Personen, sondern auch für andere politische Kämpfe. Mitte Dezember gab es zumindest in Paris einige Mobilisierungen in Schulterschulter mit den *Gilets Jaunes*, die von verschiedenen linken Kollektiven organisiert wurden. Darunter waren studentische Politgruppen, das *Comité pour Adama* (ein antirassistisches Kollektiv, das insbesondere gegen Repression mobilisiert) und ein queerer Block. Obwohl die *Gilets Jaunes* hauptsächlich französische, weiße Personen umfassen, gibt es durchaus eine Sensibilität dafür, niemanden aufgrund von Herkunft, sozialer bzw. religiöser Zugehörigkeit, Sexualität oder *race* auszuschließen. Das bedeutet nicht, dass es innerhalb der Bewegung keine rassistischen, antisemitischen oder sexistischen Einzelpersonen und Vorfälle gibt. Aus der Mehrzahl der öffentlichen Positionierungen spricht jedoch eine eindeutige Ablehnung solcher Formen der Diskriminierung.⁴

Ein Faktor der Offenheit der Bewegung ist auch die Tatsache, dass es sich nicht um einen Arbeitskampf handelt, der sich im Bereich der Produktion abspielt, und in dem eine bestimmte Berufsgruppe für bessere Entlohnung oder bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße geht, sondern um einen Aufstand seitens der Konsument*innen, die einen Kampf um Marktpreise führen und mit ihren Aktionen in die Warenzirkulation eingreifen.⁵ Dieser Umstand führt dazu, dass die Bewegung nicht die Sache einer spezifischen Gruppe bleibt, sondern zu einer Sache aller werden kann – denn alle unterliegen den Preisregelungen des Marktes, alle unterliegen der staatlichen Steuerpolitik, und alle, mit Ausnahme der politischen Elite selbst, unterliegen dem Machtspiel.

GEGEN JEDE REPRÄSENTATION

Ein drittes, für die Langlebigkeit der *Gilets Jaunes* zentrales Moment besteht in ihrer Verweigerung gegenüber jeglicher Form der Repräsentation. Diese Ablehnung speist sich zunächst aus der geteilten Wut gegenüber der Politik der repräsentativen Demokratie – eine Politik, die zu einem elitären und auf Expertentum reduzierten Geschäft mutiert ist; mit einem *Startup*-Parlament, das Macron in neoliberalster Manier und wie ein kleiner König dirigiert, und mit einer Regierung, die jeder Äusserung der wirklichen Bedürfnisse und Nöte der Bevölkerung rau über den Mund fährt. Dieser heuchlerischen Form der Demokratie setzen die *Gilets Jaunes* einen Ansatz von Basisdemokratie entgegen, der sich in der Forderung nach einem RIC (*Référendum d'Initiative Citoyenne*, einem auf Bürgerinitiative beruhenden Referendum) verkörpert. Angestrebt wird damit nichts weniger als

ein Abbau der professionellen Politik zugunsten einer Politik von unten.⁶ An diese Forderung nach einer Verringerung der vermeintlich repräsentativen Dimension der demokratischen Struktur schliesst sich eine unmissverständliche Verweigerung jeglicher Repräsentation der Bewegung selbst an. Bis heute gibt es keine Einzelperson, die sich als Anführer*in der Bewegung profiliert hätte, und keine formale Struktur, die eine Vorlage zur Schaffung von Hierarchien geben würde. Da die Organisation der Aktionen von Anfang an über soziale Netzwerke stattgefunden hat, sind es recht wilde und unstrukturierte Informationskanäle, über die jegliche Vorbereitung abläuft. In diesen Netzwerken gibt es zwar Personen mit öffentlichkeitswirksameren Accounts, über die Informationen effektiver verbreitet werden können und deren Träger bekannte Gesichter der Bewegung geworden sind. Diese Personen beanspruchen jedoch keine Entscheidungsgewalt, sondern sehen sich lediglich als Sprachrohre der Bewegung – als Instanzen, die eine klarere Formulierung von Zielen und Forderungen gegenüber der medialen Öffentlichkeit ermöglichen. Diese Absage an Repräsentant*innen bedeutet auch, dass es weder innere Machtkämpfe, noch Streit über ideologische Differenzen verschiedener Wortführer*innen gibt. Damit arbeitet die Bewegung permanent gegen Kapazitäten fressende Spaltungs- und Differenzierungstendenzen an – was wiederum zu ihrer Langlebigkeit beiträgt.

DER ROTE KERN

Mögen die *Gilets Jaunes* in ihrer Absage an politische Einordnung, in ihrer Verweigerung von Repräsentation sowie in ihrer Offenheit die Züge einer sozialen Bewegung vorzeichnen, so darf doch ein Aspekt nicht unerwähnt bleiben, der an ihrem emanzipativen Potential zweifeln lassen mag: die Attribute und Assoziationen, welche die Bewegung symbolisch prägen. Es erweckt nämlich ein durchaus mulmiges Gefühl, mit einer Horde Trikolore-schwenkender und nicht selten die *Marseillaise* anstimmender, hauptsächlich weißer, männlicher Menschen durch die Straßen von Paris zu ziehen. Und auch die Tatsache, dass vornehmlich politische Forderungen innerhalb des Rahmens der liberalen Demokratie im Raum stehen (Steuersenkung, mehr politische Partizipation durch das RIC, Rücktritt Macrons usw.⁷), weist eher in eine reformistische als in eine revolutionäre Richtung.

Der erste Punkt – die Bezugnahme vieler *Gilets Jaunes* auf die französische Nation und auf die schlußendlich bürgerliche französische Revolution – scheint zunächst mit einer von fundierter Nationalismuskritik informierten, linken Perspektive unvereinbar. Diese Symbolik wird allerdings vor dem Hintergrund verständlicher, dass sie in Frankreich schlicht die naheliegendste ist, wenn es um Revolution geht. Und es sind Symbole, die alle kennen, zu denen die meisten einen Bezug haben, die vereinernd wirken. Die *Marseillaise* müssen in Frankreich alle in der Schule lernen, was bedeutet, dass dieses Lied *alle* gemeinsam singen können, sodass also das gemeinsame Singen, und nicht unbedingt der Inhalt zählt. Zudem ist die Kritik an Nationalstaatlichkeit an Diskurse gebunden, die der herrschenden Ideologie entgegengesetzt und nicht für alle ohne weiteres zugänglich sind – oft ist ein bestimmtes Milieu Voraussetzung dafür, dass Menschen überhaupt mit solcher Kritik in Berührung kommen. Die Bewegung für eine unkritische Übernahme nationalistischer Symbolik zu verurteilen, wäre also falsch – auch deshalb, weil sie keineswegs einen rechten Einschlag bedeutet: die Jahreszahl 1789 wird nämlich gängiger Weise durch die Reihe 1871, 1968 und schließlich 2018 ergänzt. Es sind also ebenso, wenn nicht sogar eher die linken revolutionären Narrative, die im Vordergrund stehen.

Der zweite Punkt – der Mangel an Radikalität in den konkreten politischen Forderungen und ihre Beschränkung auf den Möglichkeitsraum der bestehenden politischen Strukturen – hat sich

im Laufe der Monate durchaus verschoben. Erstens hat die vollständige Taubheit der Regierung gegenüber den Forderungen der *Gilets Jaunes* viele ebendieser in ein Zweifeln darüber versetzt, ob eine wirkliche Veränderung ihrer Lebensumstände innerhalb des bestehenden Systems überhaupt möglich ist; und zweitens weist etwa der Umstand, dass die *Gilets Jaunes* sich seit Monaten gegen einen Dialog mit der Regierung sperren, darauf hin, dass sich die Bewegung mit Zugeständnissen innerhalb des *status quo* nicht zufrieden geben will und wird. Es scheint sich also ein roter Kern herauszuschälen — ein sozialer Kampf, der emanzipatives Potential birgt.

MATERIALISMUS IN GELB

Eine sozial-emanzipative Revolution kommt ohne eine ökonomische Kritik und eine Berücksichtigung der materiellen Dimension im politischen Kampf nicht aus. Diese zeigt sich bei den *Gilets Jaunes* weniger in ihrem Diskurs, als vielmehr in ihren Handlungsweisen. Obwohl die Forderungen primär an das politische System gerichtet sind, spielen sich die Aktionen großteils im ökonomischen Bereich ab. Es wird hauptsächlich die Waren- und Dienstleistungszirkulation blockiert: Verkehrskreisel werden stillgelegt; es gab Blockaden in Rungis, einem zentralen Lebensmittelumschlagspunkt im Süden von Paris; es fanden Aktionen an Amazon-Logistikzentren statt usw. Damit haben die *Gilets Jaunes*, auch ohne eine theoretische Kapitalismuskritik auszuformulieren, ihre Angriffspunkte zielsicher dort ange setzt, wo die Ursache ihrer Prekarität verortet ist.

Ein zweiter materieller Angriffspunkt ist die Infrastruktur der Städte. Banken, Luxusgeschäfte, Regierungsgebäude und architektonische Machtmonumente in blankgeputzten bürgerlichen Quartieren zu beschädigen, bedeutet, Symbole des wirtschaftlichen und politischen Systems in ihrer Unversehrtheit anzugreifen und damit mediale Effekte zu erzielen — dass der Arc de Triomphe mit »Les gilets jaunes triompheront« (Die *Gilets Jaunes* werden triumphieren) besprayt wurde, hatte einen riesigen Skandal zur Folge. In den Handlungsweisen der Bewegung offenbart sich also ein gezieltes Eingreifen an der ökonomischen Basis, das auf ideologischer Ebene Wellen schlägt und so die Stabilität des Systems ins Wanken bringt. Es wird in Frankreich nicht umsonst von »der Krise« gesprochen. Es scheint also, als würden die *Gilets Jaunes* in ihrer revolutionären Praxis einen emanzipativen Charakter (re)produzieren, der über das bestehende System hinausweist.

BEZIEHUNGEN KNÜPFEN

Das vielleicht eindrucksvollste Indiz des emanzipativen Potentials der Bewegung besteht in ihrer Fähigkeit zur Schaffung von Netzwerken und zum Knüpfen von zwischenmenschlichen Beziehungen. Denn die spektakulären samstäglichen Demonstrationen sind zwar der medienwirksame Schauplatz dessen, was die *Gilets Jaunes* bewegen — die kleinteiligere und nachhaltigere Arbeit geschieht jedoch bei verschiedenen Aktionen unter der Woche und in den Prozessen ihrer kollektiven Planung. In unzähligen Städten bilden sich Ortsgruppen der *Gilets Jaunes* heraus — zusammengewürfelte Ansammlungen von Menschen, die sich regelmässig treffen, um gemeinsam an den Demonstrationen teilzunehmen, aber auch, um lokale Aktionen und Projekte zu realisieren. An Verkehrskreiseln oder in Wohnquartieren errichteten *Gilets Jaunes* beispielsweise sogenannte *cabanes*, selbstgebaute Hütten, die zu Orten der Begegnung geworden sind. Und auch im Straßenbild machen sich die *Gilets Jaunes* bemerkbar; manche — etwa Angestellte von Lieferdiensten — tragen ihre gelbe Weste bei der Arbeit, andere beim Fahrradfahren, bei vielen liegt sie demonstrativ hinter der Windschutzscheibe des Privatwagens. Durch diese Sichtbarkeit werden Momente des spontanen Austauschs möglich — man nickt sich zu oder lächelt sich an, und nicht selten ergeben sich unverhoffte Gespräche, weil

zwei Personen voneinander merken, dass sie beide in Bezug zu den *Gilets Jaunes* stehen. Die Bewegung wird also zunehmend in den Alltag hineingetragen. Dabei ergeben sich Begegnungen zwischen Menschen, die sonst niemals miteinander in Kontakt gekommen wären — es treffen Studis auf Azubis, Berufstätige auf Berufslose, politisch Organisierte auf politische Grünschnäbel. Ob in einer Bahnhofshalle, die blockiert und in der miteinander getanzt wird; ob bei einer *assemblée générale* in der Uni, zu der ein versehrtes Gilet Jaune geladen und angehört wird; ob bei Demonstrationen, wo blutjunge Antifas älteren Damen mit Serum gegen Tränengas aushelfen — überall entwickeln sich Solidaritäten, die Kraft und Motivation stiften, weiterzumachen. Und selbst wenn die Bewegung schlussendlich nichts am Rahmen von Kapitalismus und Scheindemokratie ändern können sollte, so bleiben doch diese Beziehungen, die durch die Bewegung entstanden sind und wesentlich emanzipativen Charakter aufweisen — denn sie werden auf Basis von Solidarität und einer Absage an Diskriminierung und Unterdrückung geknüpft.

GELB SEHEN

Auch wenn die Analogie zum Marxschen Klassenkampf nicht vollständig aufgeht, so kann man in den *Gilets Jaunes* dennoch die Arbeiter*innenklasse erkennen, die sich in der Härte ihres Kampfes der Dimension ihrer Unterdrückung bewusst wird — und in der Repression das Zittern der Bourgeoisie. Denn es sind nicht die linken Gruppen, die diese Bewegung tragen, sondern die Bauarbeiter*innen, Pfleger*innen, Supermarktangestellten und nicht zuletzt Rentner*innen, denen an ihrem Lebensabend die Mittel zum Überleben fehlen. All diese Menschen haben irgendwann rot gesehen und in ihrer Wut beschlossen, etwas zu bewegen. Sie haben sich Leuchtwesten angezogen und dafür gesorgt, dass die traditionelle Linke nur noch gelb sah. Und das ist gut so. Denn dieses Verhältnis erzeugt einen wichtigen Abbau des insbesondere in der intellektuellen, aber auch in der Bewegungslinken präsenten *mépris de classe* (Klassenhass, oder wörtlich Verachtung der Klasse), der handlungsunfähig macht. Das bedeutet nicht, zu ignorieren, dass weiterhin allerhand Ecken und Kanten an der Bewegung kritisiert werden können; es bedeutet, ihren roten Kern zu erkennen und von diesen revolutionären Elementen ausgehend weiterzudenken — und zu handeln. Es geht darum, allen sich rassistisch äussernden *Gilets Jaunes* die Erkenntnis zuzutrauen, dass Ressentiment gegen Immigrant*innen nicht hilft, sondern dass wir uns als Revolutionär*innen mit Ihnen zusammenschließen müssen, wenn wir gewinnen wollen. Es geht darum, nicht vor der Trikolore zurückzuschrecken, sondern auf die Menschen zuzugehen und darüber zu sprechen, welche Wut und welche Hoffnungen wir teilen. Es geht darum, das eigene Denken und Urteilen zu erweitern durch die Lehren einer ungewissen Praxis. Es geht darum, Diversität und Dissens, kollektive Kraft und Kreativität und das Fehlermachen zuzulassen. Es geht darum, den Mut zu fassen, mit Menschen auf die Straße zu gehen, die nicht schon alles durchdacht haben und trotzdem so viel wissen.⁸ Mut zu fassen also, sich eine gelbe Weste zu besorgen und sich hineinzubegeben in diesen einzigartigen Protest.

1 Es muss hier das Wie herausgestrichen werden, denn eigentlich ist es kaum verwunderlich, dass sich in dieser Phase ein breiter politischer Widerstand Bahn bricht: Die Reformpolitik von Emmanuel Macron und seiner Regierung hat zwei Jahre lang einen unterschwelligen Druck erzeugt, der sich irgendwann entladen *musste*. Für eine detailliertere Analyse zu den politischen Entwicklungen vor dem 17. November 2018, siehe:

Étienne Balibar: *Gilets jaunes: le sens du face à face*, unter:
www.blogs.mediapart.fr

bzw. auf Englisch: Étienne Balibar: *»Gilets jaunes: the meaning of the confrontation*, unter:
www.versobooks.com

2 Dieser *Grand Débat* bestand darin, dass Macron über mehrere Wochen an verschiedenen Orten in Frankreich ins Fernsehen übertragene Diskussionsrunden mit ausgewählten Personen über von der Regierung vorgegebene Themen führte.

3 Eine sehr interessante Wiedergabe der Selbstwahrnehmung vieler Gilets Jaunes findet sich in diesen beiden Interviews mit einem Soziologen, der die Bewegung von Beginn an verfolgt hat:

Michalis Lianos: *Une politique expérimentielle – Les gilets jaunes en tant que »peuple«*, unter:
www.lundi.am

Michalis Lianos: *Une politique expérimentielle (II) – Les gilets jaunes en tant que »peuple«* pensant, unter:
www.lundi.am

4 Es muss jedoch differenziert werden zwischen einer recht klaren Ablehnung von Rassismus und einer teilweise mangelnden Sensibilität gegenüber Antisemitismus. Letzterer ist tatsächlich ein Problem, man findet beispielsweise nicht wenige eindeutig antisemitische Memes im Sinne von »Macron Rothschild« auf Gilet Jaune-Accounts. Gleichzeitig werden solche meistens direkt von anderen Gilets Jaunes kritisiert. Und es muss ebenso dazu gesagt werden, dass auch in linken Kreisen in Frankreich die Tendenz zum Antisemitismus ein enormes Problem ist. Der Antisemitismus ist dermaßen stark, dass die Differenzierung zum Antisemitismus viel zu häufig verschimmt und Personen in wirklich eklatanten Antisemitismus rutschen. Es wäre also zu kurz gegriffen, dieses Problem auf die Gilets Jaunes zu reduzieren – es ist in Frankreich omnipräsent.

5 Vgl. Joshua Clover: *Les émeutes des ronds-points*, unter:
www.agitationautonome.com

bzw. auf Englisch: Joshua Clover: *The roundabout riots*, unter:
www.focaaalblog.com

und auf Deutsch: Joshua Clover: *Der Brotaufstand ist zurück*, unter:
www.freitag.de

6 Vgl. insbesondere auch bezüglich problematischer Aspekte des Referendums und der Tatsache, dass auch die Rechte des RIC verteidigt: Samuel Hayat: *Les Gilets jaunes et la question démocratique*, unter:
www.samuelhayat.wordpress.com

7 Für einen umfangreicheren Forderungskatalog, bei dem zudem sichtbar wird, dass aus den Vorstellungen der Gilets Jaunes ein sozialer Geist, eine linke Agenda spricht, siehe: »Gilets jaunes« on a décortiqué chacune des 42 revendications du mouvement, unter:
www.nouvelobs.com

8 Vielen Dank an Charlotte Cremer für diese wunderbare Wendung.

FÜR ›VERNUNFT‹ UND GEGEN LINKE

**Joshua
Schultheis**

Die neu gegründete Campus Alternative Berlin gibt sich liberal und demokratisch, ist aber in Wirklichkeit, gleich ihrer Mutterpartei AfD, autoritär und wissenschaftsfeindlich eingestellt.

2015 legten 14 Neuköllner*innen ihr Abitur mit Bestnote ab. Die B.Z. berichtete damals von dem Festakt, bei dem die Muster-schüler*innen durch die damalige Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey ausgezeichnet wurden. In einem so heterogenen, kulturell pluralen und weithin als Problem-Bezirk verschrienen Stadtteil seien diese jungen Menschen die Zukunft. »Sie sind Aushängeschilder des Bezirks, unsere Botschafter«, so Giffey. Einer der Ausgezeichneten ist Yannic Wendt. Karohemd, sanftes Lächeln, strubbelige Gel-Frisur. Sein Berufswunsch: »Ich würde gerne zum Geheimdienst, weil ich Analyse und Verschlüsselung spannend finde.«

9

Drei Jahre später ist Franziska Giffey Familienministerin und Yannic Wendt ist – nein, nicht beim BND –, sondern ebenfalls in die Politik gegangen und Mitgründer sowie Vorsitzender der Campus Alternative Berlin. In einem Tweet vom 14. November 2018 gab David Eckert, Vorsitzender der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative in Berlin, die Gründung einer JA-Hochschulgruppe an der Freien Universität bekannt. Eckert hatte bereits vor vier Jahren eine Campus Alternative in Düsseldorf gegründet, die schnell aufgrund spektakulärer Aktionen und ihrer Verbindungen zur Identitären Bewegung sowie zu rechten Burschenschaften Aufsehen erregte. Damals formulierte er sein bildungspolitisches Ziel so: »Ich will, dass vor jeder deutschen Bildungsinstitution eine Deutschlandfahne weht, weil wir wieder Patriotismus in Deutschland brauchen.« Dagegen gab sich der Berliner Ableger der Campus Alternative in seinem ersten Internet-Auftritt auf Facebook zunächst gemäßigter. Man wolle die Bedingungen aller Studierenden verbessern, für mehr Transparenz im AStA sorgen und für die Freiheit der Wissenschaft eintreten, da diese in »Zeiten zunehmender Denkverbote« gefährdet sei. Ein Foto zeigt das Gründungstreffen. Darauf sind drei Personen mit Laptops, Stiften und Schreibblöcken an einem runden Tisch zu sehen. Neben David Eckert erkennt man auch Yannic Wendt – dasselbe Lächeln wie vor drei Jahren, nur die Haare glattgekämmt.

Deutlicher wird die Campus Alternative Berlin auf ihrer Webseite. Dort stellt sie sich als »konservative Hochschulgruppe« vor, die sich gegen die Ideologisierung der Wissenschaft und die Verschwendung universitärer Gelder wendet. Das heißt konkret: Gegen die Gender Studies, gegen Unisex-Toiletten, gegen Hörsaalbesetzungen und »gegen die Tyrannei von Postmodernisten«. Unter dem Titel »Rückkehr zur Vernunft« beklagt die Campus Alternative sowohl den »Zwang zur gegenderden [sic] Sprache« als auch die ihrer Meinung nach unbegründet lange Dauer des Streiks der studentischen Beschäftigten in Berlin 2018.



Die erste Aktion der Campus Alternative außerhalb des Internets bestand darin, auf dem Gelände der Freien Universität Sticker mit der Aufschrift »Für mehr RECHTE an der Universität« zu verteilen. Unter anderem wurden damit Plakate des Referats für Internationale Studierende und Studierende of Color überklebt. Der AStA der FU wertete dies als Angriff auf die studentische Selbstverwaltung und insbesondere auf von Rassismus betroffene Studierende und veröffentlichte eine Stellungnahme, in der die politischen Ansichten der Campus Alternative als rassistisch und transfeindlich verurteilt und alle Hochschulangehörigen dazu aufgefordert wurden, der JA-Hochschulgruppe an der FU keinen Raum zu geben. In einer Pressemitteilung bezeichnete wiederum die Campus Alternative diese Anschuldigungen als »haltlos« und als ein »typisches Beispiel linker Gesinnungsdiktatur«. Passend dazu entwirft sie ein geradezu episches Narrativ: »Seit 50 Jahren geht ein Gespenst um an der Freien Universität, das Gespenst des Kommunismus. Doch endlich sind die Schreckensjahre vorüber, denn durch die Gründung der »Campus Alternative – Berlin« zieht endlich wieder die Vernunft in unsere Hallen ein. Deshalb, Mut zum eigenen Verstand!«

Das lässt tief blicken in das Weltbild der JA-Hochschulgruppe. In typisch neurechter Manier werden die Umbrüche rund um das Jahr 1968 als fatale gesellschaftliche Fehlentwicklung und als der Beginn der linken Hegemonie in Wissenschaft und Kultur gedeutet. Es folgten demnach fünfzig »Schreckensjahre« einer »linken Gesinnungsdiktatur« und der »Tyrannei von Postmodernisten«. Die Campus Alternative dagegen sieht sich in der Tradition der gefährdet geglaubten Aufklärung. Es gelte die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Forschung gegen »Denkverbote« und eine Ideologisierung von links zu verteidigen. Gegen eine feindlich gesinnte Übermacht schickt sich die Campus Alternative an, diese Auseinandersetzung nun in der Universität, gleichsam der Höhle des Löwen, auszutragen.

Wie es die JA-Hochschulgruppe jedoch tatsächlich mit der Wissenschaftlichkeit hält, steht auf einem anderen Blatt. Die Gender Studies, ein weltweit etabliertes Forschungsfeld, werden summarisch als »linke Traumwelt« abgetan und David Eckert, Initiator der Campus Alternative Berlin, kommentiert öffentlich einen Bericht über die Hitzewelle im vergangenen Sommer mit den Worten: »Urlaub endlich auch in Deutschland möglich. I love Klimawandel – gebt mir mehr!« Relativierungen des

menschengemachten Klimawandels, die Diffamierung ganzer Fachbereiche und Fantasien von einer angeblichen Schreckensherrschaft der Linken in den Universitäten zeugen von einem verschwörungstheoretischen Denken, dessen Berufung auf Kant und die ›Vernunft‹ ausgesprochen fragwürdig ist.

Zudem fiel die Gruppe um Yannic Wendt in den Monaten seit ihrer Gründung im November 2018 durch den Diebstahl von Transparenten studentischer Cafés, das Stören universitärer Veranstaltungen und das Entfernen missliebiger Plakate auf. Ob das die Mittel der Wahl einer Hochschulgruppe sein sollten, die ihrem eigenen Selbstverständnis nach für mehr »Demokratie« an der Universität und für die Rückkehr einer »vernünftige[n] Hochschulpolitik« einsteht, ist fraglich.

Letztlich kann die Campus Alternative nur schlecht verbergen, wessen Geistes Kind sie ist. Die personellen Überschneidungen mit der Jungen Alternative – Yannic Wendt ist mittlerweile auch Schatzmeister der JA Berlin – erlauben Zweifel an der Selbstdarstellung der Campus Alternative als lediglich »konservativer« Hochschulgruppe. Die Junge Alternative steht deutlich rechts ihrer Mutterpartei AfD – und unlängst haben neue Recherchen ergeben, dass nicht zuletzt die Berliner JA nach wie vor zahlreiche Querverbindungen zu rechtsnationalistischen Burschenschaften sowie zur rechtsextremen Identitären Bewegung aufweist. Inhaltlich hat sich die Campus Alternative von keiner dieser Organisationen distanziert.

Der Referent für Hochschulpolitik beim AStA der FU, der die Campus Alternative seit ihrer Gründung beobachtet, glaubt daher auch, dass diese ein doppeltes Spiel spielt: »Vordergründig bedient sie sich einer klassisch liberalen Rhetorik und gibt vor, für Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit einzustehen. Dahinter steckt aber eigentlich ein autoritäres und reaktionäres Weltbild, in dem für abweichende Meinungen kein Platz ist. Letztlich ist das antidemokratisch und wissenschaftsfeindlich.« Die größere Gefahr für die studentische Selbstverwaltung in Berlin sei bisher allerdings die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und nicht die ihr nahestehende Hochschulgruppe gewesen. Der AfD-Abgeordnete Martin Trefzer hatte im Januar 2018 in einer Anfrage an den Senat die Namen aller AStA-Referent*innen der großen Berliner Universitäten der letzten zehn Jahre sowie weitere Details und persönliche Daten aus diesem Zeitraum erfragt, was vielfach als Einschüchterungsversuch gegenüber linkspolitisch aktiven Studierenden gewertet wurde. »Dagegen existiert die Campus Alternative hauptsächlich im Internet und könnte ohne die Unterstützung der Jungen Alternative Aktionen wie das Stören von Veranstaltungen an der Uni gar nicht durchführen«, so der Referent für Hochschulpolitik. Es sei nicht zu befürchten, dass es der Campus Alternative gelingen könnte, eine relevante Anzahl Studierender von ihren Ideen zu überzeugen. Im Gegenteil sei ihr Auftreten sogar für viele Hochschulangehörige der Anlass gewesen, sich verstärkt mit Antifaschismus auseinanderzusetzen.

Eine Anfrage an die Campus Alternative über ihre Gruppenstärke, Art der Organisation und zukünftigen Pläne blieb unbeantwortet. Einiges deutet jedoch darauf hin, dass die Gruppe aus nicht mehr als zwei oder drei Personen besteht. Eindeutig identifiziert ist nur ihr Vorsitzender Yannic Wendt. Gut möglich, dass die bisherigen Selbstzeugnisse der Campus Alternative allesamt aus seiner Feder stammen. Und so ist zumindest ein Teil seiner Interpretation der Situation zutreffend: Die Übermacht derjenigen Studierenden, die einem rechtem Weltbild ablehnend gegenüberstehen, ist erdrückend. Ob es dem ehemaligen Vorzeige-Neuköllner Wendt und seinen etwaigen Mitstreitern gelingen kann, daran etwas zu ändern, ist zu bezweifeln.

ANTIRASSISMUS IST KEINE FRAGE DES GLAUBENS

**Bafta
Sarbo**

Der Nachfolgeband von *Beißreflexe*
versammelt zum Teil hilfreiche Beiträge
rund um das Verhältnis der Linken zu Rassismus und Religion.

Der Essayband *Freiheit ist keine Metapher* — herausgegeben von Vojin Saša Vukadinović im Querverlag — schließt an die sogenannte »Kreischreihe« an, in der insbesondere *Beißreflexe* — herausgegeben von Patsy L'Amour La Love — großes Aufsehen erregte. Der neu vorliegende Band soll vor allem Kritik an aktuellen Ausprägungen der Gender Studies in Bezug auf die im Untertitel aufgereihten Schlagworte »Antisemitismus, Migration, Rassismus und Religionskritik« üben. Nachdem Vukadinović bereits in der *Jungle World* und der *EMMA* Kritiken an den Gender Studies formuliert hatte, werden hier nun knapp 40 Autor_innen versammelt, um sich mit unterschiedlichen Aspekten dieses Themenkomplexes zu beschäftigen.

Die Essays widmen sich den von Vukadinović in der Vorbemerkung angeschnittenen Themen zum Teil direkt, zum Teil aber auch nur vermittelt. Ein inhaltlicher roter Faden ist für diejenigen, die sich in der Debatte auskennen, zwar durchaus erkennbar, jedoch unterscheiden sich die Beiträge in Umfang und Stil zum Teil gravierend: Das Spektrum reicht von eher subjektiven Schilderungen in Artikel- und Interviewform über politische Polemiken bis hin zu wissenschaftlichen Analysen. Das macht es schwer, das Buch als Ganzes zu diskutieren, weshalb hier nur schlaglichtartig auf eine enge Auswahl von Beiträgen eingegangen werden soll.

Auffällig ist gleich zu Beginn — in der Einleitung — die Provokation eines positiven Bezugs auf Thomas Maul. Während dessen wissenschaftlicher Beitrag zur Kritik von Gender Studies und Critical Whiteness als streitbar bezeichnet werden kann, ist es — allein aus strategischen Gründen — fragwürdig, ob die *Bahamas* im Allgemeinen, sowie Thomas Maul im Besonderen überhaupt sinnvoll für diese ohnehin schon aufgeladene Diskussion produktiv gemacht werden kann. Diese weisen sich eher durch eine Islam-Obsession und Kulturkampf-Rhetorik aus — in letzter Zeit etwa in Form von Albernheiten wie »Weihnachtsplätzchenbacken gegen Islamismus« — als durch eine anschlussfähige Religionskritik oder eine sinnvolle Kritik an postmodernen Verirrungen der Linken. Damit sind sogleich Problematiken angesprochen, die sich auch anhand einiger Beiträge in diesem Band aufzeigen lassen. Anastasia Iosseliani folgert aus der Praxis der in ihrem Beitrag angeführten antiimperialistischen Szene (und nicht etwa aus einem Begriff von Imperialismus): »Für Individuen, für die Freiheit nicht nur ein abstrakter Begriff ist, gibt es demzufolge keinen Grund Antiimperialismus — gleich welcher Form und Schule — zu unterstützen.« Das würde bedeuten, dass Imperialismus entweder so nicht existiert, oder dass er nichts ist, womit sich die Linke auseinandersetzen sollte. Chloe



Valdary, die sich gegen BDS an US-amerikanischen Universitäten einsetzt, erwähnt im Gespräch mit Christina Dschaak, dass sich ihr Engagement aus ihrer christlichen Sozialisation ergibt — und das in einem Buch mit »Religionskritik« im Untertitel. Außerdem werden die bürgerliche Gesellschaft, die Aufklärung und der sogenannte »Westen« kritiklos affirmiert. Es sind die üblichen Fallstricke der antideutschen/ideologiekritischen Szene — einer Szene, die sich mehrheitlich positiv auf die Kritische Theorie bezieht —, die sich wahrscheinlich am besten mit dem Begriff der Dialektik der Aufklärung charakterisieren lassen. Denn auch diese reaktionären Elemente entstammen aus den Widersprüchen der Aufklärung und der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

Unter anderem Dennis Schnittler, der sich in der Einleitung zu seinem Beitrag auf die Exklusivität der Menschenrechte gegenüber Schwarzen Menschen bezieht, sowie Marco Ebert, der die Theorie von Judith Butler als Produkt der bürgerlichen Gesellschaft selbst charakterisiert, greifen diesen Widerspruch durchaus auf — hier zeigen sich die Widersprüchlichkeiten der verschiedenen Beiträge des Bandes, der auch an keiner Stelle inhaltliche Einigkeit behauptet.

Eberts Beitrag *Die »Identifikation mit dem Leiden«* setzt sich mit der Affirmation des Schmerzes in Butlers Werken auseinander. Butler, die vor allem durch ihr Buch *Gender Trouble* (zu deutsch: *Das Unbehagen der Geschlechter*) populär wurde, genießt besondere Aufmerksamkeit in den deutschen Gender Studies, welche Vukadinović in seiner vorhergehenden Notiz als »performative Glaubensgemeinschaft« bezeichnet. Seit der Jahrtausendwende findet Vukadinović zufolge im Werk Butlers allerdings ein Turn weg von geschlechterpolitischen Fragen und hin zu einem sogenannten Antiimperialismus statt. Dieser zeichne sich durch die Forderung aus, die allen Subjekten gemeinsame Verletzlichkeit anzunehmen und zu affirmieren.

Besonders hervorgehoben werden muss, dass der Beitrag sich zum einen auf verschiedene Werke Butlers bezieht und zum anderen sehr nah am Text arbeitet. Es handelt sich damit um eine Kritik, die Butlers Werk immerhin zu Wort kommen lässt.

Dennis Schnitlers Beitrag *Der ewige Neger* liefert eine längst überfällige Kritik des Rassismus aus einer materialistischen und psychoanalytischen Perspektive. Der ökonomische Teil basiert weitgehend auf Peter Schmitt-Egners Rassismuskritik aus den 70er Jahren. Daran schließt der psychoanalytische Teil an, wobei ein argumentativer Übergang oder zumindest eine materialistische Herleitung der psychoanalytischen Kategorien aus den ökonomischen wünschenswert gewesen wäre. Darüber hinaus lässt sich sicherlich diskutieren, wie gut die essayistische Form für dieses Thema geeignet ist und ob nicht vielleicht mehr konkrete Verweise sinnvoll gewesen wären. Nichtsdestotrotz bietet der Beitrag eine wertvolle Ergänzung der Kritik des Rassismus, die in Deutschland in der Regel eher vorurteilsbezogen und liberal argumentiert.

Der Beitrag von Tara Falsafi *Für immer Fremdbestimmt?*, in dem sie aus ihrer Erfahrung mit dem Tokenism-Vorwurf heraus die Fehlverwendung des Begriffs thematisiert, greift als übergeordnetes Thema allerdings einen sehr viel wichtigeren Punkt auf. Während der Begriff eigentlich eine liberale Repräsentationspolitik zum Zwecke der Besänftigung von politischen Minderheitenforderungen beschreibt, ist es mittlerweile ein Schlagwort zur Diskreditierung von migrantischen oder nicht-weißen Linken geworden, die sich kritisch zu Identitätspolitik äußern. Innerhalb der kritisierten politischen Strömung gilt der sogenannte Sprechort, das heißt die Positionierung der Sprechenden als Indikator für die Legitimität ihrer Aussagen. Demzufolge wäre Feminismus nur Sache von Frauen und LGBTIs und Antirassismus nur Sache von Schwarzen Menschen und PoCs. Der Tokenism-Vorwurf zielt allerdings drauf ab, jene von Rassismus betroffenen Linken, die Solidarität statt Identitätspolitik fordern, die legitime Sprecher_innenposition zu entziehen.

Der Herausgeber Vukadinović verweist im Vorwort auf das migrationspolitische und antirassistische Netzwerk Kanak Attak und zitiert dessen mittlerweile 20 Jahre altes Manifest in seinem expliziten Einspruch gegen die Frage nach Herkunft und Pass in Sachen des Antirassismus. Damit wurde damals ein neues migrantisches Selbstbewusstsein gefordert, dass die Frage der Identität in den Hinter- und die Frage der Haltung in den Vordergrund stellt. Dieses Selbstbewusstsein wird zum Schluss, trotz des provokanten Titels des von der Gruppe gegen migrantische Weinerlichkeit verfassten Beitrags, gefordert. *Räumt die geistigen Ausländerbehörden* ist eine Aufforderung, sich nicht nur als Opfer der Verhältnisse, sondern auch als Individuum in seiner politischen Subjektivität zu begreifen.

Trotz der eingangs erwähnten internen Widersprüche stellt *Freiheit ist keine Metapher* insbesondere für die Diskussion an der HU einen wichtigen Debattenbeitrag dar. Immerhin ist durch die hier situierten Gender Studies eben jenes diskursive Feld bereitet, auf das die meisten der Beiträge abzielen. Und letztlich hat auch die studentische Kritik an der Einrichtung des Instituts für islamische Theologie die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit einer linken Kritik am politischen Islam deutlich gemacht. Allerdings gilt es dabei zu vermeiden, im Zuge einer Kritik am Islam bloß wieder dem Christentum oder einer der anderen ›Glaubensgemeinschaften‹ der bürgerlichen Gesellschaft und des ›Westens‹ auf den Leim zu gehen.

Vojin Saša Vukadinović (Hrsg.): *Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik*. Querverlag. 496 Seiten, 19 €

ZEITNOT UND ORGANISATION

**Fabian
Bennewitz**

Die Organisationsfrage zu stellen ist keine bloße Denkübung – die Umstrukturierung der Hochschulen nach Bologna macht es notwendig, sie neu zu verhandeln.

Ausgangspunkt dieses Diskussionsbeitrags ist die ebenso banale wie grundlegende Feststellung, dass die Idee der unternehmerischen Hochschule in der Realität angekommen ist und vermutlich so bald nicht wieder aus ihr verschwinden wird. Dass emanzipatorische studentische Politik an deutschen Hochschulen so schwach ist wie seit 50 Jahren nicht, hängt direkt damit zusammen. Es soll in diesem Artikel nicht um die Frage gehen, warum und inwiefern die Hochschule als politisches Kampffeld von Bedeutung ist und bleibt – das wurde in vorigen Ausgaben der HUC bereits ausgiebig erörtert.¹ Fortsetzung soll die Diskussion hier vielmehr durch eine Anwendung und Überprüfung des von Joshua Schultheis formulierten Anspruchs erfahren:

13

»(Linke) Hochschulpolitik ist kein Selbstzweck, sondern besitzt nur dann Legitimität, wenn sie den Anspruch ernst nimmt, über die Institution Universität hinaus zu wirken und wenn sie politische Teilsiege an der Uni nicht mit einer Verbesserung des Ganzen verwechselt.«²

An diesem Anspruch gemessen zeigt sich nämlich ein Misstand der studentischen Politik an den Berliner Hochschulen, da Klientelpolitik für Studierende einerseits, allgemeinpolitische Aktionen und Veranstaltungen ohne Hochschulbezug andererseits zumeist unvermittelt nebeneinander stehen. In Kombination mit einer Nichtanpassung der eigenen Organisationsstruktur an das Bachelor-Master-System ergibt sich daraus eine ernüchternde Ausgangslage für die hochschulpolitische Linke.

ZEITNOT IM STUDIUM

Die Situation von Studierenden im Bachelor-Master-System ist in der Regel von einer Verdichtung des Studiums, erhöhtem Leistungsdruck und verknüpften zeitlichen, inhaltlichen und physischen Freiräumen geprägt. Dazu kommt eine im Vergleich zum Diplomstudium eher kurzfristige Bleibeperspektive an der Hochschule, die durch Auslandsemester, Hochschulwechsel oder Abgang nach dem Bachelor zusätzlich unterbrochen und eingeschränkt wird. Und wenn man erstmal zwei Semester oder länger braucht, um sich an einer Uni wirklich zurechtzufinden und seine 50-seitige Studienordnung zu verstehen, ist es dann schon nicht mehr lang bis zur Bachelorarbeit und der daraufhin anstehenden Suche nach einem Praktikums-, Arbeits- oder Master-Studienplatz. Außerdem ist das Studium in der Regel von einem Übermaß an Prüfungen strukturiert, die in Zusammenspiel mit teilweise sehr strikten Modulsystemen und Leistungspunktevergaben eher das Gegenteil von Muße und Reflexion befördern. An der wichtigen Ressource Zeit mangelt es in der Folge nicht



nur für das Studium, sondern auch für ein über die Grenzen der Lehrpläne hinausgehendes kritisches Hinterfragen der Verhältnisse sowohl an der Uni als auch in der Gesellschaft sowie dafür, sich praktisch in der Hochschulpolitik zu engagieren – z.B. auf Treffen zu gehen, Veranstaltungen und Aktionen zu planen und umzusetzen, Plakate zu entwerfen, usw. Die Hürde für (hochschul)politisches Engagement oder wenigstens eine Beteiligung an den laufenden Debatten ist dadurch noch ein Stückchen höher gerückt als ohnehin schon. Dazu kommt in Berlin wie in anderen deutschen Großstädten das Phänomen von immerzu steigenden Wohn- und Lebenshaltungskosten, die das Vorhandensein von Zeit und Kapazitäten für dergleichen Engagement nicht gerade begünstigen. An eine unrealistische Regelstudienzeit gekoppeltes Bafög oder auch finanzielle Unterstützung von Eltern, die aber häufig auch mit einer gewissen Erwartungshaltung verbunden ist, setzen den psychischen Leistungsdruck, den man an der Hochschule erfährt, in direkte materielle Zwänge um.

Alle diese negativen Voraussetzungen betreffen selbstverständlich auch diejenigen, die dahinterstehende neoliberale Logiken und Wertvorstellungen ablehnen und sich von dergleichen äußeren Zwängen möglichst frei machen wollen. Wir können noch so radikal über Universitäten und gesellschaftliche Verhältnisse nachdenken – Leistungsscheine müssen wir trotzdem ausfüllen und auch unsere Mieten nehmen keine Rücksicht auf unsere politischen Einstellungen. Selbstverständlich ist der Großteil der Studierendenschaft, wie Max Köhler schreibt, »keinesfalls genuin rebellisch«, sondern »passiv und konform und will nur möglichst schnell und erfolgreich seine Ausbildung absolvieren, um sich dann auf dem Arbeitsmarkt die Haut gerben zu lassen.«³ Dieses Phänomen ist zwar nicht neu, wird aber durch die verschärften Studienbedingungen noch potenziert. Nichtsdestotrotz ist aber an der Überzeugung festzuhalten, dass die

Hochschulen gerade durch ihre internen Widersprüche hindurch Orte sind, an denen zumindest das Potenzial für kritische Reflexion und ein Erkämpfen von Freiräumen besteht, von denen im Endeffekt auch diejenigen etwas haben sollen, die sich nicht aktiv engagieren und die vielleicht nicht einmal die Notwendigkeit für politisches Handeln sehen.

MACHTLOSIGKEIT DER PROTESTE

Das nachgelassene politische Interesse, Bewusstsein und Engagement zeigt sich an verschiedenen Stellen. Noch in der Übergangszeit von der alten Studienstruktur zum Bachelor-Master-System gab es die bundesweiten Bildungsproteste von 2009, die auch in Berlin sehr präsent waren. Auch diese waren trotz ihrer Größe nur noch ein Schatten vergangener Protestbewegungen und haben lediglich die Einführung von Studiengebühren verhindert – also negative Entwicklungen gebremst und verhindert, ohne sie aber umkehren und in eine progressive Richtung umlenken zu können. Schon damals zeichnete sich das Problem ab, dass langfristige Perspektiven und Forderungen nach einer grundlegend besseren Gesellschaft hinter den Parolen für mehr Geld für Bildung verschwanden oder zumindest weniger wahrgenommen wurden und entsprechend weniger wirkmächtig waren. Aktuell erscheint selbst eine Protestbewegung von der Größe des Bildungsstreiks 2009 eher unwahrscheinlich.

Das hat leider auch der Arbeitskampf samt Streik für eine Verbesserung des Tarifvertrags für studentische Beschäftigte (TV Stud) in den letzten zwei Jahren gezeigt. Zwar ist diesem Kampf einiges zugute zu halten, hat doch diese Initiative tatsächlich einen konkreten Erfolg in Form eines neuen Tarifvertrags erringen und das Thema der Arbeitsbedingungen an Hochschulen stärker zu Bewusstsein bringen können. Jedoch waren auch diese Proteste in Größe und Wirkung nur ein Schatten des historischen Streiks von 1986 und verliefen die meiste Zeit in geregelter, zahmen Bahnen. Gab es auch hier Akteure, die versucht haben, den Protest zu erweitern und zu radikalieren, so überwog letztendlich leider doch die Anpassungsfähigkeit und Konfliktscheue vieler Studierender.

Außerdem bildet die wochenlange Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften der HU Anfang 2017 einen wichtigen Bezugspunkt für die Beschäftigung mit linker Hochschulpolitik in Berlin. Mag auch die politisch motivierte Entlassung des kritischen Stadtsoziologen Andrej Holm den Anlass gegeben haben, so ging es unter dem Label #iswbesetzt schnell nicht mehr nur um die Causa Holm oder auch nur um Hochschulpolitik allein. Immerhin gab es damals – aufgrund des Anlasses (Holm war in verschiedenen Stadtteil- und Mieterinitiativen aktiv und vertritt eine kritische Haltung zur Berliner Stadtpolitik) naheliegende – Ansätze, sich aktiv auf Stadt- und Wohnungspolitik zu beziehen und dabei gemeinsame Positionen mit Mieterinitiativen und anderen außerhalb der Universität agierenden politischen Akteuren zu formulieren. Diese ansatzweise die Grenzen der Uni überschreitende Verknüpfung macht auch die Besetzung des ISW zu einem der positiveren hochschulpolitischen Ansatzpunkte der jüngeren Zeit – ihre Schattenseite besteht jedoch in ihrer Kurzlebigkeit sowie darin, dass es ihr nicht gelang, eine bleibende Struktur zu schaffen.

LANGLEBIGKEIT DER ORGANISATION

Die von solcherart kurzweiligen Bewegungen und Ereignissen wachgerufenen Potentiale emanzipatorischer Hochschulpolitik aufzunehmen und am Leben zu erhalten sowie deren Erfahrungen weiterzugeben, wäre der Idee nach Aufgabe der permanenten Strukturen der Verfassten Studierendenschaft. Weg von den Protesten und hin zu der alltäglichen hochschulpolitischen Arbeit zeigt sich jedoch ein vielleicht noch traurigeres Bild. Denn die ASten in Berlin geraten unter immer stärkeren

Rechtfertigungsdruck, was sich exemplarisch an den Angriffen auf den RefRat und die studentischen Strukturen an der HU ablesen lässt.⁴ Dass selbst dieser Frontalangriff zwar durchaus Empörung, aber bisher wenig wahrnehmbaren Protest hervorgerufen hat, gibt Anlass zur Sorge. In solche Verteidigungskämpfe verwickelt zu sein, macht es natürlich schwer, eine proaktive Rolle in der studentischen Politik an der Hochschule einzunehmen. Derart auf die vorgesehenen Bahnen studentischer Teilhabe an der Institution Hochschule eingeschränkt, dient klassisches hochschulpolitisches Engagement leider eher zur Legitimation der Politik der Universitäten, als dass es sie tatsächlich herausfordert. Mögen auch fast alle progressiven Vorschläge seitens der Studierendenschaft von den anderen, in den Gremien bevorteilten Statusgruppen übergangen werden, so erscheint der ganze Prozess Außenstehenden dennoch als legitim, insofern zumindest eine Person aus der größten Statusgruppe mit am Tisch saß. Als Erfolg muss es unter diesen Bedingungen schon angesehen werden, wenn es gelungen ist, die Unileitung an ihre eigenen rechtlichen Grundlagen zu erinnern, die sie ansonsten gerne mal ignoriert.

Angesichts der Kräfteverhältnisse in solchen Gremien ist es ausichtslos, darauf zu hoffen, dass sich die besseren Argumente von selbst durchsetzen werden. Ohne Rückenwind von wiederkehrenden Protesten oder gar Rückhalt in einer kontinuierlichen studentischen Bewegung wird der progressive Einfluss in diesen Gremien weiterhin marginal bleiben. Auf die Entstehung einer solchen Bewegung deuten gegenwärtig lediglich – aber immerhin – graduelle positive Verschiebungen hin. Wie Matthias Ubl über autonome Hochschulgruppen schreibt, »haben diese Einzelinitiativen zumindest in Berlin Zulauf. Die Veranstaltungen der kritischen Orientierungswochen sind immer extrem gut besucht. Es gelingt auch, auf Dauer Einzelne in die autonomen Uni-gruppen einzubinden.«⁵

Auch gibt es immer wieder vereinzelte Ansätze zu Archiven, Bibliotheken und Wikis, die helfen sollen, Wissen von und über Bewegungen zu erhalten und weiterzugeben. Ohne praktische Anbindung handelt es sich dabei jedoch um totes Wissen, welches schneller verloren geht als praktisches, weswegen solche Wissenssammlungen nur in Verbindung mit aktiven Gruppen ihr volles Potential entfalten können. Dass in der HUCh regelmäßig auch ältere Texte neu abgedruckt werden, die immer noch Relevanz besitzen, zeigt, dass viel kritisches Wissen über die Hochschule vorhanden ist und manchmal nur geborgen werden muss. Und auch das studentische Vorlesungsverzeichnis von atopus⁶ kann dabei helfen, die theoretische Debatte am Leben zu erhalten. Dort werden Projekt tutorien und ähnliche Formate gesammelt, bei denen Studierende selbstverwaltete Lehrveranstaltungen organisieren, dafür aber von der Uni bezahlt werden und sich die Teilnehmer*innen die Kurse anrechnen lassen können.

Die kritischen Orientierungswochen zu Beginn der Wintersemester sind ein weiterer guter Ansatz. Dabei fällt jedoch auf, dass sich die Veranstaltungen nur sehr begrenzt mit den Zuständen an der Universität auseinandersetzen und häufig eher eine Einführung in das breite Spektrum linker Themengebiete darstellen als eine tatsächliche kritische Orientierung an der Hochschule. Dem entspricht auch die Angewohnheit linkspolitischer Akteure innerhalb wie außerhalb der Uni, Kampagnen- und Themenhopping zu betreiben, anstatt die Bemühungen strategisch auf ein Gebiet zu konzentrieren. Für die nahe Zukunft schiene dabei das Thema Wohnen und Mieten in Berlin am vielversprechendsten zu sein, zumal sich in diesem Feld eigene Betroffenheit ohne Schwierigkeit mit grundlegender Kritik an kapitalistischen Zuständen verbinden lässt.

In Anbetracht des beschriebenen neoliberalen Zeitregimes an der Uni ist es gegenwärtig jedoch am wichtigsten, sich bezüglich

der langfristigen Perspektive der eigenen Strukturen Gedanken zu machen. Auch wenn das nicht gleich bedeuten muss, eine Gewerkschaft zu gründen, so lohnt es sich doch, sich die Worte zu Herzen zu nehmen, die Joshua Schultheis in Bezug auf das Projekt unter_bau — die Basisgewerkschaft an der Uni Frankfurt — gefunden hat:

»In dieser ganz und gar nicht revolutionären Zeit ist sich auch unter_bau der schlechten Aussichten seines Kampfes bewusst und setzt auf den Aufbau von Strukturen, die bleiben, statt auf blinden Aktionismus, auf einen langfristig angelegten Prozess der Transformation, statt auf die spontane Revolution.«⁷

An den Berliner Hochschulen herrscht dagegen üblicherweise eher eine Abneigung gegenüber festgeschriebenen Regeln und festen Posten vor. Diese entspringt einer prinzipiell löblichen antiautoritären Haltung und dem Wunsch, möglichst hierarchiefrei zusammenzuarbeiten, hat jedoch in der Praxis oft problematische Auswirkungen, wie sie Jo Freeman in ihrem Text *Die Tyrannei der Strukturlosigkeit* von 1970 analysiert hat, welcher in der vorigen Ausgabe der HUCH neu übersetzt und abgedruckt worden ist. Insbesondere in Anbetracht dessen, dass die Zeit im Studium immer knapper wird und die Universität mehr und mehr zu einer Durchgangsstation verkommt, sollten wir uns auf festere Organisationsstrukturen besinnen. Denn je stringenter etwa ein Plenum organisiert ist, desto weniger Zeit kostet es. Außerdem brauchen strukturlose Gruppen generell länger, um Erfahrungen und Kompetenzen weiterzugeben. Wenn nun aber die einzelnen Personen aufgrund des Bachelor-Master-Systems kürzere Zeiträume an der Uni verbringen als zuvor, erhöht das die Gefahr, dass ihre Erfahrungen mit ihnen aus den Gruppenzusammenhängen verschwinden, bevor sie ganz an die nächste Generation politisch aktiver Studis weitergegeben werden konnten. Festere Strukturen mit geregelten Einarbeitungsvorgängen sind hingegen sehr viel effektiver dabei, einmal erarbeitetes Wissen langfristig in den Gruppen und Organisationen zu halten. Was Techniken zur Vorbeugung von Kaderbildung und Bürokratisierung angeht, sei neben der *Tyrannei der Strukturlosigkeit* auch auf den Beitrag von David Miller in demselben Heft verwiesen.⁸ Sich in diesen Hinsichten inhaltlich, strategisch und organisatorisch neu auszurichten, ist absolut notwendig, wenn die hochschulpolitische Linke nicht dem Leistungsdruck von Bologna erliegen und komplett in der Bedeutungslosigkeit verschwinden will.

15

1 Ich beziehe mich hierbei vor allem auf die beiden Texte *Warum Hochschulpolitik* von Joshua Schultheis und *Politik, Konflikt und Poesie* von Matthias Ubl, beide in der HUCH #87.

2 Joshua Schultheis: Warum Hochschulpolitik, in: HUCH #87, S. 1.

3 Max Köhler: Bis hierher und nicht weiter – kleine Geschichte des Berliner Tarifvertrags für studentische Beschäftigte, in: FU70: Gegendarstellungen, S. 129. Dabei handelt es sich um eine Überarbeitung seines gleichnamigen Artikels in der HUCH #83.

4 Vgl. Juliane Ziegler: »Genderwahn, »Linksextrem« und die AfD, in: HUCH #88, S. 5-7.

5 Matthias Ubl: Politik, Konflikt und Poesie, in: HUCH #87, S. 6.

6 www.atopos.eu

7 Joshua Schultheis: Unter_bau oder der Optimismus, in: HUCH #86, S. 7.

8 Vgl. David Miller: Was tun für die Bewegung der Zukunft?, in: HUCH #88, S. 9-11.



DIE LEHREN DES VORMÄRZ: REBELLISCHE BACHELOR UND PROLETARISCHE LESEKREISE

**Interview mit
Patrick
Eiden-Offe**

**Ein unverstellter Blick auf die Zeit des Vormärz
rüttelt an vermeintlichen Gewissheiten der Linken und eröffnet neue Perspektiven
auf unsere eigene Gegenwart.**

Es ist ein merkwürdiger, jedoch nicht allzu oft angesprochener Umstand, dass die Bezeichnungen für unsere akademischen Grade im Bachelor-Master-System den beruflichen Rängen der Zünfte entlehnt sind: Gesellen und Meister. Wie ist das zu deuten? Haben wir Studierenden und wissenschaftlich Arbeitenden vielleicht mehr mit Handwerkern am Hut, als uns gemeinhin bewusst ist?

Wie das genau kommt mit diesen Bezeichnungen, das weiß ich ehrlich gesagt gar nicht. Aber ja, das wird von den Rängen des Handwerks abgezogen worden sein, als die Idee der Universität aufkam, also sehr früh schon. Dieses System der Graduierung – dass man erstmal eine Lehre macht, dann als Geselle nochmal eine längere Bewährungszeit hat und schließlich Meister wird – das hat ja durchaus große Plausibilität. Als Germanist muss ich dabei natürlich gleich an Goethe denken: *Wilhelm Meisters Lehrjahre* und *Wilhelm Meisters Wanderjahre*. Und es scheint mir auch immer noch aus der Sache heraus plausibel zu sein, dass man erstmal eine Grundausbildung bekommt und sich danach nochmal mit einem höheren Grad an Freiheit umtut, woanders hin geht, wandert, und dann irgendwann die letzte Meisterschaft erhält, durch die man schließlich auch selber berechtigt ist, Leute zu unterrichten. Das ist ja der Kerngedanke dieses Systems.

Inwiefern kann denn davon die Rede sein, dass die Universität noch immer eine gewissermaßen feudale Einrichtung darstellt? Oder, besser gefragt: Worin ähnelt sie einer feudalen Institution in Auflösung? Immerhin sprichst Du ja in deinem Buch *Die Poesie der Klasse* von einer Aktualität des Vormärz, also einer Zeit, da die feudale Ordnung bereits effektiv von der kapitalistischen abgelöst wurde.

Da müsste man nochmal genauer hinsehen, inwiefern denn die Universität feudalen Charakter hat. Wenn man das nun ernst nimmt, dass das universitäre Ausbildungssystem etwas vom Handwerk hat, zumindest von den Bezeichnungen, aber auch von den Abstufungen des Bildungswegs her, so heißt das ja noch nicht, dass das feudalistisch ist. Denn diese Handwerksorganisation ist wesentlich auch immer eine widerständige Selbstorganisation des Handwerks gegen ein bestimmtes Feudalsystem gewesen. Einerseits war es natürlich eingelassen in dieses feudale System von Partikularrechten und der Zersplitterung der Souveränität, andererseits war es aber auch immer ein Bereich, der Autonomie für sich in Anspruch genommen hat. Und natürlich war dieses Ausbildungssystem des Handwerks erstmal ein hierarchisches. Aber innerhalb dieser Hierarchie war es so, dass sich die jeweiligen Stufen



erstmal für sich und unter sich organisierten. So gab es immer schon die Lehrlinge, die sich zusammengetan haben und vor allem die Selbstorganisation der Gesellen. Und diese wurden von den feudalen Autoritäten schon sehr früh als eher widerständige Strukturen wahrgenommen. Das einzige Reichsgesetz, also das einzige Gesetz, das im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation effektiv beschlossen und für alle verbindlich umgesetzt worden ist, war ein Verbot der Gesellschäften. Es handelte sich beim Handwerk also um eine feudale Institution, die aber gleichzeitig auch über ihren Autonomieanspruch antifeudal auftrat.

Aber die Pointe ist, dass nachdem das Feudalsystem vom herausziehenden kapitalistischen System und der modernen Staatsidee abgeräumt wurde, praktisch das einzige, was geblieben ist, diese Widerständigkeit des Handwerks war. Schließlich wollte der Obrigkeitsstaat durch die Entmachtung und Abschaffung der Zünfte natürlich gerade das loswerden, was er am ganzen Zunftsysteem am wenigsten leiden konnte, nämlich diese autonome Organisation der Gesellen. Aber die haben es geschafft, ihre Widerständigkeit über den Systemwechsel hinüber zu retten. Und tatsächlich sind die ersten Arbeitskämpfe dieser dann aus dem Zunftsysteem freigesetzten Gesellen aus solchen Gesellschäften heraus organisiert worden. Und mit der Universität ist das ja so ähnlich. Die Idee der

Humboldt Universität kommt immerhin aus der Zeit der Reformen zur Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen. Sie ist also zeitgleich mit dem Kapitalismus entstanden und natürlich in die kapitalistische Systemarchitektur eingebettet, aber gleichzeitig beansprucht sie ebenfalls eine gewisse Autonomie, die als über dieses System hinausweisend und widerständig angesehen werden kann. Und da ist es wiederum interessant zu sehen, wie sich das verändert, wenn sich diese Systemarchitektur zu einer neoliberalen hin wandelt und die Universität auf einmal als ein Wirtschaftsunternehmen verstanden wird und sich auch selbst als solches versteht. Da gilt es dann zu beobachten, ob sich in ihr etwas regt, das analog zu den Gesellschaften diesen widerständigen Charakter erhalten und hinüberretten kann.

Der eigensinnige Zug Deiner *Poesie der Klasse* besteht ja darin, dass Du Dich im Angesicht der gesellschaftlichen Umwälzungen, die wir heute erleben, nicht etwa in Ausführungen ergeht, welche sensationell neuartigen Formen der Kapitalismus heute annimmt und welche nie dagewesenen Folgen er zeitigt, sondern dass Du ziemlich nüchtern feststellst: Sowas in der Art hatten wir schonmal. Und damals sind die Leute so und so damit umgegangen. An welchen Stellen ist die Analogie am greifbarsten, wo kann sie uns wirklich weiterhelfen, und wo hört die Vergleichbarkeit auf?

Ich würde ja auch nicht sagen, dass da irgendwas eins zu eins wiederkehrt. Nur bin ich tatsächlich etwas voreingenommen gegenüber dieser Faszination von Linken und durchaus auch radikalen Linken für das Innovationspotential des Kapitalismus. Das ist ja zum Teil auch ein Erbe des *Kommunistischen Manifests*. Da gibt es also so eine merkwürdige, aus Angst und Ekel, aber eben auch aus Lust gespeiste Faszination und zugleich einen Drang, immer Schritt halten zu wollen mit der Entwicklung des Kapitalismus, weil man denkt, was der Kapitalismus mache sei zu jeder Zeit immer das Neueste und Aktuellste. Und entsprechend müsse man ihn beschleunigen, oder ihn überholen oder ihn beschleunigen, um ihn zu überholen – und da bin ich skeptisch. Wenn ich mir die großen Umbrüche ansehe, die sich ohne Zweifel in den letzten Jahren und Jahrzehnten vollzogen haben, dann habe ich oft eher den Eindruck, dass es sich dabei sozusagen um einen Remix handelt, dass also alte Sachen in neuen Konstellationen wieder auftauchen, und dass es dabei im Prinzip gar nichts, auch keine große Reformen oder Umwälzungen gibt, die nicht auch wieder partiell zurückgenommen werden können, solange das der Wertverwertung keinen Abbruch tut. Das ist vielleicht das einzige, was man am Kapitalismus bewundern kann – dass er mit einer unglaublichen Sturheit an seinem Prinzip festhält: Der Wert muss sich verwerten. Und wenn es darum geht, das zu gewährleisten, ist der Kapitalismus unglaublich flexibel.

Zum Beispiel wurde ja von der Marxschen Theorie her angenommen, dass es historisch zuerst eine Phase gab, in der es um die Steigerung des absoluten Mehrwerts durch Verlängerung des Arbeitstages ging, die dann aber abgelöst wurde von der sogenannten relativen Mehrwertproduktion durch technologische Entwicklung. Diesbezüglich kann man in den letzten Jahren wieder vermehrt und überall auf der Welt beobachten, dass es sich dabei nicht so sehr um eine strenge Stufenfolge handelt, sondern dass der Kapitalismus dieses Verhältnis von absolutem und relativem Mehrwert relativ flexibel handhaben kann. Gegenwärtig geht er also wieder dazu über, mit Vorliebe die absolute Mehrwertrate zu erhöhen, indem er die Arbeitszeiten wieder verlängert und die Leute überausbeutet. Das passiert vor allen Dingen im globalen Süden, aber teilweise auch hier. Es gibt also eine Reihe von Fällen, bei denen eine gewisse marxistische Orthodoxie sagen würde: Das sind notwendige Entwicklungsstufen, die dann auch nicht mehr wieder rückgängig zu machen sind. Ich dagegen finde interessant, zu sehen, was dann nicht doch alles wieder rückgängig gemacht werden kann.

Etwa auch anhand der These, dass sich nach und nach alle arbeitenden Klassen in die industrielle Arbeiterschaft auflösen und sich unfreie Arbeitsverhältnisse, Schuldknechtschaft, Sklaverei usw. von selbst erledigen würden durch eine vermeintliche interne Dynamik des Kapitals, alle Menschen als Freie und Gleiche zu setzen.

Genau. Diese Vereinheitlichungsthese in Bezug auf das Proletariat hat sich ja auch nicht bewahrheitet. Also sicherlich in der Form, dass sich mittlerweile tatsächlich fast alle Arbeiten in irgendeiner Weise in Lohnarbeit verwandelt haben. Nur wie freiwillig diese Arbeitsverhältnisse eingegangen werden und wie genau diese Arbeit gestaltet ist, das ist dann wieder wahnsinnig flexibel. Die These von der inversen Aktualität des Vormärz lautet ja, dass man in Anbetracht der letzten 20 Jahre, also in der Phase, die immer als neoliberale Revolution bezeichnet wird, beobachten kann, dass Arbeitsverhältnisse wiederkehren, die man für überwunden gehalten hat. Denn das, was unter dem Stichwort des Prekariats und der Prekarisierung debattiert wird, ist im Wesentlichen eben eine Rückkehr zu entgarantierten, unregelten und zersplitterten bis hin zu unfreien Arbeitsverhältnissen, die jedenfalls nicht diesem Ideal des doppelt freien Arbeiters entsprechen, der in einer geregelten Lohnarbeit steht.

Oder wenn man sich so Internetkitschen ansieht: Da können die Leute durchaus selbst Eigentümerinnen ihrer Produktionsmittel sein, insofern ihre Rechner ihnen selbst gehören und sie womöglich sogar die Software, mit der sie arbeiten, selbst geschrieben haben. Aber dem Kapitalismus sind sie trotzdem auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Da könnte man zum Beispiel Parallelen zum Verlagssystem der Weber ziehen, denen ja auch ihre Webstühle gehört haben, die aber über das Stücklohnsystem trotzdem dem Markt unterworfen waren. Es ist also interessant, zu sehen, dass da in großem Maßstab Arbeitsverhältnisse wiederkehren, von denen man gedacht hatte, dass sie überwunden seien, und die auch tatsächlich rund 150 Jahre nicht mehr so dominant gewesen sind. Damals sind sie hinter der massiven Präsenz der Industriearbeit verschwunden. Aber heute, da die Dominanz der Industriearbeit zurück geht, kommen sie wieder zum Vorschein und gewinnen wieder an Bedeutung. Und da sind wiederum die Entwicklungen an der Universität mindestens beispielhaft und manchmal vielleicht sogar avantgardistisch gewesen, was diese Prekarisierung und Entgarantierung angeht.

Die Prekarisierung, die für die Handwerker von damals mit der Auflösung des Zunftsystems einherging, versuchten nun einige unter ihnen durch selbstverwaltete Formen gemeinschaftlicher Subsistenz und Versicherung zu kompensieren. Du erwähnst da zum Beispiel den sogenannten Verein der jungen Deutschen des Gewerbestandes in Genf, der es 1841 unternahm, sein Vereinslokal in Selbstverwaltung zu überführen, um nicht nur kostengünstiges Essen und Trinken anzubieten, sondern darüber hinaus von dem im Lokal erwirtschafteten Profit unter anderem Arbeitslosengeld, Rente und Reisegeld für die Mitglieder stellen zu können. Zunächst die Frage: Handelt es sich dabei um einen exemplarischen Fall, der in irgendeiner Art Schule gemacht hat, oder eher um eine Ausnahme?

Zunächst einmal ist uns dieser Verein dadurch bekannt, dass Wilhelm Weitling, der wohl auch an der Gründung beteiligt war, in seiner Zeitschrift *Der Hülferuf der deutschen Jugend* darüber berichtet hat. Von daher wissen wir auch, dass es vielerorts Selbstorganisation von Gesellen gab, die eben mitunter die Funktion hatte, diese zuvor von den Zünften gestellten Sicherungssysteme zu ersetzen. Was aber diesen Genfer Verein besonders macht, ist dass wir durch Weitlings Aufzeichnungen sehr genau wissen, welche Vorstellungen damit verbunden waren. Und das ist einmal, wie Du sagtest, die soziale Sicherung. Also vieles von dem, was später dem Sozialstaat anheimfiel, war hier schon angelegt. Was ich aber besonders interessant finde, ist, dass die Vereinswirtschaft von Anfang an auch als ein Ort

der Selbstbildung und der kulturellen Selbstvergewisserung aufgefasst wurde. Es ist ja eine schöne Anekdote, dass von den ersten Überschüssen unter anderem die Bibliothek vergrößert und auch ein eigenes Pianoforte angeschafft werden sollte, weil man zusammen singen wollte. Und das wurde von Weitling als ein integraler Bestandteil aufgefasst. Also nicht als das Sahnehäubchen, das oben draufkommt, wenn alles andere gewährleistet ist, sondern als das, worum es eigentlich geht: dass die Leute nicht nur von Brot leben, sondern sich auch bilden können. Da steht tatsächlich ein ganz emphatischer Bildungsbegriff dahinter, der darauf zielt, vollständige Menschen auszubilden, entgegen einer Gesellschaft, die sie zu bloßen Arbeitsmaschinen machen will – zu »Händen«, wie es ja auch Marx in kritischer Absicht zitiert. Sie wollen also nicht nur ausgebildete Hände, sondern auch Köpfe und Herzen sein. Darum ging es ihnen.

Auf den ersten Blick mutet dieses Modell der Vereinswirtschaft vielleicht als eine Vorstufe zur modernen Gewerkschaft an. Und da ist sicher auch etwas dran. Dennoch scheint mir da auch ein bedeutender Unterschied zu bestehen. Denn anders als eine Gewerkschaft, die ihre Mitglieder auf Grundlage einer Gemeinsamkeit des Berufs organisiert, wodurch sie auch eine gewisse Exklusivität aufweist, scheint der Zusammenhang der Vereinswirtschaft auf gemeinsame Reproduktion gegründet zu sein, auf das gemeinsame Essen und Trinken und auch die Befriedigung von kulturellen Bedürfnissen, was zumindest der Möglichkeit nach um einiges inklusiver erscheint. Könnte es sich nicht auch dabei um etwas zukunftsweisendes handeln: die volle Anerkennung des Bereichs der Reproduktion als eines Raums politischer Organisation – eines Bereichs, den die Arbeiterbewegung lange Zeit ausgeblendet hat und der ihr vielleicht erst über feministische Einwände und Kämpfe wieder zu Bewusstsein gekommen ist?

19

Ja, das wird man mit Sicherheit sagen können. Wobei das in gewissem Maße natürlich auch ein Erbe der Idee des Handwerks darstellt, die nunmal die gesamte Existenz erfasst, im Guten wie im Schlechten, und der es nicht nur um das gemeinsame Arbeiten, sondern auch um das gemeinsame Leben geht. Ein weiterer Unterschied zum modernen Verständnis von Gewerkschaften, das sich erst im späteren 19. Jahrhundert ausgebildet hat, besteht darin, dass sich auch nicht nach Branchen organisiert wurde, sondern eben nach der Hierarchiestufe. Also was es da nicht gibt, ist diese Fiktion, wonach letztendlich alle Beschäftigten einer Branche an einem Strang ziehen. Sondern man hat mit dem eigenen Meister am Ende weniger zu tun als mit einem Gesellen aus einer ganz anderen Branche. Vom Branchensystem ist es ja auch nicht mehr weit zum sozialpartnerschaftlichen Modell, bei dem man sich dann auch mit den eigenen Kapitalisten zusammenschließt, um sich etwa gegen Industrien anderer Länder durchzusetzen. Das alles ist also nicht der Fall in der Organisation der Gesellen. Wenn nun vom deutschen Gesellenverein die Rede ist, oder wenn Weitling »alle Gesellen deutscher Zunge« anspricht, so geht es dabei nicht um nationale Aufteilungen, sondern um die Gemeinsamkeit der Sprache, worin neben den Gesellen aller damaligen deutschen Länder etwa auch Österreicher und Schweizer inbegriffen sind.

Dann ist da noch die Frage, ob das danach wirklich erst wieder mit dem Feminismus auf die Tagesordnung gekommen ist. Es gab ja auch in der Zwischenzeit, im späteren 19. Jahrhundert, mit der Sozialdemokratie den Versuch, eine ganze Gegengesellschaft zu organisieren, wo es eben auch proletarische Kleingartenvereine gab und Gesangsvereine, oder auch Taubenzüchter und das gesamte Genossenschaftswesen. Dabei handelt es sich ja auch um eine lange Zeit unterbelichtete Tradition, die angeht, was die ganze Reproduktion gemeinsam zu organisieren. Und das bis ins 20. Jahrhundert, beispielsweise mit den Gemeindebauten in Wien, in denen auch gemeinsam gekocht und gewaschen wurde.

Den kulturellen Bereich – Garten, Gesang, Tauben – hat die Sozialdemokratie allerdings nicht als einen eigentlichen Bereich des politischen Kampfes wahrgenommen, sondern gewissermaßen als Freizeitprogramm. Allerdings ist diese Unterscheidung häufig nicht so leicht zu treffen. Ich bin zum Beispiel bezüglich des von Georg Werth beschriebenen proletarischen Blumenfests, das ich in meinem Buch erwähne, gefragt worden, inwiefern sich das denn stringent von späteren sozialdemokratischen Veranstaltungen unterscheiden lässt. Aber ich glaube schon, dass es einen bedeutenden Unterschied gibt. Und zwar teilt auch Werth diese Einstellung von Weitling, wonach es sich dabei eben nicht nur um Freizeit handelt, in der man sich von der Arbeit und von den Kämpfen in der Produktion erholt, also dass es dabei nicht darum geht, sich zu entspannen, um nachher wieder ernsthaften politischen Kämpfen nachgehen zu können. Sondern diese Zeit der Reproduktion ist selbst Teil des politischen Kampfes. Und zwar nicht einfach aus dem Grund, dass man mitunter politische Lieder singt, sondern weil diese kollektive kulturelle Bildung Teil des politischen Programms ist. Das mag im Einzelnen vielleicht schwer zu unterscheiden sein, von der Idee her sind das aber zwei sehr verschiedene Sachen.

Du sprichst ja nun von einer »inversen« Aktualität des Vormärz. Also unsere Situation und die damalige ähneln sich zwar, aber es handelt sich nicht um eine einfache Wiederholung, sondern in gewisser Weise um eine Wiederkehr mit umgekehrtem Vorzeichen. Denn während die Tendenz damals in Richtung Homogenisierung des Proletariats durch die Industrie ging, erleben wir heute eine entgegengesetzte Entwicklung hin zur Diversifizierung, und zwar ohne Aussicht auf ein neues Normalarbeitsverhältnis am anderen Ende. Ist es das, was Du damit meinst? Und was folgt politisch daraus, wie haben wir mit diesem invertierten Vormärz umzugehen?

Ja. Das habe ich in meinem Buch so zu veranschaulichen versucht, dass sich Momentaufnahmen aus dem Vormärz und von heute teilweise zum Verwechseln ähnlich sehen können, dass sie jedoch gegenläufigen Sequenzen entstammen. Es gab also im Vormärz diesen Dekompositionsprozess der alten Gesellschaftsformation, aus dem jedoch eine neue Gesellschaft mit relativ stabilen Koordinaten erwuchs, auf deren Grundlage ein relativ kohärenter und kontinuierlicher Kampf einer relativ homogenen Arbeiterbewegung geführt werden konnte. Zum Beispiel um den Normalarbeitstag, der ja nicht einfach vom Himmel gefallen ist, sondern der über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg erkämpft wurde. Und das löst sich jetzt wieder alles auf. Wobei aber auch dieser Auflösungsprozess wieder kein naturgeschichtlicher Prozess ist, sondern von Maßnahmen aktiver Regulierung gespeist wird, die in weiten Teilen ganz zutreffend als Klassenkampf von oben bezeichnet werden können. Und dabei sieht es so aus, zumal aus einer globalen Perspektive, dass erstmal kein neues Regulationssystem, also kein neues, in sich stabiles System in Aussicht steht, auf die diese Entwicklung hinauslief. Daraus folgt natürlich, dass die Parallele zwischen damals und heute auf Ebene der Formen des Widerstands nur sehr beschränkt gezogen werden kann. Bei Marx ist ja der ganze Pathos, mit dem er auf die Industriearbeiter setzt, erstmal auf der sehr richtigen Beobachtung gegründet, dass die Gesellschaft damals tatsächlich dahin tendierte, immer mehr Leute in genau dieser Art uniformierter, abstraktifizierter Arbeit zu organisieren, womit auch eine Vereinheitlichung der Lebenswirklichkeiten und -perspektiven, der Chancen und Interessen einherging. Das gibt es heute in dieser Form nicht mehr. Und so ähnlich verhält es sich auch mit der entscheidenden Annahme von Marx, wonach diese zunächst geknechteten und deprivierten Gestalten, die sie im Einzelnen waren, zusammengenommen die kommende Macht der Gesellschaft in der Hand hätten. Dieser berühmte Satz von Georg Herwegh – »Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!« – das ist ja keine Hyperbel, keine Übertreibung, sondern erstmal ganz zutreffend. Im Gegensatz

zu früher ist allerdings hinter unserer heutigen Machtlosigkeit keine geheime Macht verborgen. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als unsere neuen solidarischen Bande auf Basis einer geteilten Machtlosigkeit zu schließen.

Und da kann wiederum ein Blick in diese Übergangszeit des Vormärz lohnen, um bestimmte Kampfformen zu identifizieren, die heute vielleicht nochmal an Relevanz gewinnen können. Nun ist es für lange Zeit so gewesen, dass der Streik als das privilegierte Mittel im Zentrum stand, der ja seine Plausibilität daher bezieht, dass die Leute sagen: Ich kann etwas, das kann nur ich, und wenn ich das nicht tue, dann stehen alle Räder still. Da lassen sich heute vielleicht andere Formen wiederentdecken, die nicht so sehr an Fertigkeiten geknüpft sind. Das entspricht dann wiederum den von Dir angesprochenen Weisen der Solidarisierung und Identifikation, die sich nicht ausschließlich über den Bereich der Produktion vollziehen, sondern ganz wesentlich über die geteilten Bedürfnisse und die gemeinsame Reproduktion. Dass das an Bedeutung gewinnt, lässt sich ja auch seit den 70ern beobachten, was wiederum mit der zweiten Welle der Frauenbewegung zusammenhängt.

Aus dieser Prognose einer invertierten Rückkehr des Vormärz ließe sich ja auch ableiten, dass es zum Zweck der Schaffung einer standfesten Basis für sozialen Widerstand heute möglicherweise aussichtsreicher sein könnte, diesen Sturz aus den Sozialsystemen in einen Sprung in die Selbstverwaltung zu verwandeln, also dem drohenden und vielleicht unvermeidlichen Wegbrechen sozialstaatlicher Leistungen und lebensstauglicher Anstellungsverhältnisse organisatorisch noch zuvor zu kommen, indem man schon vorsorglich solche Formen gegenseitiger Absicherung in kleineren oder größeren Kollektiven von Verbündeten entwickelt.

Das ist sicherlich sinnvoll. Und das wird ja auch gemacht. Große Teile dessen, was sich in den 70ern im Nachgang des großen Aufbruchs von 68 etabliert hat, und was man Alternativwirtschaft genannt hat – von Kollektivbetrieben bis hin zu tatsächlich vereinswirtschaftlich betriebenen Kneipen oder selbstverwalteten linken Buchläden – könnten unter diesem Gesichtspunkt nochmal interessant werden. Aber leider muss man da in vielen Fällen beobachten, dass diese Aufbrüche scheitern, die Leute sich aufreiben und zum Teil in einer schlimmeren Selbstausbeutung landen, als es ein Kapitalist je leisten könnte. Es besteht immer eine Gefahr der Reintegration. Aus kleinen, ambitionierten Kollektivbetrieben können ganz einfach neoliberale Klitschen mit flachen Hierarchien werden.

Andererseits lässt sich an dieser Zeit der großen Transformation des feudalen ins kapitalistische System auch beobachten, dass es häufig auch bremsende Kräfte sind, die sehr zum Tragen kommen. Das beschreibt Polanyi und auch E. P. Thompson, dass die radikalen Maschinenstürmer, Musterbeispiele rücksichtsloser Militanz, in Wirklichkeit ganz häufig eine Agenda hatten, die wir vielleicht als reformistisch bezeichnen würden. Die sind also nachts herumgezogen und haben Fabriken angezündet und Maschinen zertrümmert – aber was sie damit bezweckten, war nicht, den Einsatz von Maschinen insgesamt zu verhindern, sondern sie wollten lediglich, dass das nicht unreglementiert geschieht, und forderten, diese Entwicklung solle verlangsamt werden, um sie unter Kontrolle zu behalten und sozial verhandeln zu können, was da technologisch passierte. Das ist zum Beispiel eine Perspektive, die ich extrem interessant und aktuell finde, auch wenn das, was sie im Schilde führt, erstmal sehr viel weniger radikal ist als es ihre militante Kampfform vermuten lässt. Man kann ja auch heute beobachten, dass zum Teil Leute, die extrem militant auftraten, eine Agenda vertreten, die erstmal bloß nach Entschleunigung klingt, also abbremsen, um überhaupt erstmal zu reflektieren, was da geschieht, und das dann politisch gestalten zu können. Daraus sollte man ihnen

aber keinen Vorwurf machen, sondern das hat schon seinen Platz. Von daher würde ich sagen: Man kann beides machen. Also der Sprung in autonome Strukturen kann sinnvoll sein. Und es kann auch sinnvoll sein, sich erstmal bremsend – oder, wenn man so will: reformistisch – auf das zu beziehen, was noch da ist, über Forderungen nach dem Erhalt bestimmter sozialstaatlicher Leistungen und dergleichen. Da muss man jeweils schauen, was realistisch möglich und strategisch sinnvoll ist und wofür man Verbündete findet.

Das würde dann bedeuten, dass wir uns auf eine multistabile Strategie verständigen, bei der wir einerseits die sozialen Errungenschaften in Sozialstaat und Arbeitswelt verteidigen, ihren Abbau nach Möglichkeit bremsen, und andererseits zugleich ein zweites Standbein in Form autonomer Organisationen aufbauen, die uns für alle Eventualitäten absichern und unsere Reproduktion so weitgehend wie möglich von den Launen des Kapitals und der Gunst des Staates unabhängig machen.

Genau. Auch das ist etwas, das man von den Erfahrungen des Vormärz lernen kann: dass verschiedene Strategien einander durchaus auch zuarbeiten können. Das ist ein Gedanke, der der Arbeiterbewegung später ja ausgetrieben worden ist über die Debatten um Reform versus Revolution. Da sah es lange Zeit so aus, als ob man sich entscheiden müsste und sich sogar gegenseitig zu verdächtigen habe, dass die jeweils anderen dem eigentlichen Gegner in die Karten spielen. Sodass die Reformisten zu den Revolutionären sagten: Solange ihr immer nur von der großen Revolution sprecht, ändert sich gar nichts. Und dass umgekehrt die Revolutionäre zu den Reformisten sagten: Ihr wirkt doch im Endeffekt bloß systemstabilisierend mit den kleinen Verbesserungen, die ihr vornehmt. Und da ist ja auch an beidem etwas Wahres dran. Aber vielleicht ist das gar nicht so relevant. Vielleicht ist von größerer Bedeutung, dass beide Strategien weiterkommen könnten, wenn sie, anstatt einander zu bekämpfen, sich gegenseitig ergänzen und stärken würden.

Du betrachtest in Deiner *Poesie der Klasse* auch Zeitschriften wie etwa den *Hülferuf* von Wilhelm Weitling, über den wir bereits sprachen. Welche Rolle nahmen damals solcherart kleine Publikationen bezüglich der politischen Selbstvergewisserung ein? Und welche Rolle könnten ähnliche Projekte – wie etwa auch die HUCh – heute spielen?

Ich persönlich war diesen Zeitschriftenmacherinnen natürlich wahnsinnig dankbar, weil das über weite Strecken fast die einzigen Quellen sind, die man aus dieser Zeit hat bezüglich dieser Fragen. Es handelt sich also um eine große Dokumentationsleistung. Aber selbstverständlich haben sie ihre Arbeit nicht für uns, sondern in erster Linie für einander dokumentiert. In einer Zeit, in der es die Bewegung noch nicht gab und über die erst im Nachhinein gesagt werden kann, dass sich damals etwas konstituierte, war das eine extrem wichtige Aufgabe: gegenseitige Selbstvergewisserung durch Dokumentation dessen, was andere Leute anderenorts tun. Heinrich Heine hat das einmal sehr schön auf den Punkt gebracht, in dem gespielt-größenwahnsinnigen Gestus, der ihm oft eigen ist. Im Vorwort zu der *Lutetia* – das ist eine Sammlung von Korrespondenzartikeln aus seiner Pariser Zeit in den 1830er und 40er Jahren – da schreibt er, dass die kommunistische Bewegung ihm dankbar sein müsse, weil durch ihn überall verstreute Einzelne lesend erfahren konnten, dass es anderswo auch verstreute Einzelne gab und so überhaupt erst begriffen, dass sie Kommunisten waren. Und das gilt eben nicht nur für Einzelne, sondern beispielsweise auch für kleine Vereine oder andere, in Arbeitskämpfe und andere Reproduktionskämpfe verwickelte kleinere Gruppen.

Einerseits wurden also die Erfahrungen der Selbstorganisation über diese Zeitschriften verbreitet, andererseits ist die Herstellung einer solchen Zeitschrift selbst auch schon ein kollektives Unterfangen. Zwar gibt es da auch immer einige hervorragende Figuren, die eine ganze Menge im Alleingang erledigen, aber in aller Regel und zumal wenn man mit einbegreift, die Zeitschrift auch wirklich physisch herzustellen und sie zu verbreiten, also dort hin zu bringen, wo sie gelesen wird, handelt es sich dabei doch um etwas, das der Kooperation und eines Knüpfens von Verbindungen bedarf. Insofern ist dann die Herausgabe einer Zeitschrift nicht nur nützlich zur Dokumentation proletarischer Selbstorganisation, sondern auch selbst ein Teil davon. Man gründet also eine Zeitung, die Selbstorganisation dokumentiert und macht dabei selbst Erfahrungen von Selbstorganisation, die man wiederum dokumentieren kann – eine gewissermaßen zirkuläre Veranstaltung, die dann endgültig dadurch komplementiert wird, dass solche Zeitschriften damals auch häufig kollektiv gelesen wurden. Man darf sich das nämlich nicht so vorstellen, dass da der einzelne Proletarier in seiner Wohnung saß und Zeitung las, sondern man musste eben ins Vereinslokal gehen oder zu dem Gastwirt, der diese Zeitschriften ausgelegt hat, oder in Leihbibliotheken, wo man sie dann zum Teil in Gruppen in Lesekammern gelesen und besprochen hat. So hatte diese ganze Struktur einen durchgängigen Zug zum Kollektiven und zur Kollektivierung letztlich nicht nur von Meinungen, wie man es heute mit Medien und Öffentlichkeit verbindet, sondern in erster Linie von Praktiken und Erfahrungen.

Ich bin in den 80ern und 90ern noch in einer linken Zeitschriftenkultur sozialisiert worden, in der das so ähnlich gehandhabt wurde, in der man also nicht so sehr geschaut hat, was es schon gab an Zeitungen und da seine Texte hingeschickt hat, sondern auch einfach eine eigene Zeitschrift für die eigenen Texte gründen konnte, wenn man wollte. Das hat sich durch Digitalisierung und Internet sicherlich etwas verschoben. Die Praktiken verändern sich natürlich durch das Medium. Was mich zum Beispiel am Bloggerwesen nervt, ist, dass das eben häufig solche vereinzelt Einzelnen sind, die da nachts vor ihrem Rechner sitzen und in die Tasten hauen. Und das ist den Texten, die dabei herauskommen, häufig anzumerken. Die sind dann zwar oft klug und gut informiert, aber eben nicht diskutiert. Wenn sie dann hinterher in irgendwelchen öffentlichen Kommentarspalten diskutiert werden, ist das etwas ganz anderes als wenn ein Text bereits durch einen Diskussionsprozess durchgegangen ist, bevor er überhaupt erscheint. Diesen Zug zur Kollektivität zu pflegen, ist heute sicherlich genauso wichtig wie im Vormärz: Die Geburt der Arbeiterbewegung aus dem Geist des Zeitschriftenlesekreises.

Das Interview führte Thomas Zimmermann





Genève



GEGEN DAS INTERESSE EINZELNER, INSOFERN ES DEM INTERESSE ALLER SCHAD



1841

ET, UND FÜR DAS INTERESSE ALLER, OHNE EINEN EINZIGEN AUSZUSCHLIESSEN.

BILDER VON DER BASIS

Lilli
Helmbold

Die Geschichte der *Arbeiter-Illustrierten Zeitung*
zeugt von den Herausforderungen und Fallstricken einer linken Publizistik.

März 1920: Der Kapp-Putsch. Reaktionäre Heeresseinheiten und Freikorps, die der SPD zwei Jahre zuvor bei der Niederschlagung der Novemberrevolution zu Hilfe sprangen, liefern sich in der Dresdner Innenstadt bewaffnete Kämpfe mit streikenden ArbeiterInnen. Eine Kugel verfehlt den Leib einer Arbeiterin und schießt in Bathsebas nackten Busen, die sich gerade ihr lockiges Haar von ein paar Sklavinnen striegeln lässt. Natürlich befand sich Bathseba nicht auf der Straße, sondern auf Paul Rubens Gemälde *Bathseba am Brunnen*, welches zu dieser Zeit in der zentral gelegenen Galerie Zwinger aufbewahrt wurde. Man könnte sagen, dass damit die Zahl der Verletzten von 150 auf 151 anstieg – so sah es jedenfalls Oskar Kokoschka. Heute vor allem als subversiver Expressionist bekannt, sah sich der damalige Kunstprofessor an der Dresdner Akademie der Künste durch diese Sachbeschädigung dazu veranlasst, folgende Zeilen in der Zeitungslandschaft der Weimarer Republik zu verbreiten:

»Ich richte an alle, die hier in Zukunft vorhaben, ihre politischen Theorien, gleichviel ob links-, rechts- oder mittelradikale, mit dem Schießprügel zu argumentieren, die flehendichste Bitte, solche geplanten kriegerischen Übungen nicht mehr vor der Gemäldegalerie des Zwingers, sondern etwa auf den Schießplätzen der Heide abhalten zu wollen, wo menschliche Kultur nicht in Gefahr kommt.«

Zu Recht beschimpften John Heartfield und George Grosz »Oschka Kokoschka« daraufhin als »verblödet und snobistisch«, als »idiotischen Schöpfer psychologischer Spießerportraits« – der mehr über den glimpflichen Schaden an einer barocken Pinselei vom Königshaus Davids zu schnauben hatte, als über die 59 Leichen, die sich vor den Fenstern seines Professoralbüros türmten. Sie zogen den Schluss: »Es gibt nur eine Aufgabe: Mit allen Mitteln, mit aller Intelligenz und Konsequenz den Zerfall dieser Ausbeuterkultur zu beschleunigen.«¹

Das *Kunstlump-Pamphlet* der beiden Kommunisten ist einer der ersten Beiträge zur Debatte um die Frage »Was soll der Arbeiter mit der Kunst?« im linken Pressebetrieb der Weimarer Republik. Historische Voraussetzung für das Stellen dieser Frage war die ökonomische Veränderung der Kunstproduktion, ihre tendenzielle Verallgemeinerung über die Grenzen der bürgerlichen Klasse hinaus und die beginnende Entfaltung dessen, was wir als Massenkultur bezeichnen müssen. Historischer Ausdruck dieser Veränderung war die Durchsetzung der Illustrierten als eines Zeitungsformats, das die Sphäre der Ästhetik mit der der Politik verkuppelte. 1921 beauftragte Lenin Willi Münzenberg – einen Vertrauten aus dem Berner Exil und Mitbegründer der KPD – mit der Herausgabe einer solchen Illustrierten, um mithin



auch unter bürgerlichen Intellektuellen für Hilfskampagnen für die von Hungersnot und Bürgerkrieg gebeutelte Sowjetunion zu werben, die Sektionen der Komintern von der Fortschrittlichkeit der Neuen Ökonomischen Politik zu überzeugen und die ArbeiterInnenenschaft allgemein für ein kommunistisches Aufbegehren zur Weltrevolution zu begeistern. Die daraus hervorgegangene *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (AIZ)* war eingebunden in ein umfassendes Netzwerk kommunistischer Kulturpolitik, das um die *Internationale Arbeiter-Hilfe (IAH)* gesponnen wurde – der KPD und KPdSU durch ihre RedakteurInnen verbunden, aber nicht direkt untergeordnet, war sie zu politischen und ästhetischen Eigeninitiativen fähig. In der Folge avancierte sie mit ihren ca. 3 Millionen LeserInnen zu der beliebtesten linken Wochenzeitung der 20er und frühen 30er Jahre, was der resolutionslastigen *Roten Fahne* als Parteiorgan nicht gelang.

Das Format der Illustrierten war (und ist) Ausdruck bürgerlicher Ideologie in Zeiten der Massenkultur. Siegfried Kracauer schrieb:

»In den Illustrierten sieht das Publikum die Welt, an deren Wahrnehmung es die Illustrierten hindern. [...] Noch niemals hat eine Zeit so wenig über sich Bescheid gewusst. Die Einrichtung der Illustrierten ist in der Hand der herrschenden Gesellschaft eines der mächtigsten Streikmittel gegen die Erkenntnis.

Der erfolgreichen Durchführung des Streiks dient nicht zuletzt das bunte Arrangement der Bilder. Ihr Nebeneinander schließt systematisch den Zusammenhang aus, der dem Bewußtsein sich eröffnet. Die »Bildidee« vertreibt die Idee, das Schneegestöber der Photographie verrät die Gleichgültigkeit gegen das mit den Sachen gemeinte.«²

Ursprünglicher Sinn und Zweck der Illustrierten war es also, alle Lebensbereiche der Massen, ihre Affekte und Wünsche auf die spektakuläre Bildwelt der Herrschenden zu binden. Die AIZ nahm sich diesen Formats hingegen an, um der kommunistischen Agitation in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit gegen ihre bürgerlichen Kontrahenten zur Durchsetzung zu verhelfen. Sie wollte »von der kapitalistischen Werbearbeit für die kommunistische Werbearbeit lernen«, wie es auf der AgitProp-Konferenz der KPD im Jahr 1925 hieß.³ Den Photographien kam in den Illustrierten die Funktion zu, durch die Verdopplung der Realität durch das Objektiv als Wirklichkeitsargument zu fungieren. Den Widerspruch der »Bildlüge« – dass also die einfache »Wiedergabe der Realität über die Realität«⁴ noch nichts sagt, versuchte die AIZ durch das Prinzip der Montage aufzuheben: Die fragmentierten Erscheinungsformen der kapitalistischen Totalität wurden gemäß einer materialistischen Analyse zusammenmontiert und damit zugleich die Veränderbarkeit der Realität offenbart. Die Montage funktioniert so als »Selbstkorrektur der Photographie«⁵. Montiert wurden Text und Bild. John Heartfields Fotomontagen, die nicht unwesentlich zur Beliebtheit der AIZ beitrugen, zeigen ein großflächiges, synthetisches Gesamtbild, das aus beinahe unmerklich zusammenmontierten Fragmenten verschiedener Photographien besteht, und durch eine knappe Kommentierung den politischen Gehalt des Lesebildes explizieren. Die andere Methode der Montage betrifft die Artikel in der AIZ, denen die Photographien nicht als illustrative Wiederholung des Textinhalts diente, sondern die sich als gleichwertige Elemente verhalten, den Fließtext pointieren, zynisch wenden oder ihm widersprechen, eigene Aussagen treffen und vor allem eben Zusammenhänge herstellen können.

Inhaltlich nahm die AIZ den Alltag der Prekarisierten zum Ausgangspunkt. Haushalts- und Basteltipps, lokale, nationale und internationale Arbeitsbedingungen und -kämpfe, tagespolitische Entwicklungen, Empfehlungen für Literatur, Film und Theater setzten den Klassenstandpunkt der ProletarierIn voraus, von dem aus eine kapitalismuskritische Analyse der mittelbaren und unmittelbaren Lebensrealität auf ein notwendig revolutionäres Begehren hin ausgerichtet wurde. Sich gegen bürgerliche Öffentlichkeit durchzusetzen hieß (und heißt) demnach, über die proletarische Lebenswirklichkeit aufzuklären und damit proletarische Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Zum Zweck der Sichtbarmachung ihrer Belange in allen Bereichen – von der Sexualität bis zur Kindererziehung, von der Reproduktion im Haushalt bis zur Produktion in der Fabrik – griff die AIZ auf die sozialdokumentarische Photographie zurück, die ursprünglich eine Erfindung der Bourgeoisie war: Um 1900 unternahm ein Journalist und ein Gerichtsassessor eine Expedition durch den Gassendschungel des Wiener Subproletariats – bewaffnet mit einer Kamera, einem Schlagring und einem Revolver. Es galt, das widerwillige Objekt »Elendsmensch« bedauerlich und bedrohlich in Szene zu setzen, um an den bürgerlichen Humanismus mit dem Argument zu appellieren: »Wenn sich die Bourgeoisie nicht zu etwas Sozialreform erweichen lässt, muss sie bald um den Erhalt ihrer Klassenherrschaft bangen.« Konsequenterweise saßen bei der Premiere des Lichtbildvortrags zu Hermann Drawes und Jürgen Klägers *Durch die Wiener Quartiere des Elends und des Verbrechens* 1908 im Publikum ausschließlich Polizeibeamte, Richter und Juristen. In den 20er Jahren hatten sich die Bedingungen des Photographierens durch die Entwicklung und Vergünstigung kleinformatiger Kameras verändert. Die Etablierung der vornehmlich

privaten Amateurphotographie war in die dialektische Dynamik eingebunden, dem Bild im öffentlichen Raum der Massenkultur zunehmende Bedeutung zuzuschreiben – eine Dynamik, die sich nicht zuletzt auch im Format der illustrierten Zeitung niederschlug. Die AIZ bezog ihr Bildmaterial von proletarischen AmateurphotographInnen, die sich selbst in ihren Lebensverhältnissen ablichteten. Sie rekrutierte ihre PhotographInnen, KorrespondentInnen und KolporteurInnen aus der eigenen LeserInnenschaft. So wurden aus RezipientInnen AkteurInnen der Zeitung – was über den bürgerlichen Pressebetrieb nicht gesagt werden kann. Das war notwendig, weil die ArbeiterInnen noch am ehesten in ihre Fabriken und Wohnviertel kamen, um zu photographieren und zu beschreiben, was die bürgerlichen Presseagenturen nicht liefern wollten; und das Kolporteursystem das Auslageverbot an den Kiosken umgehen und staatlicher Repression eher entgehen konnte. Damit bot die AIZ den prekarisierten Massen eine Möglichkeit, sowohl ihrer Passivierung in der kommunistischen Kaderpolitik als auch ihrer Verkleinbürgerlichung durch die bürgerlichen Illustrierten zu entkommen.

Der Eigensinn proletarischer Ästhetik drückte sich in der Arbeiter-Photographie darin aus, dass sich der Habitus des Proletariats nicht als ein schlechthin revolutionärer darstellte, sondern eben so, wie er sich aus der Alltags- und Lebensrealität der Prekarisierten ergab. Die geduckte Haltung am Fließband, die bettelnde Haltung am Straßenrand wies nicht nach vorn, sondern nach unten. Die frontale Haltung des Gruppenfotos, die unscheinbare Haltung der beiläufigen Küchenarbeit wies nicht auf ein Ziel, vielleicht sogar nirgendwohin.

In den Photographien der Arbeiter-PhotographInnen äußerte sich ein spontanes, allerdings nicht unbedingt organisiertes Klassenbewusstsein. Ihnen war daran gelegen, die eigene Lebenswirklichkeit zu dokumentieren, sie im Medium der Öffentlichkeit zu reflektieren – aber das macht noch keine revolutionäre Kunst. Darin lag ihr Wahrheitsgehalt und gleichermaßen ihr Widerspruch zur geforderten Agitationsästhetik der AIZ. Auf der AgitProp-Konferenz der KPD von 1925 wurde sich schließlich von den letzten Resten des »Luxemburgismus«, der Theorie von der Spontanität der Massen, verabschiedet – hatte sie weder 1918 (Novemberrevolution) noch im Zeitraum von 1919 bis 1921 (Märzkämpfe), geschweige denn 1923 (Deutscher Oktober) zur Revolution geführt. »So wie die Massen heute sind, sind sie das Objekt, an dem wir arbeiten müssen«⁶, hieß es dort. Ihr Programm setzte auf eine möglichst geschickte Darbietung kommunistischer Leitlinien in ihrer Agitation und Propaganda, die sich die professionelle bürgerliche Pressephotographie zum Vorbild nahm und damit von den PhotographInnen eine abstrakte, d.h. von ihrer sinnlichen Lebenswelt absehende Formästhetik verlangte. Die Organisation der ArbeiterphotographInnen in der *Vereinigung der Arbeiter-Fotografen Deutschlands* mit ihrem Diskussionsorgan *Der Arbeiter-Fotograf* verkehrte sich dahin, den subjektiven Gehalt ihrer photographischen Erzeugnisse als eines objektiven Ausdrucks gesellschaftlicher Erfahrungen gegen eine formalästhetische Expertise der einheitlichen Parteikunst einzutauschen. So fungierte die Montage letztlich auch als Korrektur für die »Kinderkrankheiten der Arbeiterfotografie«⁷, wie die AIZ-Redakteurin Lilly Becher im Sinne der Leninschen Abrechnung mit dem rätekommunistischen Abwechslertum einmal formulierte. Der Widerspruch, sich bürgerlicher Organisations- und Ausdrucksformen bedienen zu müssen, um die eigenen Interessen gegen sie in Formation bringen zu können, wiederholte zumindest in dieser historischen Situation die Degradierung der Prekarisierten zu einem Objekt, das es in den Griff zu bekommen gälte. Oskar Negt und Alexander Kluge stellen dazu fest:

»Diese historische Stufe proletarischer Öffentlichkeit als Notwehrorganisation der Arbeiterklasse [kann] ihre Verteidigungslinie [nicht] halten gegenüber faschistischen Massenbewegungen oder einer kapitalistischen Produktion, die breite Teile des proletarischen Lebenszusammenhangs, wenn auch nur in der Form des Massenbetrugs, selber zu organisieren imstande ist. [...] Den Endpunkt dieses Prozesses bildet ein Zustand, in dem die Arbeiter sich eigene Erfahrungen nicht mehr zutrauen; dabei wären gerade sie als Träger der Ware Arbeitskraft in der Lage, Bewusstsein zu entwickeln. Statt dessen wird der Partei zugeschrieben, dass sie immer recht habe.«⁸

Was soll nun die KommunistIn mit der ArbeiterIn? Halten wir es mit den KPD-Mitgliedern der *Roten Gruppe* John Heartfield und George Grosz, die sagen: »Der Kommunist ist in erster Linie Kommunist, und danach Künstler oder Arbeiter? Kunst ist demnach ein Mittel zum Zweck des Klassenkampfes, und in diesem Sinne wäre der ästhetische Ausdruck der unteren Klassen, nicht die bürgerliche Kunst, Ausgangspunkt für das, was revolutionäre Kunst sein soll — nämlich Propaganda.«⁹ Aus heutiger Sicht stellt sich hier das Problem, dass Kunst, bestimmt als bloßes Mittel und nicht auch als Zweck ästhetischer Erfahrung, nicht vor der manipulativen Affekthascherei gefeit ist, wie wir sie von faschistischer Propaganda und Kulturindustrie her kennen. Oder halten wir es mit der marxistischen Ästhetiktheoretikerin der KPD Lu Märten, die Heartfield und Grosz widersprochen hätte: »Revolutionäre Kunst ist vor der Revolution gar nicht möglich, da die Entfremdung der Arbeit das Proletariat der Fähigkeit zur Sinnlichkeit beraubt?«¹⁰ Denn sicher ist, dass die Knechtung in der Fabrik, im Büro, in der Universität auch heute noch eine Tortur für die Sinne bedeutet. Nur stellt sich dann die Frage, wie eine Revolution überhaupt noch notwendig und möglich sein kann, wenn die Knechtung der Sinne soweit gediehen ist, dass sie sinnlich schon nicht mehr bemerkt wird. Oder wenden wir uns an Karl A. Wittfogel — den Sinologen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und in den 20ern ebenfalls Mitglied der KPD —, der Märten entgegnet hat: »Die Organisierung der proletarischen Masse und demnach auch ihr sinnliches Vermögen entwickeln sich stufenweise weiter — und zwar durch den Marxismus, der selbst schon proletarische Kultur, Kampfkultur ist; der das Alte durch Kritik zerstört und dabei zugleich schöpferisch tätig ist.«¹¹ Die Fähigkeit zur Sinnlichkeit kann also auch unter heutigen Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung

erlernt werden — aber ob unter Marxismus als Kultur noch einmal etwas anderes vorstellbar sein wird als der schale Bitterfelder Weg der DDR, bleibt ungewiss. Die AIZ hingegen kann sich insofern zum Vorbild für eine gegenwärtige linke Publizistik genommen werden, als ihr Versuch der Herstellung einer proletarischen Öffentlichkeit durch deren praktische wie ästhetische Organisierung nach wie vor unabgegolten ist.

1 John Heartfield, George Grosz: Der Kunstlump, in: Der Gegner, H1 1920, online unter: www.dada-companion.com

2 Siegfried Kracauer: Die Photographie, in: Das Ornament der Masse. Frankfurt 1963, S. 34.

3 Vgl. Rolf Surmann: Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921 - 1933, Duisburg 1983, S. 81.

4 Bertolt Brecht: Der Dreigroschenoperprozess, in: Ders.: Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Bd. 21, Berlin / Frankfurt a. M. 1992, S. 469.

5 Theodor W. Adorno: Ästhetische Theorie. Frankfurt a. M. 2012, S. 232.

6 Zitiert nach: Rolf Surmann: Die Münzenberg-Legende, S. 81.

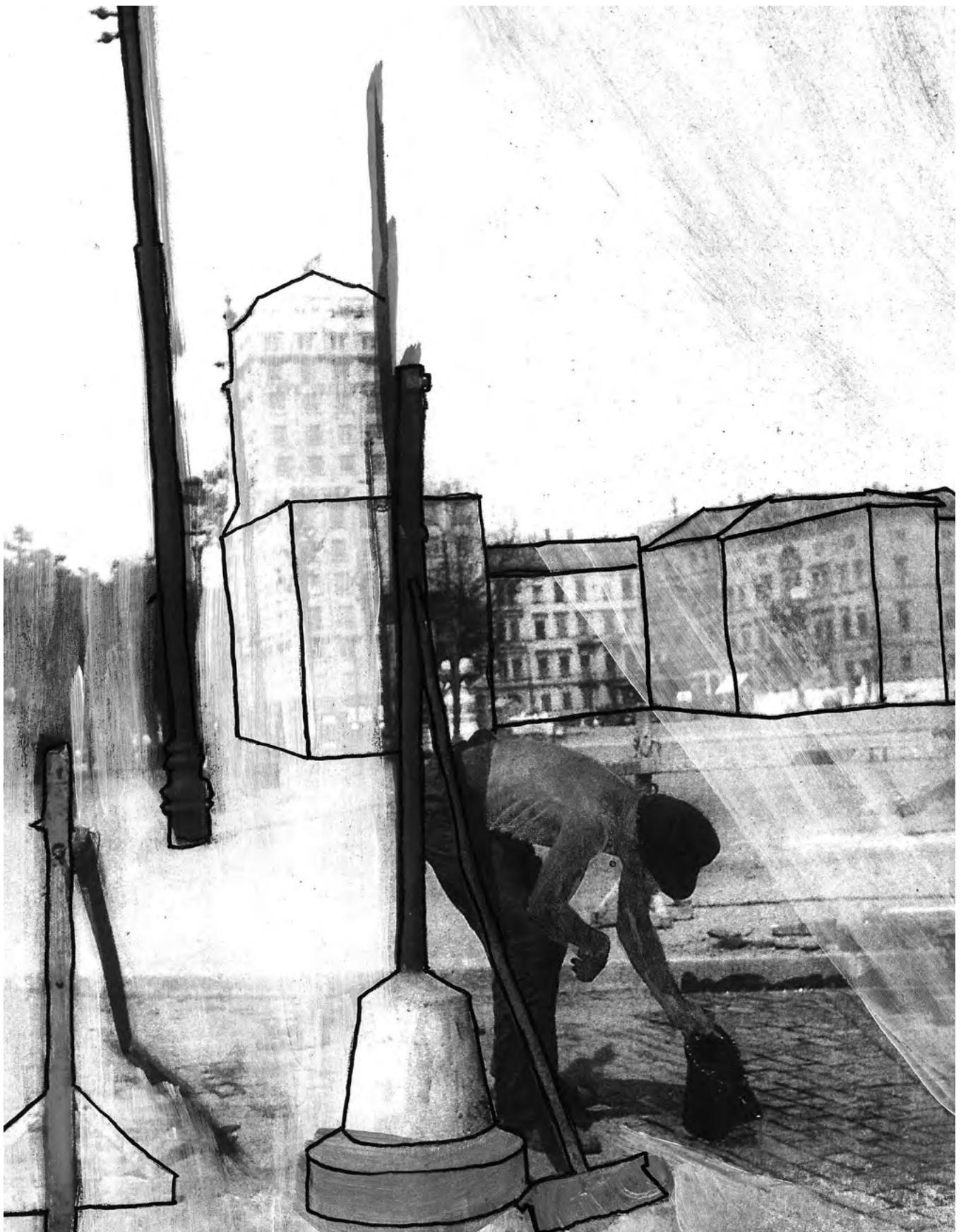
7 Lilly Becher: Vorwort, in: Willmann, Heinz: Geschichte der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung 1921-1938, S. 8.

8 Oskar Negt, Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Göttingen 2016, S. 79f.

9 Vgl. Manifest Rote Gruppe, 1924, in: Diether Schmidt (Hrsg.): Künstlerschriften 1. Manifeste Manifeste 1905-1933, Dresden 1965, S. 318f.

10 Vgl. Lu Märten: Kultur und Kunst im Arbeiteralltag (1918/1919), in: Lu Märten: Formen für den Alltag. Schriften, Aufsätze, Reden, Dresden 1982, S. 41ff.

11 Vgl. Karl A. Wittfogel: Entwicklungsstufen und Wirkungskraft proletarisch-revolutionärer Kulturarbeit; und: Antwort an die Genossin Lu Märten, beides in: Karl A. Wittfogel: Beiträge zur marxistischen Ästhetik. 1930-1932, Berlin 1977, S. 31-39.



LAND IN SICHT!

**Thomas
Zimmermann**

Die kürzlich erschienene *Jacobin*-Anthologie gibt Anlass zur Reflexion über Geschichte und Zukunft der Emanzipation und macht Hoffnung auf eine Erneuerung der linken publizistischen Kultur.

Die Haitianische Revolution hat sich unauslöschlich in die Weltgeschichte eingeschrieben. Jedoch sind ihre Spuren verwischt, ihre Zeichen oft unkenntlich. Sie wieder lesen zu lernen, stiftet nicht nur Orientierung in der Geschichte, indem sie deren emanzipatorische Tiefenströme offenbart, sondern hilft auch bei der Identifikation von Verbündeten in der Gegenwart. Der Aufstand der Sklav*innen in der zu jener Zeit profitabelsten französischen Kolonie Saint-Domingue in der Karibik nahm seinen Ausgang im Jahr 1791 – zwei Jahre nach der Französischen Revolution – und überholte diese, indem die Aufständischen aus der von ihr als universell proklamierten Freiheit konsequent das Ende der Sklaverei ableiteten. Deren Abschaffung wurde 1794 – wohlgerne unter der Terrorherrschaft der Jakobiner – beschlossen, jedoch 1802 von Napoleon wieder zurückgenommen, der die französische Kolonisation Nordamerikas wieder in Angriff nehmen wollte und dazu der Karibikinsel als Dreh- und Angelpunkt bedurfte. So errangen die Aufständischen ihre Freiheit erst 1804, nachdem sie die napoleonischen Streitkräfte zurückgeschlagen und einen eigenen Staat gegründet hatten, wobei sie dem Land zugleich seinen indigenen Namen zurückgaben: Haiti. Damit hatte die Haitianische Revolution nicht nur den Präzedenzfall einer Selbstbefreiung und Machtergreifung der Versklavten geschaffen, dem transatlantischen Sklavenhandel das Rückgrat gebrochen und damit abolitionistischen Bewegungen allerorts Vorschub geleistet, sondern obendrein Napoleons imperialistische Bestrebungen in Amerika unterbunden. Stattdessen verkaufte Frankreich das ihm gehörige Land im Rahmen des *Louisiana Purchase* – dem größten Grundstücksgeschäft der Geschichte – an die noch jungen USA, deren Staatsgebiet sich dadurch verdoppelte. In den inzwischen bekanntermaßen zur kapitalistischen Weltmacht ausgewachsenen Vereinigten Staaten fungiert nun die Silhouette von Toussaint Louverture, der die Haitianische Revolution die meiste Zeit über anführte und den der trinidadische Historiker C. L. R. James als »Black Jacobin« apostrophierte, als die Galionsfigur des Magazins *Jacobin*.

Kürzlich ist bei Suhrkamp eine *Jacobin*-Anthologie erschienen, die dem interessierten Publikum hierzulande einen Eindruck von den Diskussionsprozessen geben soll, die den Kurs des Magazins bisher bestimmt haben. Dabei liefert sie auch Einblicke in das Erfolgsprinzip von *Jacobin*, mit dem es ihm in weniger als zehn Jahren gelang, eine Abonnentenschaft von über 30.000 Personen – zuzüglich monatlich einer Million Besuchen auf ihrer Internetseite – aufzubauen und für das in den USA bis vor kurzem allgemein verpönte Konzept des Sozialismus zu interessieren. Dazu muss bemerkt werden, dass *Jacobin*



nicht einfach nur auf der Welle von Occupy Wall Street und der Kampagne von Bernie Sanders reitet, sondern auch seinen Anteil zu der sich fortsetzenden Serie linker Achtungserfolge in den USA beigetragen hat. In Bezug auf Sanders hebt der *Jacobin*-Gründer Bhaskar Sunkara hervor, dass dessen Politik zwar seinem Inhalt nach an europäischen Maßstäben gemessen als sozialdemokratisch eingestuft werden kann, im Unterschied dazu jedoch in der Praxis nicht sozialpartnerschaftlich, sondern klassenkämpferisch argumentiert und agiert. Entsprechend charakterisiert Sunkara auch seinen eigenen Kurs als marxistisch in der Analyse und demokratisch in der Praxis. Inwiefern sich auf dieser Basis realistische und zugleich vielversprechende Pläne schmieden lassen, oder ob sich dahinter nur der Wunsch nach einer Revolution ohne Revolution verbirgt, soll im Folgenden untersucht werden.

Für den Aufbau und Erhalt eines sozialistischen Magazins erweist sich die Bereitschaft, sich auf die Gegebenheiten und Gepflogenheiten der Gegenwart einzulassen, jedenfalls als überaus hilfreich. Die nachdrücklichste praktische Anweisung besteht nämlich darin, dass es zu diesem Zweck einigen unternehmerischen Geistes sowie eines stabilen Geschäftsprinzips bedarf. So ist das ökonomische Modell von *Jacobin* auf die Einsicht gegründet, dass sich auch eine sozialistische Publikation, will sie unter Bedingungen des Kapitalismus Erfolg haben, ein Stück weit auf ihn einlassen und sich der Logik und den Lockungen der Warenästhetik hingeben muss: Sie muss so gut aussehen und dermaßen Aufmerksamkeit erregen, dass ihre Anschaffung als eine Investition in das persönliche kulturelle Kapital angesehen werden kann. Die zumal vor dem Hintergrund anderer linker Publikationen hervorsteckende, manchmal gewagte, in jedem Fall aber ästhetisch anspruchsvolle Gestaltung von *Jacobin* ist von daher nicht ornamental, sondern tragend – denn sie generiert den Absatz. Was das politische Auftreten angeht, so komplementiert das radikale Design eine Haltung, die die Weltlage und auch den eigenen Auftrag zwar durchaus ernst nimmt, sich davon aber nicht um ihren Humor bringen lässt. Diese Lockerheit zeigt sich letztlich auch darin, dass es *Jacobin* vielleicht besser als anderen Publikationen gelingt, sich sprachlich vom altbackenen Jargon und szenetypischen Verbalradikalismus der Linken freizumachen und somit einem breiteren Publikum zugänglich zu sein.

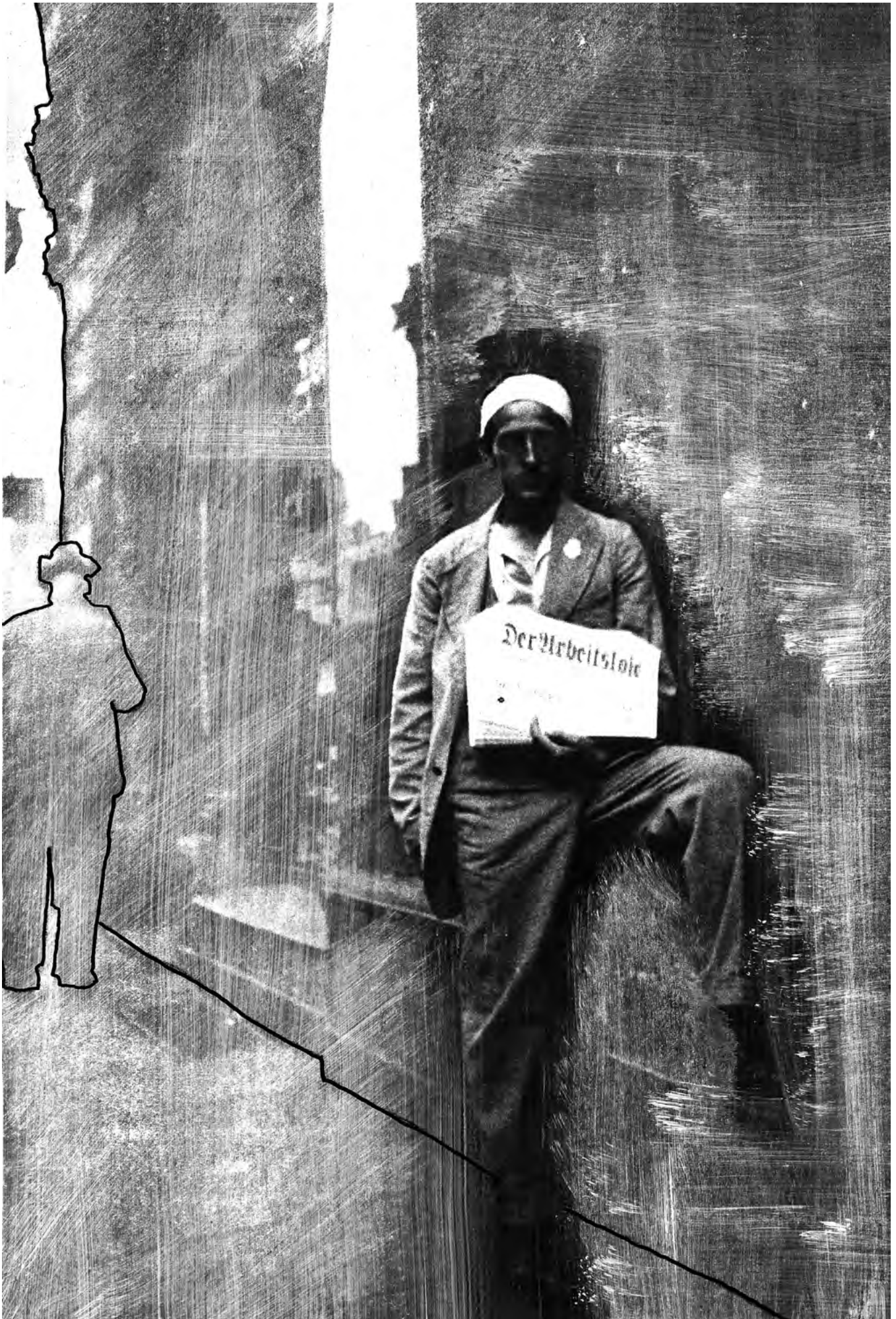
Dass sich der Sozialismus, um erfolgreich zu sein, auf etwas Kapitalismus einzulassen habe, argumentiert auch der in die Anthologie aufgenommene Artikel *Rot und Schwarz* von Seth Ackerman. Darin skizziert er einen Marktsozialismus, in dem die Unternehmen zwar Eigentum des Staates, jedoch nicht an ihn weisungsgebunden, sondern autonom wären und miteinander auf einem von sozialisierten Banken kontrollierten Kapitalmarkt konkurrierten. Profite würden, anstatt privatisiert zu werden, vergesellschaftet. Das Gründen von Unternehmen wäre erlaubt, ab einer bestimmten Größe würden diese jedoch wiederum verstaatlicht. Dass eine solche Trennung von Eigentümerschaft und Unternehmensführung dem Wirtschaften keineswegs Schaden müsse, habe das heute vorherrschende Modell der von angestellten Manager*innen geführten Aktiengesellschaften bereits unter Beweis gestellt, so Ackerman, der sich, was die betriebliche Ebene angeht, auch für Formen der Arbeitermitbestimmung offen zeigt. Wie lebenswert und wie umweltverträglich ein solcher Sozialismus letztendlich wäre, hängt jedoch davon ab, anhand welcher Kriterien jene sozialisierten Banken die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens bestimmen würden, sowie davon, wie der Staat, dessen Einrichtung nicht Teil der Skizze ist, sein Interesse an Kapitaleinnahmen im Verhältnis zu Arbeits- und Naturschutz gewichten würde. Schließlich handelt es sich beim Kapital, wo immer der Profit auch landen mag, primär um einen Mechanismus der Ausbeutung, der Kapitalist*innen heute im Zweifelsfall auch über ihre persönlichen boshaften Neigungen hinaus zur Plackerei ihrer Angestellten und Ausschachtung der natürlichen Ressourcen anzuhalten versteht. Dass nun ausgerechnet staatliche Institutionen dieser Verlockung widerstehen können sollen, kann keineswegs als gesichert angenommen werden.

Auf die Fragen knapper Ressourcen, lästiger Arbeit und sozialer Herrschaft nimmt Peter Frase in seinem ebenfalls mit Prognosen und Planspielen beschäftigten Artikel *Vier Zukünfte* schon größere Rücksicht. Wobei er jedoch die Frage der Arbeit vielleicht vorschnell durch eine alle Szenarien übergreifende Annahme der völligen Automatisierung erledigt. Die anderen beiden Faktoren variiert er hingegen nach ihren Extremen, woraus sich vier Szenarien ergeben: Materieller Überfluss bei Abwesenheit gesellschaftlicher Herrschaft ergibt *Star-Trek-Kommunismus* – eine unterhaltsame Vorstellung, die jedoch von keiner großen politischen Relevanz ist, insofern sie die Lösung aller Probleme voraussetzt, anstatt sich ihrer anzunehmen. Zwei weitere Szenarien setzen die Auswirkungen des Fortbestands einer Klassengesellschaft unter Bedingungen von Ressourcenknappheit einerseits, Überfluss andererseits auseinander. Das läuft einerseits auf den Ausschluss eines Teils der Bevölkerung von der gesellschaftlichen Reproduktion, andererseits auf eine künstliche Verknappung des Konsums durch Lizenzen und Gebühren hinaus, aus denen sich die Einkommen der ökonomisch Herrschenden speisen würden – Szenarien, die in Anbetracht des heute zu beobachtenden Trends zur Intensivierung von Grenzregimen auch ohne weiteres nebeneinander bestehen könnten. Der interessanteste der vier dargestellten Fälle, der sich überdies trefflich mit dem obigen Vorschlag Ackermans konfrontieren lässt, ist jedoch der einer klassenlosen Gesellschaft unter Bedingungen begrenzter Ressourcen. Anders als Ackerman geht nämlich Frase nicht davon aus, dass sich das Konzept der Planwirtschaft mit den Experimenten des 20. Jahrhunderts ein für alle Mal erledigt habe. Damals sei eine effiziente und demokratische Wirtschaftslenkung schon allein unter technischen Gesichtspunkten nicht umsetzbar gewesen – in Anbetracht der technologischen Entwicklungen der Gegenwart aber werde sie das mehr und mehr. Die privatwirtschaftlichen Einrichtungen des Kapitalismus, die Ackerman in seinem Marktsozialismus nachbildet, hätten sich zwar als tauglich erwiesen, zu technischen Innovationen anzuregen, jedoch als untauglich, die Umwelt zu erhalten und knappe Ressourcen nachhaltig einzusetzen.

Die Einschätzung, dass ein künftiger Sozialismus, wenn er überhaupt zustande kommt, mit der Schwierigkeit konfrontiert sein wird, die Verheerungen des Planeten durch den Kapitalismus zu verwalten, teilt auch Alyssa Battistoni. In ihrem Artikel *Zurück in keine Zukunft* stellt sie die Frage, wie eine emanzipatorische Bewegung mit der sich zuspitzenden klimatischen Katastrophe umgehen kann. Dabei zieht sie eine unerwartete Parallele mit dem queeren Aktivismus während der Aids-Krise der 80er Jahre, da die existenzielle Notlage bei vielen Betroffenen und ihren Verbündeten nicht etwa Verzweiflung zur Folge hatte, sondern die Einsicht, dass sie nichts zu verlieren hätten, wenn ihnen ihre Zukunft genommen würde, und sie es von daher ebenso gut wagen könnten, politisch aufs Ganze zu gehen. Gepflegter Fatalismus schätzt Battistoni damit als zielführender ein als etwa einen technologischen Optimismus, der verspricht, die heutigen Probleme in Zukunft im Handumdrehen beheben zu können und damit einer abwartenden Haltung Vorschub leistet, mit der wir möglicherweise jede Zukunft verspielen. Für die Entwicklung robuster Utopien bräuchte es vielmehr einen ehrlichen Pessimismus, der mit einigem Problembewusstsein arbeitet und die materialistische Einsicht bedenkt, dass wir die Welt in Zukunft genauso wenig wie in Vergangenheit und Gegenwart einfach nach unseren Vorstellungen modellieren können werden. Vielmehr sei es so, dass unsere Eingriffe, seien sie auch als Lösungen gedacht, über uns nicht gänzlich verständliche Feedback-Schleifen folgen zeitigen, die wir nicht vorhersehen können und die möglicherweise neue Probleme mit sich bringen, welche wiederum nach neuen Lösungen verlangen.

Bei einem Thema scheinen jedoch die Zukunftsentwürfe, die ihren Weg in die Anthologie gefunden haben, mehr von einer unausgesprochenen Zuversicht als von ehrlichem Pessimismus geprägt zu sein – und zwar was die Widerstände und die Gewalt angeht, der ein künftiger Sozialismus von Seiten ihm feindlich gesinnter Kräfte ausgesetzt wäre. Gut möglich, dass ein Teil der Entscheidung von *Jacobin*, sich auf die Gegebenheiten des repräsentativ-demokratischen Systems einzulassen, der berechtigten Furcht davor geschuldet ist, man würde ein Schicksal ähnlich dem der Haitianischen Revolution heraufbeschwören, wenn man sich auf radikalere Methoden verständigte. Damals nämlich zwang das militärisch zurückgeschlagene Frankreich Haiti unter Androhung eines weiteren Krieges eine Schuld in Höhe von 150 Millionen Gold-Franc auf, mit der die ehemalige Kolonie die enteigneten Sklavenhalter für ihren Verlust entschädigen sollte – eine Schuld, die erst 1947 beglichen wurde und Haiti in der Zwischenzeit ökonomisch ruinierte. Mit diesem Schachzug verschaffte sich Frankreich nicht nur beträchtlichen ökonomischen Profit – zugleich verpasste es damit allen Unzufriedenen und Aufständischen der Erde einen gehörigen Denkkzettel, wonach sie es sich besser zweimal überlegen sollten, bevor sie eine Revolution vom Zaun zu brechen wagten. Schließlich würden sich sämtliche Pläne einer ökonomischen Neuordnung erübrigen, wenn das Land wirtschaftlich isoliert und ausgeblutet würde. Entsprechend fasst z.B. Ackerman mit seinem Entwurf explizit die Möglichkeit einer Umgestaltung ohne Umwälzung ins Auge. Wie die weitere Geschichte jedoch gezeigt hat, bedeutet der Verzicht auf eine gewaltsame Revolution keineswegs zugleich, dass auch die Konterrevolution auf Gewalt verzichtet. Als mit Salvador Allende 1970 ein Sozialist auf demokratischem Wege Präsident von Chile wurde, hielt das die reaktionären Kräfte um General Augusto Pinochet nicht davon ab, einen von der CIA unterstützten Putsch durchzuführen, der 17 Jahre brutalster Militärdiktatur zur Folge haben würde. Von daher können wir die Möglichkeit einer gewaltlosen Umwälzung oder Umgestaltung nicht stillschweigend voraussetzen, sondern müssen sie offen diskutieren. Dass *Jacobin* auch dieser Diskussion als Forum dienen kann, steht jedoch außer Zweifel.

Der Zweck der *Jacobin*-Anthologie erschöpft sich allerdings nicht darin, dieses Forum vorzustellen. Am trefflichsten versteht man ihr Erscheinen im Zusammenhang der jüngsten Bestrebungen des Magazins, über Nordamerika und den englischsprachigen Raum hinaus Fuß zu fassen. So ist im November 2018 die erste Ausgabe von *Jacobin Italia* erschienen. Und einen deutschen Ableger gibt es tatsächlich schon seit Ende Mai vergangenen Jahres unter dem Namen *Ada* – was auf türkisch ›Insel bedeutet –, wenn auch bisher nur online. Loren Balhorn, der zusammen mit Ines Schwerdtner die Chefredaktion bildet, ist auch Mitherausgeber der Anthologie bei Suhrkamp – so schließt sich der Kreis. Ob das amerikanische Modell auf die deutschen Verhältnisse übertragbar ist, wird sich aber erst noch zeigen müssen. Während es *Jacobin* verstanden hat, aus der Not des links-publizistischen Vakuums in den USA eine Tugend zu machen, indem es sogleich eine geräumige Nische für sich einnahm, besteht hierzulande im Gegensatz dazu bereits eine Gemengelage linker Zeitungen und Magazine. Andererseits aber könnte es gerade *Ada* gelingen, eine Erneuerung zu bewerkstelligen. Denn während sich in der linksgerichteten Zeitungslandschaft in Deutschland diverse Altlasten gegen eine Verjüngung stellen, diese oder jene Zeitung bei einer radikalen Veränderung ihres Profils ihr angestammtes Publikum aufs Spiel setzen würde, hat *Ada* nichts zu verlieren. Gegenwärtig befindet sich das Onlinemagazin jedoch in einem Rechtsstreit mit dem *Handelsblatt*, das nur Wochen nach dem Start von *Ada* ebenfalls ein Magazin unter demselben Namen herausbrachte. Mag es auch einen bitteren Beigeschmack haben, »ein Tech-Magazin, das nicht mal seinen Namen googlen kann«, gewinnen zu lassen, so ließe sich das doch auch als eine Gelegenheit für *Ada* verstehen, vielleicht mit einer Entschädigung aus den Mitteln des *Handelsblatts* im Gepäck die Segel zu setzen. Dann könnte die Redaktion dieser – wie der Zwischenfall gezeigt hat – etwas beliebigen Insel mit dem Namen ›Ada‹ den Rücken kehren, sich stattdessen auf das konkrete Erbe der Haitianischen Revolution besinnen, des Konterfeis von Toussaint Louverture als eines Erkennungszeichens der transatlantischen sozialistischen Erneuerung annehmen und vielleicht schon bald den Druck von *Jacobin deutsch* in Auftrag geben.



AM BEISPIEL DES PAPPBECHERS

Olga
Hohmann

Im Starbucks-Universum gelten andere Gesetze:
die Jahreszeiten richten sich nach dem Kaffee und die Dimensionen von Ware,
Kunst und Protest treten in ungeahnte Konstellationen.

Der Starbucks-Konzern, der diesseits des Atlantiks als eine seelenlose Ladenkette für mediokren und dabei überbeuerten Kaffee gilt, besitzt in den USA ganz im Gegenteil einen klassischen, fast schon altehrwürdigen Charakter: Das in den 70ern gegründete Unternehmen ist eine Einrichtung mit für die Vereinigten Staaten vergleichsweise langer Tradition und erfüllt, ähnlich dem Wiener Kaffeehaus oder der italienischen Espresso-Bar, eine identitätsstiftende Funktion für die jeweiligen Nachbarschaften. Jede amerikanische *neighborhood* hat ihre eigene Starbucks-Filiale, in der Angehörige verschiedenster sozialer Zusammenhänge die gleichen, von dunkelbraun bis beige variierenden Getränke zu sich nehmen. Ebenso wie die Espresso-bars in Italien, sind solche Starbucks-Filialen nicht nur in den Metropolen, sondern gerade auch in Klein- und Kleinstädten zu finden, in denen sie mithin kulturelle Zentren darstellen. Ich erinnere mich an einen Roadtrip durch die kalifornische Mojave-Wüste, bei dem plötzlich mitten in der ockerfarbenen Steppe, einer Fatamorgana gleich, ein kleines Starbucks-Häuschen auftauchte – neben der Tankstelle das einzige Geschäft weit und breit. Es wirkte in dieser Umgebung ebenso artifiziell wie die in der Nähe von Marfa, Texas permanent installierte Skulptur des Künstler-Duos Elmgreen and Dragset, bei der es sich um eine im-bissbudengroße, mitten im Nirgendwo der Wüste errichtete Prada-Filiale handelt. Wobei sich allerdings der paradoxe Effekt – im Falle der Prada-Installation Ergebnis künstlerischer Erwägungen – im Falle des Mojave-Starbucks ganz zufällig als Nebenprodukt der blindwütigen Landnahme eines Unternehmens mit monopolistischen Ambitionen einstellt.

Die größte Überraschung an diesem exponierten Starbucks-Würfel war für mich jedoch die Tatsache, dass der *Cappuccino Grande*, den ich dort erwarb, genau die gleiche Materialität aufwies wie jeder andere *Cappuccino Grande*, den ich bis dahin getrunken hatte – er hatte die selbe hellbraune Farbe, den selben hellbraunen Geschmack und auch der Milchschaum hatte die selbe feste, aber wolkige Textur. Mir wurde bewusst, dass diese Zuverlässigkeit des Starbucks-Erlebnisses zu jedem Zeitpunkt Millionen von KonsumentInnen auf der ganzen Welt miteinander verbindet.

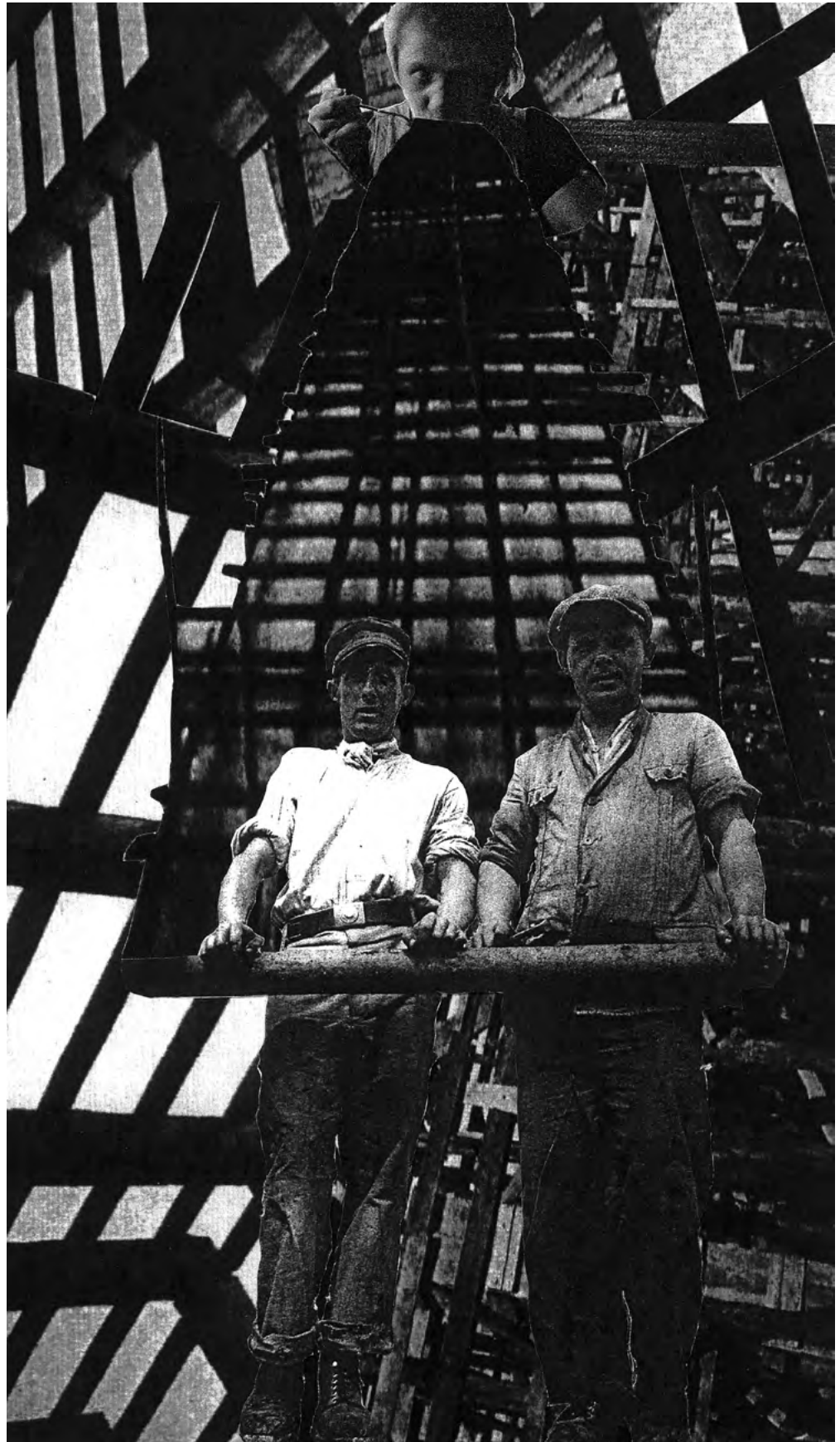
Einerseits löst also die milchig-braune Integrität des Starbucks-Kaffees die Zeitzonen der Welt in eine momentane Gleichzeitigkeit auf, andererseits scheint es dem Konzern jedoch ein besonderes Anliegen zu sein, die Einteilungen der Zeit nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten. Zu jeder Jahreszeit und jedem Feiertag gibt es das passende Getränk: *Iced Matcha Latte* für den Sommer und für die Adventszeit verschiedene nach

Zimt und Lebkuchen schmeckende Special Editions (mit *Toffee Nut* oder *Waffel Topping*). In einem Fall macht es sogar den Anschein, als ob Starbucks eine eigene Jahreszeit kreiert habe: Um Thanksgiving herum strömen jedes Jahr Menschenmassen in die Filialen, um einen der beliebten *Pumpkin Spice Lattes* zu ergattern. Die *›Pumpkin Spice Latte Season‹* dauert nur wenige Wochen und Fans auf der ganzen Welt warten jedes Jahr ungeduldig auf ihren Beginn, den sie ebensowenig beschleunigen können wie die Blüte im Frühling, und bedauern schließlich ihren Abschluss, den sie ebensowenig aufhalten können wie den Laubfall im Spätherbst.

Dabei geht es vielen KäuferInnen nicht nur um das Getränk selbst, sondern auch um seine Verpackung: Zusätzlich zu den verschiedenen Milch-Variationen gibt es auch die dazugehörigen, thematisch bedruckten To-Go-Becher. Diese bunten Pappzylinder sind nicht nur an den bestimmten Seasons orientiert, auch variieren ihre Motive von Jahr zu Jahr: Einmal ist die Christmas-Edition zum Beispiel mit dem Gesicht von *›Rudolph, the Red-Nosed Reindeer‹* versehen, im darauffolgenden Jahr mit glitzernden Weihnachtskugeln verziert und in einem wieder anderen dezent und stilvoll in dunkelgrün gehalten. Diese Becher sind, da nur für kurze Zeiträume erhältlich, bei SammlerInnen sehr beliebt, wobei besondere Limited Editions, wie etwa die *›Valentines Day Edition‹*, auf Ebay zum Teil dreistellige Beträge erzielen.

Im Jahr 2017 entschied sich Starbucks unerwartet gegen eine Weihnachts-Variante der Pappbecher – ob aus marketingstrategischen Erwägungen oder aus Gründen fehlender Inspiration ist nicht bekannt. Zur Folge hatte dies lautstarken Unmut der sammelwütigen AmerikanerInnen: So wurde im Internet vielfach zum Boykott des Unternehmens aufgerufen. Neben der Strategie des Boykotts wehrten sich die SammlerInnen außerdem, indem sie anstelle eines Namens, der obligatorischer Weise von den MitarbeiterInnen auf dem Pappbecher notiert wird, verschiedene Flüche aussprachen: Statt *›Michael‹* oder *›Matt‹* stand nun *›Son of a bitch‹* oder *›Fuck yourself‹* auf den Bechern. Doch diese wurden nun plötzlich ebenfalls zu Sammlerstücken – und zwar zu wesentlich wertvolleren, als die von Starbucks konzipierten Jahreszeiten-Becher selbst es waren: Ein verfluchter *›No Christmas Edition‹*-Cup wurde für den zehnfachen Preis eines *›Rudolph, the Red-Nosed Reindeer‹*-Cups bei Ebay inseriert.

Es lässt sich daran nicht nur die Kommodifizierung eines Gegenstandes beobachten, der ursprünglich lediglich als Behälter der eigentlich zu verkaufenden Ware gedacht war – außerdem muss man wohl feststellen, dass diese Kommodifizierung nicht etwa von oben verordnet, sondern aktiv von den KonsumentInnen eingefordert wird. Und das mit einer solchen Bestimmtheit, dass sie den Akt der Inwertsetzung im Falle seines Ausbleibens in die eigenen Hände nehmen und sogar wirkungsvoller umsetzen, als es das Unternehmen selbst je könnte. An der Fähigkeit der Menschen, die Geschäfte der Gesellschaft in Eigenregie zu führen, kann vor diesem Hintergrund kaum noch gezweifelt werden. Inwiefern sich diese ihre Kräfte momentan an die richtigen Zwecke knüpfen, lässt sich allerdings diskutieren.



FIXEN UND SEIN UND WARTEN

Vincent
Sauer

Alexander Trocchi's Junkie-Tagebuch *Cain's Book* will Künstlerroman sein und verrät dabei vor allem etwas über Verbrauchertum, Karrierismus und die Ware.

Die Trennung zwischen Kunst und Leben ist Vielen ein Graus. Kompensatorisch richten sich diese Menschen darum gern inmitten von dem ein, was sie für Kunstwerke halten und versuchen selber ein bisschen eins zu sein. Den Situationisten, deren Druckerzeugnisse kürzlich in den Vitrinen des großen Betonzelts des HKW ausgestellt wurden, gefiel die Vorstellung auch nicht, sich den lieben langen Tag abzuschuften, um sich abends vor dem Fernseher, im Kino oder in der Galerie die Druckbetankung Ästhetik abzuholen, die die Tristesse des Daseins wiedergutmachen soll. Dagegen gingen sie an, entlarvten das Spektakel, als welches das Kapital laut Guy Debord erscheint, und forderten »Ne travaillez jamais!« – nie wieder arbeiten. Einer von ihnen war der in Schottland geborene Alexander Trocchi, der sich als Schriftsteller betätigte und die meiste Zeit seines Lebens an der Nadel hing.

33

1925 kommt er in Glasgow zur Welt. Mutter Schottin, Vater Italiener und arbeitsloser Musiker, der die meiste Zeit trinkt und die Familie piesackt. Trocchi ist kurz beim Militär, studiert dann tadellos Philosophie und Literatur, sodass er mit Stipendium ins Existentialisten-Paris der 50er kommt, um dort vorbildlich eine Literaturzeitschrift herauszugeben, in der u. a. Texte von Beckett, Sartre und Jean Genet erstmals in englischer Übersetzung erscheinen. Für den legendären Expat-Verlag Olympia Press schreibt er pornografische Romane, um sich etwas dazu zu verdienen. In diesen Jahren kommt er in Kontakt mit den Lettristen, einer buchstabenaffinen Vorgänger-Gruppe der Situationisten. Von 1960–64 ist er, nicht mehr in Paris ansässig, Mitglied der Situationistischen Internationale. 1963 erscheint in der achten Ausgabe der *Internationale Situationniste* sein maßgeblicher theoretischer Text *A revolutionary Proposal – The Insurrection of a Million Minds*, den man im Internet, das Trocchi wiederum mit seinem *Project Sigma* vor-imaginierte, nachlesen kann.

Sein wichtigstes literarisches Werk, um das es hier gehen soll, trägt den Titel *Cain's Book* und wird 1960 veröffentlicht. Arbeitstitel: *Notes toward the Making of a Monster*. Trocchi nennt den Ich-Erzähler Joe Necchi, berichtet aber von niemand anderem als sich selbst, der als Junkie-Schriftsteller im New Yorker Hafen auf einem Kahn lebt. Das Buch soll nicht mehr sein als ein »provisorischer Deich« gegen das »Meer vieldeutiger Erfahrungen«, die er sein Leben lang angesammelt hat. Im Gespräch mit einer einbeinigen Frau mit drei Brustwarzen, die auf einem anderen Kahn lebt, formuliert er sein Programm:

»Ich erzählte ihr, was der Literatur am dringendsten not tue, nämlich, daß sie ein für allemal ihr Sterben vollende, daß es nicht



darauf ankäme, daß Bücher nicht geschrieben würden, sondern darauf, daß ein Mann die Vorschriften aller vergangenen Formen in seiner eigenen Seele vernichtet, sich weigert, das, was er geschrieben habe, als Literatur zu betrachten, es vielmehr einzig und allein als sein Leben begreife und beurteile. Auf den Geist allein käme es an.«

Der Bruch mit betagten Konventionen und die Selbstsäuberung von bösen Einflüssen können schnell als billige Dekadenz abgeurteilt werden. Doch in *Cain's Book* kommen Wahrheiten zur Darstellung, die der Intention des Autors womöglich entgingen. Nach dessen Erscheinen lebte Trocchi die meiste Zeit seines Lebens als Methadon-Patient und Familienvater in London und fantasierte ein letztes großes Werk – »gone soft on hard drugs«, wie ein schottischer Literat urteilte.

Da Autor, Erzähler und Protagonist identisch sein wollen, taumelt der Text auf abgründigste Weise zwischen einem verhinderten Abenteuer, künstlerischem Versuch und Lebenslegitimation. Necchis Kahn sticht für keine Odyssee in See, um irgendwo als anderer anzukommen, sondern lässt sich von den Frachtern mitschleppen, auf denen Menschen ihrem Tagwerk, dem Ein- und Ausladen von Waren, nachgehen. Draußen in der Stadt geht es darum, sich Stoff und vielleicht eine weitere, zwischenmenschliche Triebabfuhr zu besorgen. Die wesentliche Tagesfrage, die

ein anderer Junkie stellt, lautet: »Was willst du den ganzen Tag machen, wenn du nicht mehr hinter einem Fix her sein kannst.« Was bringt der Fix? »Man ist nicht mehr länger so grotesk ins Werden verwickelt. Man ist einfach.« Die Wirkung des Heroins beschreibt Necchi als das Gefühl, »unverwundbar« zu sein, »absolute Stabilität« zu erlangen.

Der Existentialismus, den Trocchi in Paris kennengelernt hat, ist in New York jeder metaphysischen Fallhöhe beraubt. *Cain's Book* nutzt die berühmten Mittel der modernen Literatur dazu, eine sich entleerende Innerlichkeit bei äußerem Absterben zu beschreiben. Statt das Wahrnehmungsgewitter der Großstadt in einen wilden Bewusstseinsstrom zu kanalisieren, entzieht sich Necchi den Lichtern New Yorks und allen Verheißungen des gelobten Lands. Er gibt Junkie-Dialoge wieder, in denen niemand etwas anderes von seinem Gegenüber will als Stoff; beschreibt ekstatische Fratzen; zeichnet eine Stadt, die für ihn auf dunkle Gänge, Hallen und Türme reduziert ist. Immer wieder rollt er seine Augen in die Dunkelheit des Schädels zurück und tippt mit dem Rest Bewusstsein, das er nicht haben will, Reflexionen übers Schreiben ab. Ihm kommen Erinnerungen an die Kindheit in Schottland, wo die Familie unter einem Vater leidet, dessen Reinlichkeitswahn die Pension, von der und in der sie lebt, fast in den Ruin treibt. Trocchis Schicksal, Schriftsteller zu sein, hat für ihn den Preis, in eine Zone des Nahtodes vorzudringen zu müssen, in die sich niemand sonst traut.

Im schalen Spiel von Selbstverherrlichung und -verachtung des »cosmonaut of inner space« zeigen sich die Abgründe von Innerlichkeit und Ästhetizismus: »Einen methodischeren Nihilismus als den des Junkies in Amerika gibt es nicht.« Hierin liegt die Wahrheit über den Karrierismus, die der Text wie ein Tagebuch abbildet, das die Herausforderungen der Romanform scheut, um jeden Tag unterschiedslos verzeichnen zu können. Der Karrierist ist ein Junkie. Und der Junkie ist die Wahrheit des Verbrauchers: Er führt ein lückenloses Leben, in dem sich jeder Tag in der Beschaffung der Mittel erschöpft, die es zu erwerben gilt, um den Druck von Sucht und Not für einen Moment aussetzen zu lassen; die es gestatten, nicht werden zu müssen, sondern einfach nur zu sein – des lästigen Bewusstseins entledigt, das sich an der Welt, an der Gesellschaft stößt und dafür ganz bei sich, in einer »Region der Theorie und des Spiels«, in der ohne Widerstand der Realität alles möglich zu sein scheint und doch nichts wirklich wird. Der Junkie besorgt sich einen Vorgeschmack auf den Tod, springt ihm von der Klinge und macht immer wie gewohnt weiter: Die Ware stiftet ihm Sinn. Was er von ihr bekommt, ist eine Ahnung des Nichts, eine Pseudo-Versöhnung mit sich selbst. Sein Leben ist »eine Zeit des Fixens und Wartens und Seins und Fixens und Wartens.« Necchis Verweigerung jeder Arbeit, die er als un kreativ verachtet, nimmt ihm nach und nach die Möglichkeit, überhaupt von irgend etwas Gebrauch zu machen außer von der Spritze und der Schreibmaschine, mit der er seinen Niedergang protokolliert.

Nicht mehr zu wissen, was mit sich, der Welt und den Menschen anzufangen wäre, ist vielleicht die höchste Stufe der Ent-eignung: Für den Verbraucher-Junkie scheint alles so eingerechnet, dass er mit dem, was er hat, nichts zu tun versteht, das er will. Er ist zugleich durch den Konsum befriedet und von der Welt beleidigt, worauf er sich als halbwegs gelehrter Dichter etwas einbilden kann. Beiläufig kommt er dabei zu banal-brutalen Einsichten, auf deren letzte Konsequenz Necchi/Trocchi aber nicht mehr zu schließen versteht: An einer Überdosis stirbt man, wenn der Stoff, den man sich reinzieht, einen höheren Anteil Heroin beinhaltet, als sonst; wenn er also nicht in dem Maße gestreckt ist, wie gewohnt. Wer auch tatsächlich bekommt, wonach er verlangt, der geht drauf. Wenn die Ware hält, was sie verspricht, ist es zu viel des Guten und bedeutet den Tod.

»(Ich) lebe mein persönliches Dada. All dies ist zum größten Teil fürchterliche Gefühlsschmiererei. Der Stahl der Logik muß täglich gehärtet werden, damit er das vulkanische Element in sich halten kann.« Trocchi, der für die post-situationistische Gruppe Tiqqun »der Himmlische« ist und für Hugh MacDiarmid, den erfolgreichsten schottischen Lyriker des 20. Jahrhunderts, nichts als »kosmopolitischer Abschaum« war, überwindet den Existentialismus, indem er aufs brutalste in Schrift fasst, was es heißt, wenn es nur noch mich und die Ware gibt und mein Leben darin besteht, mir einzureden, dazu auserwählt zu sein, aus dem zu wählen, was mir vorgesetzt wird.

IRRE WERDEN

Matthias
Ubl

Eckhart Nickel thematisiert in seinem Roman *Hysteria* das Verhältnis von Mensch und Natur in Zeiten unbegrenzter technologischer Möglichkeiten und hat dabei ein großes Kunstwerk geschaffen.

Eckhart Nickels Roman *Hysteria*, der im Herbst 2018 bei Piper erschien, ist ein seltsamer Text. Eigensinnig, einzigartig, auch undurchschaubar und unheimlich. Der Roman beginnt mit einer Beobachtung Bergheims, des Protagonisten, der auf einem Biomarkt feststellt, dass mit den Himbeeren etwas nicht stimmt. Diese sind nicht mehr knallig rot, sondern haben sich, wenn auch fast unmerklich, leicht bläulich verfärbt. Dem studierten Kulinariker Bergheim fällt auch sofort auf, dass die Himbeeren anders als gewohnt schmecken.

35

Nickel lässt seinen Protagonisten daraufhin durch eine unwirkliche Welt wandern, die den Bildern einer *Landlust*-Zeitschrift entnommen scheinen. So wie dort paradoxer Weise gerade hochmoderne Kameras und Bildbearbeitungsprogramme ›Natürlichkeit‹ konstruieren, so scheint auch Nickels Öko-Dorf-Landschaft technologisch durchdrungen und dadurch anfällig für ›Bugs‹ zu sein – also Programmierfehler. Fällt den Kühen da auf der Weide gerade etwa die Haut ab?

Um der Sonderbarkeit der Himbeeren auf die Spur zu kommen, besucht Bergheim die Öko-Kooperative ›Sommerfrische‹, wird dort aber an das mysteriöse kulinarische Institut weiterverwiesen. Dort angekommen trifft der Protagonist dann zu seiner großen Überraschung auch noch seine Jugendliebe Charlotte wieder, die sich in ihrer Jugend der Öko-Terrorgruppe ›spurloses Leben‹ angeschlossen hat und dann untergetaucht war. Das ›spurlose Leben‹ war angetreten, um die Menschheit auf Dauer verschwinden zu lassen, damit die Natur wieder ganz ›natürlich‹ für sich sein könne.

Die Jugend von Charlotte, Bergheim und ihren Freunden, wird in lang ausgeschmückten Rückblenden erzählt. In ihrer Universitätsstadt, irgendwo zwischen Hogwarts und Heidelberg, geht es ziemlich gesittet zu. Man trifft sich am liebsten in der Buchhandlung von Hinrich Weiss (dem intellektuellen Lokalmatador und Kleinstadtwaisen) oder in der ›Aromabar‹, wo man einen 100% clean-organischen Rausch erleben kann, der nur durch Duftstoffe erzeugt wird. Alkohol und Tabak sind längst verboten und Kaffee (für konzentriertes Lernen) muss man sich beim Dealer besorgen. Ideologiekritik des ›Prenzlauer-Berg-Milieus‹ durch Überzeichnung – so könnte man das nennen.

Zurück aber zur Buchhandlung von Weiss – denn hier gibt Nickel den entscheidenden Hinweis, was das eigentlich alles soll. Kirsten Ofen, Mitarbeiterin von Weiss und heimlich in Bergheim verliebt, hat eine ausgefallene Leidenschaft für hochkomplizierte Schaufensterdeko. So werden in der Auslage der Buchhandlung



in Puppenhausmanier Szenen aus den literarischen Klassikern dargestellt, mal aus dem *Zauberberg* und mal aus E.T.A. Hoffmanns *Sandmann*. Nachdem Kirsten entdeckt, dass Bergheim ihre Liebe nicht erwidert, vernichtet sie mit akribischer Genauigkeit ihr selbst gebautes *Sandmann*-Schaufensterbild, wobei der Sandmann (wenn man so will) restlos ›verdrängt‹ wird – denn nicht ein Sandkorn darf übrig bleiben. Und wie das so ist mit dem Verdrängten, kehrt dieses in anderer Gestalt wieder – hier etwa als strukturgebende Referenz des Romans, der wie eine Aktualisierung von Hoffmanns Erzählung wirkt und zahlreiche Bezugnahmen enthält.

Der *Sandmann* von Hoffmann gilt als eines der bedeutendsten Werke der Schwarzen Romantik und ist als hochkomplexes Kunstmärchen konzipiert. Der Text erzählt von einem traumatischen Erlebnis in der Kindheit Nathanaels, der von dem Advokaten Coppelius, einem Freund seines Vaters, missbraucht wird. Coppelius wird dabei mit der Figur des Sandmanns aus dem Ammenmärchen identifiziert, der den Kindern Sand in die Augen streut, bis diese »blutig herauspringen«. Das kindliche Trauma verfolgt Nathanael sein Leben lang – und immer wieder glaubt er, dass Coppelius ihn in Gestalt des Wetterglashändlers Coppola heimsucht. Was die Einbildung Nathanaels und was gesicherte Auskunft über die realen Begebenheiten ist, verwischt der Text dabei von Anfang an auf kunstvolle Weise. Am Ende wird Nathanael verrückt werden. Verhandelt werden in diesem Werk nichts weniger als die Grenzen der Aufklärung.

Bei Hoffmann bewegen sich die zentralen Metaphern daher immer wieder im semantischen Feld des Blicks, des Sehens und der Augen (die das Licht der Aufklärung empfangen). Gerade deren Funktionieren wird aber radikal in Frage gestellt. Die Grenzen der Aufklärung scheinen bei Hoffmann dabei gerade aus deren technologischer Bedingtheit zu stammen. So ist es das Fernrohr (das Nathanael von Coppola erhält), das den Blick verstellt und durch das Nathanael den Automaten Olympia beobachtet, in den er sich verliebt und den er mit seiner wirklichen Verlobten verwechselt.

Der berühmteste Interpret des *Sandmanns* ist Sigmund Freud, der seine Konzeption des Unheimlichen mit Blick auf Hoffmanns Text entwirft. Freud bemerkt: »Das Unheimliche wäre eigentlich immer etwas, worin man sich sozusagen nicht auskennt.«

Auch in Nickels Welt kennen wir uns nicht aus. Allerdings kommt das Unheimliche, dessen Register der Autor meisterhaft bedient, in *Hysteria* nicht mehr aus der (traumatischen) familiären Konstellation, sondern aus der scheinbar restlosen technologischen Manipulierbarkeit der Natur durch den Menschen. Nickel knüpft direkt an die Metaphorik von Hoffmann an, wenn er seinem Protagonisten im Institut für Kulinarik die erste künstlich hergestellte und ihre Gattung reproduzierende Fliege ins Auge schwirren lässt. Immer wieder wird Bergheims Blick, so wie der Nathanaels, radikal verunsichert – und damit natürlich auch der Blick der Leser_in.

Doch worin besteht diese Verunsicherung? Sie betrifft die Opposition von Künstlichkeit und Natürlichkeit, von Mensch und Natur. Die Ideologen vom ›spurlosen Leben‹ wollen die menschlichen Einflüsse auf die Natur maximal einschränken, ja den Menschen am liebsten ganz abschaffen. »Die Existenz der Menschen auf der Erde ist biologischer Zufall und steht der uneingeschränkten Entfaltung der Natur im Weg« – so heißt es in ihrem Manifest. Das scheint aber gerade noch mehr Zerstörung (Überschwemmungen, Naturkatastrophen) hervorzurufen – also muss der Plan geändert werden. Das ›spurlose Leben‹ – das wird am Ende klar – hat ihre radikalen Ideen moduliert und den Marsch durch die Institutionen angetreten. Das kulinarische Institut, so erfahren wir, war einmal selbst Teil des ›spurlosen Lebens‹ und ist nun staatstragend geworden. Lakonisch stellt ein Mitarbeiter des Instituts fest: »Die Natur, die wir in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzen wollten, war gerade dabei, sich selbst aufzulösen.« Es musste also ein Plan B her. Und Plan B, man erinnere sich an die ›verbuggten‹ Kühe und die Himbeeren, schien die Schaffung einer eigenen, perfekten ›Kunst-Natur‹ zu sein. Hier ist also eine eigentümliche Dialektik am Werk. Da die Auslöschung des Menschen nicht zur optimalen Entwicklung der Natur führt, muss jener technisch die perfekte ›Natur‹ erschaffen. Moment mal, ist das nicht wieder Kunst?

Dr. Haupt, der ominöse Leiter des Instituts, kreiert Himbeeren, Kühe, vielleicht sogar Menschen. Dabei scheint die Welt in *Hysteria* komplett überwacht zu sein, denn die Mitarbeiter_innen des Instituts wissen immer schon, was Bergheim getan hat, wo er war, welche Gespräche er führte. Doch das ist nicht alles. In einem grandiosen Finale eröffnet der Roman noch einmal ganz neue Ebenen der Deutung. Denn wie das so ist in einer guten Erzählung, wird keine Figur umsonst eingeführt und die Jugendfreunde des Protagonisten finden alle wieder zusammen. Gut konstruiert wirkt das ›natürlich‹, hier aber? Sagen wir es so: Ob das Institut und die Kühe nur eine Phantasie Bergheims waren, bleibt sehr offen. Oder ist er umgekehrt sogar selbst eine von Dr. Haupts Kreaturen? Und Nickel setzt am Ende sogar noch einen drauf: Ist es möglicherweise die Sprache, die Schrift selbst, die Erkenntnis immer schon ermöglicht und sie zugleich verstellt? Immerhin ist sie die erste aller Techniken. Bei solchen Fragen kann man schon mal irre werden. Und das soll Kunst ja bewirken. Sie ist die Krise im Innern der Vernunft, im besten Fall eine produktive.



ПРАВДА



И

37

ИЗВЕСТИЯ



SSBS

Studentisches Sozialberatungssystem



Das studentische Sozialberatungssystem des Referent_innenrats bietet weitere zahlreiche Beratungen zu Themen wie Studieren mit Kind, Sexistische Übergriffe, Entlohnungsberatung, Bafög- und Studienfinanzierungsberatung etc. an.

Für weitere Informationen:
www.refrat.de/beratung

38



Beratung und Zuschüsse

Das SemesterTicketbüro hilft auch in diesem Jahr wieder Studierende, die in finanzielle Engpässe durch die SemesterTicketgebühren geraten. Mit ausführlichen Informationen, einer Rechtsberatung wie auch allen nötigen Antragsformularen stellt das SemesterTicketbüro zur Seite und berät Studierende, die einen Antrag stellen möchten. Im Falle eines positiven Bescheids kann entweder ein Teil oder der gesamte Betrag der SemesterTicketgebühren rückerstattet werden.

Antragsfrist für den Zuschuss im zum Wintersemester 17/18 vom 01. Juni bis zum 31. Juli 2017, für Neumatrikulierte bis sechs Wochen nach der Einschreibung. Es gilt eine Nachfrist von 14 Tagen. Wird diese in Anspruch genommen, sollten jedoch alle Unterlagen vollständig eingereicht sein.

Semesterticketbüro
Unter den Linden 6
Montag 12-15 Uhr, Mittwoch 12-19 Uhr
Telefon: (030) 2039-70296

HOTEL DE ROME Berlin, HOTEL AMIGO Brussels, THE BALMORAL Edinburgh,
HOTEL SAVOY Florence, VILLA KENNEDY Frankfurt, ASSILA HOTEL Jeddah,
BROWN'S HOTEL London, THE CHARLES HOTEL Munich, HOTEL DE RUSSIE Rome,
VERDURA RESORT Sicily, HOTEL ASTORIA St Petersburg

Future openings: Rome, Shanghai

Antidiskriminierungsberatung



Aufgaben: Empfehlung von Antidiskriminierungsberatungsstellen, Diskriminierungen an der Uni "richtbar" machen, Sensibilisierung, Aufnahme und Dokumentation von Diskriminierungs- und/oder Ungleichbehandlungsfällen...

Wenn du ungleich, ungerecht, diskriminiert behandelt wurdest, dich so fühlst oder diesbezüglich Fragen hast:

Beratungsraum: Invalidenstraße 110R. 433 (4.06), 10115 Berlin, HU Campus Nord Station Naturkundemuseum (U6, Tram M5, M8, M10 und 12)

adb@refrat.hu-berlin.de

rassismusberatung - adb@refrat.hu-berlin.de

transberatung - adb@refrat.hu-berlin.de

www.facebook.com/adb.hu.berlin/

Rechtsberatung

ROCCO FORTE HOTELS



Die Rechtsberatung für Hochschul- und Prüfungsrecht findet alle zwei Wochen mittwochs von 16 bis 18 Uhr im RefRat statt. In der jeweils anderen Woche ist dieselbe Beratung beim AstA TU (asta.tu-berlin.de), wo ihr auch hingehen könnt. Dort bitte vorher anrufen und einen Termin geben lassen.

Bringt alle Unterlagen mit. Bitte meldet euch vorher beim Referat für Lehre und Studium unter lust@refrat.hu-berlin.de. Dabei geht es vor allem um Vorabklärungen. In einigen Fällen können wir auch selbst umfangreich beraten und der Gang zum Anwalt kann sich dadurch erübrigen oder auf spezielle Fragen fokussieren.

- Prüfungsrecht,
- Vertrauensschutz,
- auslaufende Studiengänge (Magister, Diplom und - ja, immer noch: Lehraunt) und der (holprige) Weg zum Abschluss,
- Zwiangsberatung und Exmatrikulation
- Probleme bei Rückmeldung oder Immatrikulation
- Anerkennung von außeruniversitären Leistungen
- Hoch- und Einstufungen
- juristische Durchsetzung des Nachteilsausgleich
- Hilfestellung beim Verfassen von Widersprüchen
- jedes weitere Problem, bei dem ihr nicht weiter wisst.

**Allgemeine
Sozialberatung**

**HOTEL & CAFÉ
AM SCHLOSS BIEBRICH**

HOME ABOARD - UNTERWEGS DAHEIM



Hotel AM SCHLOSS BIEBRICH, Rheingastr. 146 - 148, D-65203 Wiesbaden

Berater_innen: alle Berater_innen der
Studentischen Sozialberatung im Wechsel

Sprechzeiten: Dienstag 10-14 Uhr in Adlershof,
Mittwoch 14-16 Uhr in Mitte

Adlershof: Rudower Chaussee 25, Haus 2,
Raum 225

Mitte: Meubijoustraße 25, Raum 16

Telefon: Adlershof (030) 2093 - 5476
Mitte (030) 2093 - 44642

Telefonisch erreichbar sind wir nur während
der Sprechzeit am jeweiligen Standort!

Mail: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Aufgaben:

Alle Fragen, die nicht (direkt) in eine
unserer speziellen Beratungen passen, werden
hier beantwortet bzw. finden wir den/die
richtige_n Ansprechpartnerin. Wende dich an
uns, wenn du z. B. Fragen zum Urlaubs-
semester, zum Wohngeld, zur Krankenkasse,
zur Grundversicherung (ALG II) oder zum Rund-
funkbeitrag (GEZ) hast. Aber auch alle,
die nicht so genau wissen, in welche Be-
ratung ihre Frage oder ihr Problem
gehört, können hier vorbeischaun.

BHB GmbH & Co. KG
Baum Hotel Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Sitz: Wiesbaden; Amtsgericht Wiesbaden - HRA 9661
USt-Identifikationsnummer: DE279587312

Persönlich haftende Gesellschafterin:
H.G.L. Management & Servicedienste GmbH
Sitz: Weilrod; Amtsgericht: Königstein / Taunus - HRB 109975
Geschäftsführer: Edmond Baum

h umboldt
u niversität
u ndogmatische
l inke
s tudierende



42





IMPRESSUM

Huch # 89

Juni 2019, Berlin

Auflage

2000 Exemplare

Herausgeber

Thomas Zimmermann und Matthias Ubl
für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin
(ges. AStA)

Redaktion

Thomas Zimmermann und Matthias Ubl (V.i.S.d.P.)

Anschrift

HUch – Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de
refrat.de/huch

Abbildung Umschlag

Foto: © Oliver Feldhaus
Umbruch-Bildarchiv
umbruch-bildarchiv.org

Abbildungen Innenteil

Saronja Laberchnowitz

Satz und Gestaltung

Schroeter & Berger, Berlin
schroeterundberger.de

Druck und Endfertigung

Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH
hinkelstein-druck.de

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben,
unter *Creative Commons License*.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen :

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

INHALT

Seite		Rubrik
1	Über Geld streiten	Anstalt
5	Gelb sehen	
9	Für ›Vernunft‹ und gegen Linke	
11	Antirassismus ist keine Frage des Glaubens	Aufsatz
13	Zeitnot und Organisation	
17	Die Lehren des Vormärz: Rebelle Bachelor und proletarische Lesekreise	
23	Bilder von der Basis	
27	Land in Sicht!	Abbild
31	Am Beispiel des Pappbechers	
33	Fixen und Sein und Warten	
35	Irre werden	ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ
37		

FINDE UNS AUF FACEBOOK

...

HUCH-KRITISCHE-STUDIARENDEZEITSCHRIFT



MITARBEIT IN DER HUCH:

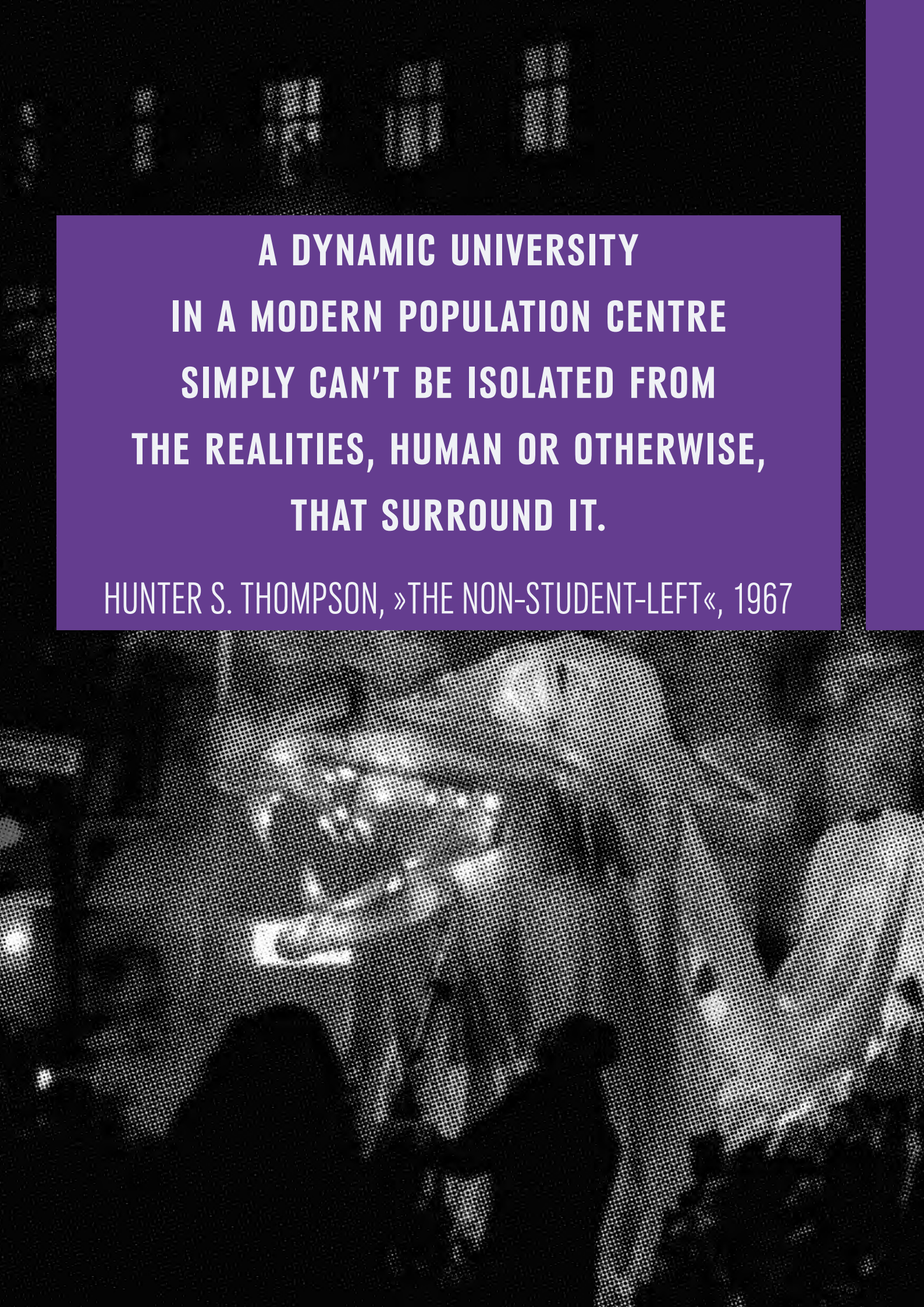
Die HUCH soll als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung einen Raum bieten, um selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen Fragen und darauf aufbauend auch zu anderen relevanten Themen Stellung zu beziehen.

Wer also Lust und Energie mitbringt, eine Zeitschrift zu machen, etwas mitzuteilen hat oder einfach nur mal schauen möchte, ob das Spaß macht, schickt einfach eine Mail oder schaut zu den Sprechzeiten des Publikationsreferats im Ref-Rat vorbei.

UNSER BLOG

...

REFRAT.DE/HUCH



**A DYNAMIC UNIVERSITY
IN A MODERN POPULATION CENTRE
SIMPLY CAN'T BE ISOLATED FROM
THE REALITIES, HUMAN OR OTHERWISE,
THAT SURROUND IT.**

HUNTER S. THOMPSON, »THE NON-STUDENT-LEFT«, 1967